

**VOLLES
PROGRAMM**

MIT

WUMS!

FÜR EIN BESSERES EUROPA



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**VOLLES
PROGRAMM**

MIT

WUMS!

FÜR EIN BESSERES EUROPA

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Dieses Europawahlprogramm wurde auf der 29. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 23. bis 25. Januar 2009 in Dortmund beschlossen.

Herausgeberin:
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Platz vor dem Neuen Tor 1
 10115 Berlin
 Tel.: 030-284 42-0
 Fax: 030-284 42-210
 E-Mail: info@gruene.de
 Internet: www.gruene.de

Layout und Satz: KOMPAKTMEDIEN –
 Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin
 Titelgestaltung: Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH
 Druck: CPI books GmbH, Leck

Inhalt

Präambel	13
Europa kann mehr!	15
Für einen Grünen New Deal in Europa	17
GRÜNE Prioritäten für Europa	18
Klima schützen, die Energiekrise überwinden	19
Gerechtigkeit schaffen, der sozialen Spaltung entgegen wirken	20
Neuer Schwung für den Reformprozess	22
Bürgerrechte stärken, die demokratische Teilhabe erweitern, Einwanderung gestalten	23
Frieden schaffen, die globale Spaltung der Welt überwinden	25
Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit	26
Viel Grün ins Parlament	27
1. Neue Energie in Europa. Der grüne Weg für gutes Klima, wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit	29
Die EU muss wieder Vorreiterin im internationalen Klimaschutz werden	31
Historischer Verantwortung gerecht werden	32
Emissionshandel verbessern	32
Atomausstieg weiter vorantreiben, EURATOM abschaffen	33
Klimaschutz nur ohne neue Kohlekraftwerke	34
Einhundert Prozent erneuerbar werden	35
Europaweites Stromspeichersystem für Erneuerbare Energien einführen	36
Gemeinsam für Erneuerbare – EURENEW gründen	36

Energieeffizienz steigern	37
Nachhaltige Informationstechnik	37
Mit dem »Top-Runner-Prinzip« Innovationen fördern	38
Energie sparen und Gebäude besser sanieren	38
Mehr regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt schaffen	39
Zukunftsfähige Stromversorgung: dezentral und europaweit vernetzt	40
Energieaußenpolitik neu ausrichten	40
Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen	41
CO ₂ -Ausstoß im Autoverkehr senken	42
Lärm aktiv bekämpfen	43
Nachwachsende Rohstoffe nur verantwortungsvoll nutzen	43
Nachhaltige Standards bei der Biomasseproduktion	44
Abfälle nutzen statt Regenwälder zu zerstören	45
Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt	46
2. Umwelt schützen.	
Der grüne Weg für ökologische Erneuerung und gesundes Leben	47
Natur schützen, biologische Vielfalt erhalten	49
Umweltrecht umsetzen, Verbandsklagerecht einführen,	
Nachhaltigkeit stärken	50
Ökologische und soziale Nachhaltigkeit zur Regel machen	51
Parlamentarische Kontrolle und Transparenz in der Agrarpolitik	51
Böden schützen, nicht belasten	52

Besserer Schutz vor gefährlichen Stoffen	52
Kampf gegen Pestizide	53
Von der Müll- zur Kreislaufwirtschaft	53
Vielfalt auf dem Acker – freies Saatgut	54
Kein Patent auf Leben – Überarbeitung der Biopatentrichtlinie	54
Rechtsrahmen für Anwendung der Nanotechnologie schaffen	55
Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen	55
Eine ausgewogene Meerespolitik vorantreiben	56
Fischereipolitik endlich reformieren	57
Sauberes Wasser und natürliche Gewässer	57
Tierschutz in Europa stärken	58
Tierversuche überflüssig machen	58
Mehr internationale ökologische Gerechtigkeit	59
Recht auf Nahrung umsetzen	60

3. Starke Verbraucherpolitik.

Der grüne Weg für Schutz, Transparenz und Rechte	62
Eine Richtlinie für Verbraucherinformation einführen	64
Sammelklagen europaweit möglich machen	65
Verbrauchervertrauen auf den Finanzmärkten wiederherstellen	65
Modernes Verbraucherrecht für Europa entwickeln	66
Wissen, was drin ist	66
Gesunde und natürliche Lebensmittel für alle garantieren	67
Agro-Gentechnik ist nicht verantwortlich	68
Kundendaten besser schützen	69

4. Soziales Europa.**Der grüne Weg für gesellschaftlichen Zusammenhalt 71**

Einen Sozialpakt für Europa	75
Sozialpolitische Ziele verbindlich machen –	
Lissabon-Strategie neu ausrichten	76
Mindestlöhne einführen	77
Arbeitszeit reduzieren	77
Frauenerwerbstätigkeit erhöhen,	
Lohnungleichheit schaffen	78
Generalunternehmer haftbar machen –	
Schwarzarbeit bekämpfen	78
Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	
ihr Recht auf Freizügigkeit gewähren	79
Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte garantieren,	
Rechte von entsandten Arbeitnehmerinnen und	
Arbeitnehmern stärken	79
»Gute Arbeit« fördern	80
Europäische Betriebsräte stärken	80
Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	81
Chancengleichheit herstellen und Diskriminierung	
bekämpfen	82
Barrierefreies Europa	82
Familie und Beruf besser vereinbaren	83
Bildungs- und Berufsabschlüsse anerkennen	83
Mit der Europäischen Sozialkarte europaweit	
geschützt sein	84
Gesundheitsversorgung vor Ort europaweit ermöglichen	85
Die demografische Entwicklung als	
europäische Herausforderung begreifen	86
Eine europäische Arbeitslosenversicherung auf	
den Weg bringen	86

Regionale Entwicklungsunterschiede in	
Europa ausgleichen	87
Europäische Beschäftigungspolitik zielgerichtet einsetzen	87
EU-Fördermittel transparent und unter	
demokratischer Beteiligung einsetzen	88

5. Europa der Kommunen.**Daseinsvorsorge vor Ort stärken 89**

Kommunale Gestaltungsspielräume bei der	
Vergabe öffentlicher Aufträge sichern	89
Rechtssicherheit bei der Vergabe öffentlicher	
Aufträge schaffen	90
Die kommunale Daseinsvorsorge auf sichere Füße stellen	91
Daseinsvorsorge zeitgemäß gestalten	92
Die Grenzen der Privatisierung	92
Für eine Rahmenrichtlinie zur Daseinsvorsorge	92
Kommunale Sparkassen	93
Transparenz von EU-Fördermitteln	95
Mehr Demokratie für die Metropolregionen	96
Kreative Städte	96

6. Nachhaltig Wirtschaften.**Für einen Grünen New Deal 97**

Bretton Woods II: Für eine neue	
globale Finanzordnung	100
Reform des Währungssystems	101
Für eine europäische Wirtschaftspolitik	102
Europäische Finanzumsatzsteuer	103

Europäische und internationale Steueroasen austrocknen	104
Managervergütung neu regeln	104
Rating-Agenturen stärker regulieren	104
Finanzinstitutionen reformieren, Nachhaltigkeit in Wirtschaftspolitik verankern	105
Verbraucherschutz im Finanzmarkt:	
Für eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht	105
Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik	106
Wettlauf der Steuersysteme beenden, gemeinsame Bemessungsgrundlage schaffen	106
Einen Mindestsatz für Unternehmensteuer einführen	107
»One-stop-Shops« einrichten	107
Haushaltspolitik reformieren – stabile Einnahmen sichern, mehr Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung	107
Strukturfonds – Schlüssel für die Entwicklung Ostdeutschlands	108
Kein Geld für Subventionsbetrüger	109
Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen	109
Nachhaltig investieren	110
Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern	110
Bessere Orientierung für Verbraucherinnen und Verbraucher	111
Europäische Sammelklagen möglich machen	111

7. Gesellschaft gestalten.

Der grüne Weg für Demokratie und Bürgerrechte	112
Politische Teilhabe für alle ermöglichen	116
Wahlrecht ausweiten	116

Grundrechte einklagbar machen	117
Menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik vorantreiben	117
Reformen bei Dublin II	118
Leben von Flüchtlingen retten	118
Einwanderungsmöglichkeiten schaffen	119
Integration – Teilhabe fördern	120
Menschenwürdiges Leben auch für Illegalisierte	120
Europäisches Antidiskriminierungsrecht weiterentwickeln	121
Diskriminierung von Roma in der EU beenden	122
Für Religions- und Glaubensfreiheit – gegen religiös motivierte Gewalt	122
Gleichberechtigung für alle Frauen in Europa herstellen	123
Mit einer EU-Sonderbeauftragten Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen	124
Geschlechtsspezifischen Auswirkungen im EU-Finanzhaushalt Rechnung tragen	124
Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Europa herstellen	124
Gleichberechtigung für Ältere herstellen	125
Gemeinsam gegen Rechtsextremismus in Europa kämpfen	125
Menschenhandel bekämpfen	126
Ein Europa für Kinder und Jugendliche	126
Gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente ermöglichen	127
Die EU rechtstaatlich und bürgerrechtlich voranbringen	127
Verfahrensgarantien und gerichtliche Standards stärken	128
Terroristen auf den Prüfstand	128
EUROPOL demokratisch kontrollieren – EUROJUST besser koordinieren und Steueroasen austrocknen – eine europäische Strafverteidigung aufbauen	129

EU-Kommissarin/EU-Kommissar für Justiz und Menschenrechte	129
Stärkung des/der EU-Datenschutzbeauftragten	130
Mehr Transparenz in der Datenverarbeitung	130
Ein Datenschutzsiegel für mehr Sicherheit	130
Datenschutzstandards europäisch und international institutionell absichern	131
Stärkung des Europäischen Parlaments	132
Eine rationale Drogenpolitik in der Europäischen Union einleiten	132

8. Kultur, Bildung und Forschung. Der grüne Weg in die Wissenschaftsgesellschaft **134**

Auslandserfahrungen für alle fördern	135
Lebenslanges lernen – europaweit	136
Ausbildungssysteme durchlässiger machen	136
Studienleistungen europaweit anerkennen – den Bologna Prozess weiterentwickeln	137
Forschung stärken	138
Forschungsförderung demokratisch und transparent	138
Forschungsförderungen unbürokratisch ausrichten – Mikroprogramme fördern	139
Eine faire Balance zwischen Innovationsschutz und Wissenszugang gewährleisten	139
Kulturelle Vielfalt ist Reichtum – Europa eine Seele geben	140
Für kreative Städte und Regionen	141
Europäischen Film und neue Kunstformen stärken	141
Europäische Sportpolitik	142
Qualität und Vielfalt bei den Medien garantieren	142

Safer Internet – Verantwortungsbewussten Umgang mit Medien stärken	143
Europäische Digitalpolitik	144
Künstlerische Beiträge im Internet vergüten	144

9. Internationale Verantwortung. Der GRÜNE Weg für eine gerechte Globalisierung **146**

Europa in guter Nachbarschaft **149**

Erweiterungspolitik fortentwickeln	149
Verantwortung für den westlichen Balkan wahrnehmen	149
Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen	150
Zypern wiedervereinigen	150
Für eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik	151
Mittelmeerunion für die Partnerschaft mit dem Süden nutzen	151
Osteuropa durch eine differenzierte Europäische Nachbarschaftspolitik stärken	152
Menschenrechte in alle Bereiche der EU integrieren	152

Europa für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung **153**

Mit ganzer Energie für den internationalen Klimaschutz	153
Millenniums-Entwicklungsziele erreichen	154
Partnerschaft mit Afrika vertiefen	154
EU-Politiken auf nachhaltige Entwicklung ausrichten	155
Gesellschaftliche Reformen ermutigen	156
Verschuldungsproblem lösen	156
Recht auf Nahrung garantieren	156

Ressourcennutzung zum Wohle aller gestalten	157
Frauen in der Entwicklungspolitik stärken	158
EU-MenschenrechtskommissarIn einsetzen	158
Handelspolitik auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz verpflichten	158
WTO reformieren	160
Interkulturellen Dialog stärken	161
Europa in einer sich wandelnden Welt	161
Die Vereinten Nationen stärken	161
Die EU als Zivilmacht	162
Zivile Kräfte stärken - Friedensagentur und Europäisches Ziviles Friedenskorps gründen	163
Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen	164
Frauenrechte stärken	165
EU-Außeninstrumente besser aufeinander abstimmen	165
Priorität für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Wertschätzung transatlantischer Gemeinschaft	166
Parlamentsvorbehalt muss bei Militärmissionen bestehen bleiben	166
Multilaterale Strukturen stärken	167
Humanitären Krisen vorbeugen - Schutzverantwortung wahrnehmen	168
Russland in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft einbeziehen	169
Abrüstungspolitik konsequent vorantreiben	169
Stichwortregister	172

Präambel

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir GRÜNE möchten Sie für drei Dinge gewinnen: an der Europawahl am 7. Juni 2009 teilzunehmen; bei dieser Wahl GRÜN zu stärken und sich selbst darüber hinaus für die Gestaltung Europas zu engagieren!

Europa hat mehr Einfluss, als es den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist.

Viele der globalen Probleme, die uns alle betreffen, können nur von der Europäischen Union gelöst werden. Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechter Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen.

Doch dafür braucht es eine andere Politik in Europa. Mit Ihrer Stimme kämpft eine starke GRÜNE Fraktion im Europäischen Parlament für

- eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt und für eine sichere Energieversorgung sorgt,
- eine Europäische Union, die zu sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit für Frauen und Männer beiträgt,
- einen Grünen New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet,
- eine Europäische Union, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird,
- eine Europäische Union, die konsequent Leben von Flüchtlingen rettet und Wege legaler Zuwanderung schafft,
- eine Europäische Union, die sich um den Schutz der Bürgerrechte und den Datenschutz kümmert,
- Eine Europäische Union, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt,

- eine Europäische Union, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist.

Trotz großen Reformbedarfs, die europäische Politik hat bereits vieles erreicht: Bessere Standards beim Umweltschutz wurden eingeführt und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher werden durch die Kennzeichnung von genmanipuliertem Essen und mehr Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche gestärkt. Die Rechte der Frauen in der Arbeitswelt wurden durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes durchgesetzt. Der Binnenmarkt und der Euro sind insgesamt Erfolgsprojekte. Ohne den Euro wären die Mitgliedstaaten der EU kaum in der Lage gewesen, in der aktuellen Finanzkrise gemeinsam und koordiniert zu handeln. Die EU-Freizügigkeit für uns Europäerinnen und Europäer, unvollständig wie sie leider immer noch ist, schafft die Gelegenheit, die Vielfalt europäischer Kulturen ohne Schranken zu erfahren und trägt so zu gegenseitiger Anerkennung und Achtung bei.

Die EU ist ein Friedensprojekt. Dank des Zusammenwachsens der europäischen Staaten in der EU ist Deutschland von Freunden umgeben. So ist die jahrhundertlange Ära von Kriegen zwischen Nachbarn überwunden worden. Die Anziehungskraft der EU hat entscheidend mitgeholfen, dass der Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall der Mauer friedlich verlaufen ist. Die deutsch-französische Freundschaft ist durch die alltägliche Zusammenarbeit in der EU gewachsen. Mit Polens Beitritt zur EU ist auch die deutsch-polnische Freundschaft in eine neue Phase eingetreten. Und die Wiedervereinigung Deutschlands wäre ohne eine feste Einbindung in die EU für unsere Nachbarn nicht akzeptabel gewesen.

Zugleich hat die Kritik an der Europäischen Union zugenommen.

Nicht wenige derer, die heute kritisch von Europas Selbstverständnis und Politik sprechen, waren vor fünf Jahren deutlich positiver gestimmt. Damals erlebten wir durch die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten vor allem aus Mittel- und

Osteuropa mit viel Sympathie und Optimismus die historische Überwindung der Spaltung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch seither hat die EU leider an Ausstrahlung verloren.

Noch immer ist sie eher eine Wirtschaftsgemeinschaft als eine Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Zu viele Regeln und Entscheidungen der EU setzen einseitig auf wirtschaftliche Interessen und verlieren das soziale Europa aus den Augen.

Dies wurde zum Beispiel an der Bolkestein-Politik zur Dienstleistungsfreiheit und jüngsten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes zu entsandten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Tarifverträgen oder an der Einmischungen der EU in die kommunale Daseinsvorsorge und Sparkassen deutlich. Die Realität der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik wird menschenrechtlichen Standards oft nicht gerecht. Mit der Vorratsdatenspeicherung wurden Datenschutz und Bürgerrechte eingeschränkt.

Hinzu kommt, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten, die im Ministerrat die entscheidenden Weichen stellen, Erfolge der europäischen Politik gerne als ihre eigenen darstellen. Fehlentwicklungen jedoch schieben sie auf »Brüssel« und kritisieren die Politik, die sie eben noch mitbeschlossen haben. Doppeltzungigkeit darf nicht die Amtssprache der Europäischen Union werden!

Europa kann mehr!

Vieles ist zusammen gekommen an Kritik gegenüber der Politik der EU. Dies hat unter anderem auch zur Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden sowie zum irischen Nein zum Lissabon-Vertrag beigetragen. Wir GRÜNE teilen nicht wenig von dieser Kritik. Aber noch mehr sind wir überzeugt, dass die EU für uns Deutsche und für Europa unverzichtbar ist!

Wer findet, dass in Deutschland auf Bundesebene vieles falsch läuft, wird deswegen nicht die Bundesrepublik ablehnen, sondern für andere Politik kämpfen. Ähnlich sehen

wir GRÜNE das mit der EU. Wir wollen in vielen Bereichen eine andere Politik in der EU, eine grünere, das heißt ökologischere, sozialere, bürgerrechtlich oder friedenspolitisch konsequentere! Nichts davon ist durch einen Rückzug von der EU ins Nationale zu gewinnen. Keine der großen grünen Visionen ist für unser Land ohne die bessere Zusammenarbeit in der EU zu verwirklichen! Die Frage ist daher nicht ob EU, sondern wie!

Wir werben für einen Politikwechsel in Europa. Bisher stellen Konservative und Sozialdemokraten mehr als 500 der 785 Abgeordneten im Europäischen Parlament. Diese »große Koalition« ist ihrer Verantwortung ebenso wenig gerecht geworden wie die Bundesregierung in Deutschland ihrer. Wir wollen die Mehrheiten im Europäischen Parlament, in der Kommission und auch im Europäischen Rat ablösen, die so viel dem Götzen des Neoliberalismus geopfert haben, anstatt für ein soziales Europa zu kämpfen, die so lange ökologische Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft blockiert haben, die Mauern errichtet haben, statt Menschen zusammenzubringen. Positiv gesagt: Wir brauchen neue Mehrheiten in Europa und den Institutionen der EU, um das Europa zu bauen, auf das seit dem Ende erst des Zweiten Weltkrieges und dann des Kalten Krieges so viele Menschen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Wir teilen diese europäische Hoffnung und sagen deswegen »Ja« zur EU und »Nein« zu ihren Fehlern. Vor allem aber werben wir dafür, die Kritik in eine Kraft der Veränderung zu verwandeln, statt zu resignieren oder sich auf die rückwärtsgewandte Nationalpolitik der Anti-Europäer einzulassen.

Wir GRÜNE sind die Europapartei. Wir wissen: Europa kann mehr. Wir wollen die EU weiterentwickeln, ökologisch, sozial, demokratisch, friedlich. Ob wir für dieses Ziel bei der Europawahl gestärkt werden, das liegt auch an Ihnen, liebe Wählerin, lieber Wähler. Wir rufen Sie dazu auf! Und wir werben ebenso dafür, dass Sie sich mit uns engagieren in den vielen Bewegungen und Initiativen, aus denen im Alltag das andere Europa wächst, das möglich ist.

Nutzen Sie am 7. Juni 2009 Ihre Stimme, um ein ökologisches, soziales, demokratisches und friedliches Europa zu stärken, um Europa grüner zu machen.

Für einen Grünen New Deal in Europa

»Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden statt in der schwersten finanziellen und wirtschaftlichen Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Unsere Antwort auf die Krise ist ein Grüner New Deal in Europa.«

Der Grüne New Deal verbindet soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Eines ist ohne das andere nicht zu haben, gemeinsam sind sie die Grundlage für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Der Grüne New Deal setzt auf ökologische Innovation und auf die Bereitschaft, unsere Lebensstile so zu gestalten, dass die Welt das aushält. Es ist die Verantwortung Europas, der Welt ein ökologisches Beispiel zu geben. Der Grüne New Deal setzt auf soziale Teilhabe aller.

Nachdem zuerst vor allem Banken betroffen waren, nehmen jetzt Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit rapide zu, in vielen europäischen Ländern haben Menschen Schwierigkeiten, ihre Schulden zu bedienen. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in allen europäischen Ländern müssen einspringen, um die Finanzwelt zu stabilisieren und die Auswirkungen der Krise zu begrenzen. Die Folgen der Krise treffen deshalb jeden und jede. Grund ist eine falsche Finanzmarktpolitik, gerade auch in Europa: Deregulierung im blinden Glauben an sich selbst regulierende Märkte, eine schwache Finanzaufsicht, kurzfristige Gewinnmaximierung und Interessenkonflikte bei wichtigen Institutionen haben die Märkte in eine fast ausweglose Krise geführt. Deshalb braucht es einen Neuanfang, eine neue Finanzmarktarchitektur.

Dies allein wird jedoch die Wirtschaftskrise nicht beenden. Es wäre falsch zu glauben, dass mit dem Ende der Verwerfungen auf den Finanzmärkten auch automatisch die Wirtschaftskrise vorbei wäre. Es braucht einen neuen Impuls für wirtschaftliche

Dynamik. Gleichzeitig wartet die Klimakrise nicht. Es wäre fatal, das drängendste Problem – die Finanz- und Wirtschaftskrise – zu Lasten des wichtigsten Problems – des Klimawandels – zu lösen. Die neue wirtschaftliche Dynamik muss deshalb dadurch entstehen, dass wir konsequent in Klimaschutz investieren. Und es wäre falsch zu vergessen, dass auch diese Krise wieder die Ärmsten am schärfsten treffen wird, nämlich die Menschen in den Entwicklungsländern. Schon jetzt ist zu beobachten, dass wegen der Wirtschaftskrise die Gelder zur Bekämpfung der Ernährungskrise zurückgenommen werden. Wir GRÜNEN streiten dagegen für ein solidarisches Europa.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen deshalb auf einen Neuanfang in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir wollen herauskommen aus den immer wiederkehrenden Krisen eines falschen Wirtschaftsmodells. Die jetzige tiefe Krise ist dafür eine Chance, die wir nicht verstreichen lassen dürfen. Wir setzen als Teil einer weltweiten Bewegung deshalb auf einen Grünen New Deal, auf eine neue Art des Wirtschaftens mit

- konsequenter Finanzmarktregulierung,
- Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales für zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie
- einer neuen Form des sozialen Ausgleichs bei uns sowie zwischen Nord und Süd.

Der UN-Generalsekretär wirbt für einen weltweiten Grünen New Deal. Die USA bewegen sich – endlich – in die richtige Richtung. Als starke Kraft in Europa wollen wir GRÜNEN dafür sorgen, dass auch Europa diese Krise als Chance nutzt und umsteuert durch einen Grünen New Deal.

GRÜNE Prioritäten für Europa

Wir deutsche GRÜNE haben uns in der Europäischen Grünen Partei (EGP) mit 36 GRÜNEN Parteien aus 33 Ländern Europas zu einer starken ökologischen, sozialen und demokratischen Kraft

zusammengeschlossen. Wir vertreten nicht eine lockere Ansammlung nationaler Interessen. Wir wollen gemeinsam Europa erneuern. Dabei arbeiten wir nicht nur innerhalb der EU zusammen, sondern gerade auch mit den GRÜNEN-Parteien europäischer Länder außerhalb der EU und mit anderen Partnerinnen und Partnern in der wachsenden globalen Grünen Bewegung.

Klima schützen, die Energiekrise überwinden

Wir wollen den Klimawandel bekämpfen. Konsequent, ohne faule Kompromisse. Der weltweite Temperaturanstieg muss auf höchstens zwei Grad Celsius begrenzt werden. Gleichzeitig zwingt uns die wachsende Konkurrenz um endliche Energievorräte der Erde zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik.

- Bis zum Jahr 2050 muss Europa seine Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Das ist zu leisten, wenn wir unseren Umgang mit Energie ab sofort umstellen auf Nachhaltigkeit. Das heißt: Wir müssen weg von Öl und Kohle. Wir brauchen die drei E's: die konsequente Förderung und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.
- Wir brauchen dazu eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (EURENEW). Das ist unsere Alternative zu EURATOM. Europa hat soviel Energie: Erdwärme, Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft lassen sich in unterschiedlichem Maße überall nutzen. Wir wollen diese Energiequellen wo möglich dezentral nutzen und mit einem intelligenten und leistungsfähigen Netz, in das jeder einspeisen kann, verknüpfen.
- Wir brauchen einen wirkungsvollen Emissionshandel – CO₂ muss endlichen einen Preis haben.
- Bis spätestens 2050 kann Europa zu einhundert Prozent auf Erneuerbare Energien umsteigen. Wir streben an, dieses Ziel bereits 2040 zu erreichen und werden auf allen Ebenen konsequent dafür streiten.

- Wir brauchen eine stärkere Vernetzung von Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt.
- Atomkraft ist kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern eine Hochrisikotechnologie. Die Möglichkeit katastrophaler Unfälle, der Atom Müll, die atomare Aufrüstung und neue Bedrohungen durch Terrorismus begründen unsere Forderung, den Ausstieg aus der Atomkraft europaweit durchzusetzen.

Diese neue und konsequente Energiepolitik schafft neue Sicherheit. Sie macht uns unabhängiger von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, freier von machtpolitischen Spielchen der Förderländer, weniger betroffen von den Entwicklungen in Krisenregionen und schützt am besten gegen atomare Risiken und nuklearen Terror. Mit einer Energiepolitik, die auf Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien setzt, sichern und schaffen wir nachhaltig Arbeitsplätze und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe.

Die Gebäudesanierung, der Ausbau von Solaranlagen und der Aufbau der neuen energetischen Infrastruktur fördern das regionale Handwerk, die lokale Beschäftigung und den innovativen Mittelstand. Allein in Deutschland haben wir GRÜNE mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 250.000 neue Arbeitsplätze möglich gemacht. Diese Zahl wird sich bei uns bis 2020 verdoppeln. Europaweit sind die Chancen noch viel größer. Bereits die Durchsetzung des 20-Prozent-Ziels für Erneuerbare Energien kann in Europa zwei Millionen neue Jobs schaffen. Mit einer intelligenten Klima- und Energiepolitik schützen wir das Klima, schaffen mehr Energieversorgungssicherheit und wir sichern europäischen Unternehmen beste Chancen auf den Märkten der Zukunft.

Gerechtigkeit schaffen, der sozialen Spaltung entgegen wirken

Wir wollen ein soziales, solidarisches und bürgernahes Europa mit erbauen. Der wirtschaftliche Wettbewerb braucht einen

Rahmen und dazu gehören europäische und weltweite Arbeitsrecht- und Sozialstandards. Nur ein soziales Europa ist ein gerechtes Europa. Gerechtigkeit setzt aber auch Nachhaltigkeit voraus.

- Wir fordern in jedem Land Mindestlohnregelungen und treten dafür ein, dass Ihre Arbeitnehmerinnenrechte und Arbeitnehmerrechte europäisch abgesichert, anstatt durch die Hintertür abgeschliffen werden.
- Wir wollen einen europäischen Sozialpakt durchsetzen, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Bürgerinnen und Bürger stärkt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das europaweit garantierte Recht auf gleichen Lohn für Frauen und Männer endlich Realität wird und fordern entsprechende Initiativen der einzelnen Länder zur gesetzlichen Sanktionierung von Lohndiskriminierung. Wir fordern Quotenregelungen dort, wo sich verbissen die Männerriege am Steuer hält. Außerdem machen wir uns konsequent für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit stark, denn Gleichstellung ist für uns keine Frage oder Floskel, sondern gehört zum Selbstverständnis grüner Politik.
- Wir betrachten die demografische Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und das Zusammenleben der Generationen als Herausforderung und Chance, die wir aktiv gestalten wollen.
- Ein soziales Europa braucht mehr Gemeinsamkeit in der Steuerpolitik. Nur so verhindern wir, dass die Mitgliedstaaten in einen Steuerwettbewerb und eine Standortkonkurrenz getrieben werden. Denn dies führt nur dazu, dass die nationalen sozialen Sicherungssysteme Stück für Stück abgebaut werden.
- Wir wollen Finanzmärkte stärker regulieren und eine Steuer einführen, die dazu beiträgt, rein spekulative Geldbewegungen einzuschränken. Wir wollen eine europäische

Finanzmarktaufsicht schaffen und klare Haftungsregeln für Managerinnen und Manager.

- Nicht mehr die nationalen Standortinteressen einzelner Mitgliedstaaten, sondern das gemeinsame Europa muss der Rahmen für eine zukünftige Wirtschaftspolitik werden.
- Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur zum entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU wird wesentlich vom europäischen Weg in die Wissensgesellschaft abhängen.

Neuer Schwung für den Reformprozess

Noch ist nicht entschieden, ob der Lissabon-Vertrag in einem zweiten Anlauf nicht doch noch von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Wir hoffen das, aller Kritik zum Trotz. Wir GRÜNE halten viele Errungenschaften aus dem Lissabon-Vertrag für wichtig, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen und damit fit für die Herausforderungen der Zukunft: den Klimawandel oder die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung. Auch die Bürgerinnen und Bürger würden ganz unmittelbar davon profitieren: Von einer verbindlichen Grundrechtecharta, mit individuell einklagbaren Rechten, vom Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention oder von der Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem Vergaberecht. Und die Reformen würden endlich das Europäische Parlament als Vertretung des europäischen Volkes und Gegengewicht zur EU-Kommission, dem Ministerrat und den nationalen Regierungen stärken.

Sollte der Lissabon-Vertrag scheitern, setzen wir uns für eine europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta ein. Sowohl die Kritikerinnen und Kritiker der EU wie auch die Regierungen und jene, die Europa vollmundig im Munde führen, müssen dann Farbe bekennen: Sind sie wie wir GRÜNE bereit, den Menschen mehr Rechte und mehr Mitbestimmung einzuräumen? Oder geht es ihnen in Wahrheit um etwas anderes?

Eine solche Nagelprobe würde auch dazu beitragen, ein europäisches Gefühl der Zusammengehörigkeit und die gemeinsame Identität zu stärken.

Wir halten fest an unserem Ziel einer echten europäischen Verfassung. Wir haben immer kritisiert, dass der überladene Verfassungsvertrag nicht dem Ziel einer Europäischen Verfassung gedient hat. Unser Ziel ist ein schlanker Grundlagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränkt, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiert und ökologische Nachhaltigkeit durchsetzt. Eine solche Verfassung sollte in einem demokratischen, transparenten und europäischen Prozess entstehen und durch europaweite Referenden legitimiert werden. Wir wissen, dass dieses Ziel Zeit braucht. Dazu ist, bei allen Schwächen, der Vertrag von Lissabon ein erster Schritt.

Bürgerrechte stärken, die demokratische Teilhabe erweitern, Einwanderung gestalten

Mit Ihrer Hilfe wollen wir Europa ein starkes demokratisches Fundament der Menschen- und Bürgerrechte geben. Es geht uns um ein Europa mit gerechten Bildungschancen für alle und einem großen Reichtum an Kultur. Wir GRÜNE wollen ein Europa, das Freiheit garantiert und die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die Neugierde von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden und den Überwachungsstaat.

- Dem wachsenden Rechtsextremismus in Europa wollen wir entschieden entgegentreten. Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Homo- und Islamophobie sind eine Gefahr für die europäische Idee.
- Die Unionsbürgerschaft wollen wir mit Leben füllen und dazu den Menschen, wenn sie in einem anderen EU-Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht geben, die dortige Regierung mit zu wählen.

- Tausende Menschen kommen jedes Jahr bei dem Versuch ums Leben, in einfachen Booten von Afrika aus die europäischen Küsten zu erreichen. Die EU darf sich nicht weiter abschotten, sondern muss Asyl gewähren und Einwanderung gestalten. Bislang gibt es kaum legale Wege zur Einwanderung in die EU. Wir fordern: legale und dauerhaft angelegte Wege für die Einwanderung in die EU. Wir wollen ein stimmiges Gesamtkonzept der EU, mit dem Fluchtursachen entgegengewirkt und gleichzeitig das Abwandern von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verhindert werden kann. Durch die kulturelle und weltanschauliche Pluralität sowie die Vielfalt regionaler Traditionen und Identitäten in Europa kann die EU einen besonderen Beitrag zum Dialog der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen leisten.
- Das Recht auf Privatsphäre wollen wir schützen und dazu den europäischen Datenschutzbeauftragten stärken und ein europäisches Datenschutzsiegel einführen. Statt immer neue Datenberge zu produzieren, wollen wir Sie als Bürgerinnen und Bürger europaweit vor dem Sammel- und Kontrollwahn der einzelnen Staaten und der Wirtschaft schützen. Ein erster wichtiger Schritt ist der sofortige Stopp der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa.
- Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich am Markt orientieren können. Dazu gehört zum Beispiel auch ein Sicherheitssiegel für Spielzeug oder eine klare Kennzeichnung der Lebensmittel. Denn das Recht auf ein gesundes Leben darf nicht heimlich durch Genfood unterlaufen werden.
- Lebens- und Lernerfahrungen im europäischen Ausland dürfen keine Frage des Alters, des Bildungsgrades oder des Geldbeutels sein. Wir wollen allen und nicht nur Studierenden die Möglichkeit geben, einige Monate im europäischen Ausland zu lernen oder im Rahmen von Freiwilligenprojekten gemeinnützig zu arbeiten.
- Durch die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens, europäischer Bürgerentscheide und EU-weiter Referenden

wollen wir die Möglichkeiten der Menschen erweitern, ihre Interessen besser durchzusetzen und neben der parlamentarischen die direkte Demokratie stärken.

- Europa muss als Raum der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit weiter ausgebaut werden. Dazu gehört die Harmonisierung von Verfahrensgarantien auf EU-Ebene sowie die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes bei allen hoheitlichen Maßnahmen. Ziel muss es sein, die Rechtsstandards in allen Ländern zu verbessern und keine Anpassung nach unten vorzunehmen.
- Mit einer EU-Kommissarin oder eines EU-Kommissars für Justiz und Menschenrechte wollen wir diese in allen Politikbereichen stärken. Denn nicht nur im Außenverhältnis ist hier noch viel zu tun, auch nach innen gibt es gerade angesichts bestehender Diskriminierung von Minderheiten und beim Umgang mit Flüchtlingen sowie bei der Durchsetzung von Bürgerrechten Handlungsbedarf. Zudem braucht es eine Perspektive für Illegalisierte, die hier mit uns leben.

Frieden schaffen, die globale Spaltung der Welt überwinden

Wir wollen die EU als Zivilmacht stärken und ihr eine aktive Rolle geben für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung. Dass aus einstigen Feinden nicht nur Nachbarn in Frieden, sondern Freunde und sogar gemeinsame Unionsbürgerinnen und Unionsbürger wurden, ist eine historische Leistung. Die EU war ein Friedensprojekt und ist es bis heute. Für uns GRÜNE ist das eine Verpflichtung.

- Die EU muss zur Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden. Denn auch nach dem Ende des Kalten Krieges haben diese Ziele nichts von Ihrer Aktualität verloren. Wir setzen uns ein für das Ziel eines kernwaffenfreien Europas.
- Deswegen wollen wir eine Friedensagentur aufbauen, die

den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt und die Schaffung von Sicherheit, einer funktionierenden Justiz und Infrastruktur garantiert.

- Die Möglichkeit zur Erweiterung der EU ist Kern ihrer friedensstiftenden Wirkung. Die GRÜNEN stehen dazu, dass alle europäischen Staaten – ausdrücklich auch die osteuropäischen – wie im EU-Vertrag vorgesehen eine Beitrittsperspektive erhalten. GRÜNE streiten deshalb auch für eine glaubwürdige Beitrittsperspektive der Türkei und für eine neue Nachbarschaftspolitik.
- Die EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden, der aktiv zu einer Stärkung der Menschenrechte beiträgt.
- Die EU muss der Krisenprävention und zivilen Konfliktbewältigung Vorrang in der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.

Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit

In etlichen Bereichen ist Europa noch nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu meistern, vor denen wir alle stehen. Die europäische Politik von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen, die im Europäischen Parlament, im Rat und in der Kommission die Mehrheit stellen, führt im Gegenteil dazu, dass in der EU viel zu häufig die falschen Weichen gestellt werden. Aber auch das Versteckspiel bei den Verantwortlichkeiten muss aufhören! Viele finden es leider allzu bequem, Brüssel den schwarzen Peter zuzuschieben, obwohl das Problem oft genug bei nationalen Egoismen liegt. Regierungen und Interessengruppen, die kein Interesse an politischem Fortschritt haben, und denen eine EU als erweiterte Freihandelszone eigentlich am liebsten wäre, haben aufgrund des in vielen Bereichen geltenden Einstimmigkeitsprinzips noch immer zu viele Vetomöglichkeiten.

Im Bereich des Binnenmarktes wiederum werden die meisten

Entscheidungen mit Mehrheit getroffen. So manche Regierung nimmt deshalb den Umweg über «Brüssel», um eine Politik durchzusetzen, für die sie im heimischen Parlament keine Mehrheit bekommen hätte. Frech, wenn sie dann – wieder daheim – die EU für die Politik kritisiert, die sie eben noch im Ministerrat mitbeschlossen hat. Auf solche Art wird »Europa« oder »Brüssel« zum Sündenbock gemacht und ein Keil zwischen die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger getrieben.

Wir GRÜNE wollen nicht zulassen, dass Frau Merkel sich vollmundig als Klimakanzlerin feiern lässt, obwohl sie im Rat der Regierungschefs die Richtlinie über den Emissionshandel im Flugverkehr blockierte. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy hat die Bundesregierung die geplanten Regeln zur Reduzierung des Spritverbrauchs von Neuwagen verwässert – zum Schaden von Umwelt, Autofahrerinnen und Autofahrern. Notwendige Schritte zur CO₂-Reduzierung im Straßenverkehr wurden kurzerhand auf das Jahr 2015 vertagt. Die SPD führt das soziale Europa zwar groß im Munde, ihr deutscher Arbeitsminister Scholz hat aber selbst dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Höchstarbeitszeit auf 65 und mehr Wochenstunden ausgeweitet werden soll.

Auch die LINKE trägt mit ihrem anti-europäischen Populismus dazu bei, die Überwindung der beklagten Defizite zu behindern.

Jede Macht braucht Kontrolle, auch europäische. Deshalb braucht die EU wesentlich mehr Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit! Dafür streiten wir.

Politische Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo es Sinn macht das heißt möglichst nahe an den betroffenen Menschen. Das ist der Inhalt des Subsidiaritätsprinzips. Dazu gehört eine gestaltungs- und leistungsstarke kommunale Selbstverwaltung.

Viel Grün ins Parlament

Die Rolle des Parlamentes hat sich verändert. Viel stärker als

früher ist es inzwischen an der Gesetzgebung beteiligt und in der Lage, mit einem eigenständigen politischen Profil ein Gegengewicht zu bilden zur Europäischen Kommission und zum Ministerrat, also den nationalen Regierungen. Dafür bedarf es aber eines selbstbewussten und kritischen Europäischen Parlaments – also eines Parlaments mit starken GRÜNEN!

Wir stellen in diesem Programm dar, welche Wege wir in Europa einschlagen wollen, um die EU besser zu machen. Sie können mit Ihrer Wahl dazu beitragen, Europa grün zu erneuern. Starke GRÜNE im Europaparlament – das macht einen wichtigen Unterschied. Helfen Sie mit, den Grünen New Deal für Europa zu verwirklichen!

Dafür brauchen wir Ihr Engagement und am 7. Juni 2009 Ihre Stimme.

1. Neue Energie in Europa. Der grüne Weg für gutes Klima, wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit

Klimapolitik ist im 21. Jahrhundert eines der strategisch wichtigsten Politikfelder. Denn Klimapolitik ist mehr als nur eine Politik für besseres Wetter. Klimapolitik ist auch Energie- und Verkehrspolitik, Sozial-, Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik. Immer deutlicher wird, dass vom Klimawandel nicht nur unsere Ökosysteme betroffen sind, sondern auch unser Wirtschaftssystem. Als erstes und am härtesten werden die Entwicklungsländer unter den Folgen leiden. Die Industrieländer müssen ihrer historischen Klimaverantwortung gerecht werden und effektiven Klimaschutz verwirklichen.

Wir GRÜNE sind Vorreiter für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. Unsere Antworten heißen: Umstellung auf Erneuerbare Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung. Wir wollen, dass Europa mit einer intelligenten Energie- und Klimapolitik zum Schrittmacher wird. Europa hat sich verpflichtet alles zu tun, dass die globale Erwärmung auf zwei Grad begrenzt wird. Dafür muss der CO₂-Ausstoß der Welt halbiert werden. Für Europa heißt dies: 80 Prozent Reduktion bis 2050. Spätestens dann müssen wir einhundert Prozent unserer Energie erneuerbar bereitstellen. Wir streben an, diese Ziel bereits 2040 zu erreichen. Deshalb werden wir uns anstrengen, Strom 2030 komplett erneuerbar zu erzeugen. Wem, wie der CDU/CSU, nichts anderes einfällt, auf steigende Strompreise mit einer Verlängerung der Laufzeiten bei Atomkraftwerken zu reagieren, wer, wie die FDP, gegen die Öko-steuer in Deutschland polemisiert oder wer sich, wie SPD und CDU/CSU, nicht traut, auch einmal den großen Lobbygruppen der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie die Stirn zu

bieten, hat den Ernst der Lage nicht begriffen.

Wir brauchen heute die entscheidenden Weichenstellungen, wenn wir die Menschen nicht alleine lassen und sie den steigenden Energiepreisen hilflos ausliefern wollen. Diese Weichen müssen europäisch gestellt werden: Durch die Entflechtung der Energiemonopole, durch klare Verpflichtungen, durch Standards, die zu Innovationen anreizen, und durch zielgenaue Forschungspolitik, die die Forschungsschwerpunkte auf Erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung statt auf Atomspaltung und Kernfusion setzt. Wir brauchen eine Förderpolitik, die der Bedeutung der Erneuerbaren Energien Rechnung trägt, ohne dass die Gewinnung von Pflanzkraftstoffen der Produktion von Nahrungsmitteln Konkurrenz macht. Insbesondere brauchen wir klare ehrgeizige und verbindliche Vorgaben zum Klimaschutz. Wir wollen den Emissionshandel weiterentwickeln, indem wir die Zertifikate vollständig versteigern und nach dem Luft- jetzt auch den Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbeziehen. Ein Europa, das im Klimaschutz vorangeht, legt zugleich eine Grundlage für den dringend erforderlichen Fortschritt in der internationalen Klimapolitik. Dies legt gleichzeitig die Grundlage für Beschäftigung und wirtschaftlichen Erfolg.

Denn der Aufbruch ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien fördert das regionale Handwerk, schafft neue Arbeit, stärkt Innovationen in wichtigen Zukunftsmärkten und macht uns weniger abhängig von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen. Gerade beim Erdöl und Erdgas werden sich in den nächsten Jahren durch die Verknappung der fossilen Ressourcen drastische Preiserhöhungen einstellen.

Die Menschen in Deutschland und in Europa haben sich längst bewegt. Das zeigt die rapide ansteigende Nachfrage nach grünem Strom, nach spritsparenden Autos oder nach Bio-Produkten in den letzten Jahren. Das ist eine gute Entwicklung, an der auch die GRÜNEN-Parteien in Europa einen erheblichen Anteil haben. Immer mehr Menschen in Europa entdecken, dass sie durch ihr Kaufverhalten nicht nur etwas für den Klimaschutz

tun können, sondern auch mitentscheiden, was in den Regalen liegt und was nicht. Und sie wissen, dass bewusster Konsum keineswegs mit einem Verlust an Lebensqualität einhergeht – im Gegenteil. Wir wollen die Menschen in Europa durch eine gemeinsame Politik für gutes Klima und eine nachhaltige und sozialverträgliche Energieversorgung unterstützen. So sorgen wir nicht nur für mehr Gerechtigkeit, sondern wir werden auch unabhängiger von der Rohstoffpolitik anderer Staaten.

Die EU muss wieder Vorreiterin im internationalen Klimaschutz werden

Wir wollen, dass Europa wieder die treibende Kraft in der internationalen Klimapolitik wird. Nur so können wir den nötigen Druck aufbauen und andere Staaten zum Mitmachen bewegen. Wir brauchen heute ambitionierte internationale Ziele. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen in der Frage des Klimaschutzes auf eine europäische Lösung, die jetzt und nicht erst in fünf oder zehn Jahren mit konkreten Schritten angegangen wird. Für den weltweiten Klimaschutz braucht es ein klares Signal von Seiten der Industrieländer. 2009 wird klimapolitisch ein entscheidendes Jahr. Europa muss in diesem Jahr bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen seiner Vorreiterrolle gerecht werden und sich für ein starkes Kyoto-Nachfolgeabkommen einsetzen. Dazu muss Europa seine Wirtschaft nachhaltig und zukunftsfähig umbauen und seine Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Nur so lässt sich die Erderwärmung noch auf höchstens zwei Grad begrenzen. Darüber hinaus müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer bei Technologietransfer und Anpassung auch über geeignete Finanzinstrumente und nachhaltige CDM-Projekte intensiv unterstützt werden.

Ein Export jeglicher Reduktionsbemühungen in Entwicklungsländer, um zu Hause unverändert weiterwirtschaften zu können, wie es sowohl der Emissionshandel als auch die Richt-

linie zur Lastenteilung (CDM) aktuell zulassen, setzt dagegen kein Zeichen des Aufbruchs. Die EU-Emissionsziele dürfen nicht mit Verweis auf die Finanzkrise in Frage gestellt werden. Die EU muss vielmehr die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die Konjunkturprogramme entscheidend zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Darüber hinaus muss auch über mögliche Sanktionsmechanismen gegenüber Staaten nachgedacht werden, die ihre Emissionsziele nicht erreichen.

Historischer Verantwortung gerecht werden

Wir wollen darüber hinaus, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf Grundlage ihrer historischen Verantwortung und ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit zur Finanzierung notwendiger Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern beitragen. Das Recht auf Entwicklung muss im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Wir unterstützen den Ansatz der »Greenhouse Development Rights«. Dabei werden die Reichen aller Länder in die Reduktionsbemühungen einbezogen, während Menschen, die unter einer bestimmten Wohlstandsgrenze leben, das Recht auf Entwicklung haben. Zur Umsetzung dieser Forderungen ist es notwendig, dass die Industrieländer ihr geistiges (Wissenstransfer) und materielles Know-how für umweltfreundliche Technik umfassend zur Verfügung stellen.

Emissionshandel verbessern

Wir wollen einen europäischen Emissionshandel, um so das System vor kurzfristiger nationaler Interessenpolitik zu schützen und einen funktionierenden Handel zu garantieren. Das Ende 2008 beschlossene System, das lediglich auf einer 20-prozentigen CO₂ Reduktion bis 2020 basiert, muss auf eine 30-prozentige Emissionsreduktion angehoben werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Entscheidung revidieren, dass derzeit auch die verarbeitende Industrie von der Zertifi-

kateversteigerung ausgenommen ist, bei der überhaupt keine Produktionsverlagerung droht. Nur wenn das Prinzip der vollständigen Zertifikateversteigerung in allen Bereichen des Emissionshandels gilt, wird ein marktwirtschaftliches Funktionieren des Handelssystems möglich und ungerechtfertigte Gewinne werden verhindert. Auch Flug- und Schiffsverkehr müssen in vollem Umfang in den Emissionshandel einbezogen werden, egal ob ein Schiff oder Flugzeug sich nur in der EU bewegt oder aber die EU-Grenzen überschreitet. Die Einbeziehung innereuropäischer Flüge in den Emissionshandel kann hier nur der erste Schritt gewesen sein. Perspektivisch soll der Emissionshandel international ausgeweitet werden mit dem Ziel, dass sich die Pro-Kopf-Emissionen weltweit auf einem nachhaltigen Niveau angleichen.

Gerade im Umgang mit der energieintensiven Industrie hat sich gezeigt, dass Kanzlerin Merkel weiter nach großzügigen Ausnahmeregelungen für die Industrie ruft, anstatt zur Schaffung eines guten Instruments zur Emissionsreduzierung beizutragen.

Atomausstieg weiter vorantreiben, EURATOM abschaffen

Wir wollen ein Europa ohne die Hochrisiko-Technologie Atom. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wie keine andere Partei für den Ausstieg aus der Atomkraft. Atomkraft ist auch in Europa – entgegen aller Behauptungen der Atomlobby – ein Auslaufmodell. Denn an den großen Gefahren nuklearer Energieerzeugung hat sich nichts geändert: AKWs können zur Zielscheibe terroristischer Angriffe werden. Ein möglicher GAU, die nach wie vor ungelöste Endlagerfrage von Atommüll, der Handel mit Material für die militärische Nutzung sowie nicht zuletzt die fehlende Versicherungspflicht für mögliche Folgeschäden sprechen genauso gegen die weitere Nutzung der Atomenergie wie die Unfälle im schwedischen AKW Forsmark, den deutschen AKWs Brunsbüttel und Krümmel und der französischen Atomanlage Tricastin. Unfälle sind nie auszuschließen und mit

der Sicherheitskultur bei den Betreibern ist es oft nicht weit her. Sicher ist nur das Risiko!

Bis heute gibt es weltweit keine Endlagerstätten für hochradioaktiven Atommüll. Einlagerungsversuche scheitern kläglich, wie in der niedersächsischen Asse, wo sich die Sicherheitsversprechen der Atomlobby in einer radioaktiven Lauge auflösen. Wir werden im Europäischen Parlament daher weiter Druck machen, dass Atomenergie ein Auslaufmodell bleibt und kein Nuklearexport in Drittstaaten stattfindet, wie Frankreichs Präsident Sarkozy es gerade versucht. Weiterhin gilt: EURATOM wollen wir abschaffen. Denn eine Förderung der Atomenergie, wie sie Ziel des EURATOM-Vertrags ist, ist mit den Grundsätzen einer zukunftsfähigen EU unvereinbar. Solange jedoch noch AKW in Europa betrieben werden, kämpfen wir GRÜNEN auch dafür, dass die europäischen Sicherheitsstandards sich überall zwingend nach den besten technischen Möglichkeiten richten müssen. Alle Versuche, jetzt Bauruinen aus den 80er Jahren (wie zum Beispiel in Belene) fertigzubauen oder alten Schrottreaktoren Laufzeitverlängerungen zu gewähren, stoßen auf unseren entschiedenen Widerstand. Um wenigstens einen Teil der externen Kosten der AKW zu internalisieren, wollen wir EU-weit Brennelementesteuern, eine unbeschränkte Haftung für mögliche Atomunfälle und die Einrichtung von staatlich kontrollierten Fonds zur Deckung von Abriss- und Endlagerkosten erreichen.

Klimaschutz nur ohne neue Kohlekraftwerke

Wir wollen ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke. Denn Kohlekraftwerke sind ohne Zweifel die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung! Mit 750 beziehungsweise 950 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom stoßen Stein- und Braunkohle zwei- bis dreimal so viel Klimagase aus wie moderne Gaskraftwerke. Es ist deshalb klimapolitisch geboten, jetzt keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen. Wir fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange die Technologie der CO₂-

Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt, langfristig sicher, umweltverträglich und ökonomisch einsetzbar ist.

Wir wollen für neue Kraftwerke einen elektrischen Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent gesetzlich festlegen und so den Neubau klimaschädlicher Kohlekraftwerke verhindern. Bei Kraft-Wärme-Kopplung ist der Wert entsprechend der Minderung des elektrischen Wirkungsgrades durch die Wärmeauskopplung anzupassen. Ineffiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von gerade einmal rund 45 Prozent wären nicht mehr genehmigungsfähig, effiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit Wärmeauskopplung könnten noch neu gebaut werden.

Wir wollen auf EU-Ebene die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass national für den CO₂-Ausstoß von Kraftwerken strenge Grenzwerte festgeschrieben werden können. Diese wollen wir dann auch rechtlich vorschreiben.

Die von der konventionellen Energiewirtschaft propagierte Technik der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) ist ein ungedeckter Scheck. Es ist völlig offen, ob CCS sich als umweltverträglich, wirtschaftlich und langfristig sicher einsetzbar herausstellt. Vor 2020 wird die Technik nicht bereit stehen. Wer mit CCS heute den Bau schmutziger Kohlekraftwerke rechtfertigt, handelt unverantwortlich und suggeriert eine Lösung des Klimaproblems, ohne zu wissen, ob sie überhaupt funktioniert.

Einhundert Prozent erneuerbar werden

Wir wollen die EU vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Öl, Gas und Kohle sind keine Energiequellen der Zukunft. Erstens sind die Rohstoffe endlich und die Verbrennung trägt zur Erderwärmung bei. Zweitens leiden europäische Volkswirtschaft genauso wie Verbraucherinnen und Verbraucher unter steigenden Preisen bei Erdgas und Erdöl. Drittens kommen Öl und Gas zu einem großen Teil aus Krisenregionen dieser Erde oder aus Ländern, die ihre Position als Liefermacht machtpolitisch missbrauchen. Viertens können Erneuerbare Energien

durch eine dezentrale Erzeugung und demokratische Kontrolle die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Diese klima-, sozial-, außen- und sicherheitspolitischen Gründe zeigen, dass das fossile Zeitalter so schnell wie möglich beendet werden und die EU konsequent und dauerhaft auf Erneuerbare Energien umsteigen muss. Einhundert Prozent Erneuerbar ist machbar und notwendig – aber die Wende muss jetzt beginnen – das ist die energiepolitische Vision, die unser europapolitisches Handeln leitet. Wir wollen bis spätestens 2050 zu einhundert Prozent unserer Energie erneuerbar bereitstellen. Wir streben an, dieses Ziel bereits 2040 zu erreichen. Deshalb werden wir uns anstrengen, Strom 2030 komplett erneuerbar zu erzeugen.

Europaweites Stromspeisungssystem für Erneuerbare Energien einführen

Das von uns eingeführte deutsche Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist so erfolgreich, dass viele Länder weltweit dieses Konzept übernommen haben. Wir werden jetzt die Initiative ergreifen, dass eine EU-weite Einspeiseregulation so bald wie möglich entwickelt und umgesetzt wird.

Gemeinsam für Erneuerbare – EURENEW gründen

Wir wollen einen Energie-Mix aus Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasser. Europa hat durch seine unterschiedlichen Klimaregionen sowie durch seine geologische Vielfalt das ganze Spektrum Erneuerbarer Energien zu bieten. Dieses hohe Potential wollen wir nutzbar machen. Dazu wollen wir im Rahmen der EU eine Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (EURENEW) gründen. EURENEW soll Prioritäten neu setzen und Antriebsmotor für eine moderne und intelligente Stromerzeugung und -nutzung im 21. Jahrhundert sein.

Wir wollen zusätzlich die Forschung intensivieren. Durch eine gebündelte Anschubfinanzierung für Energieerzeugung aus Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft wol-

len wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen. EURENEW soll sich durch die Umwidmung der EURATOM-Mittel und aus den Einnahmen des europäischen Emissionshandels finanzieren.

Energieeffizienz steigern

Wir wollen bis zum Jahr 2020 eine Effizienzsteigerung in der EU von mindestens 20 Prozent. Diese Verpflichtung muss für die Mitgliedstaaten bindend sein. Für Nichteinhaltung muss es Sanktionen geben. Dazu müssen Forschung und Entwicklung massiv ausgebaut werden und Anreize für Öko-Innovationen geschaffen werden. Gleichzeitig brauchen die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bessere Informationen darüber, wie und wo sie Energie einsparen können. Dazu brauchen wir die Verbesserung der Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten, eine schnellere Anpassung an technische Innovationen und wirksame europaweite Mindeststandards für Endgeräte verbunden mit einem Verbot von entbehrlichen oder ineffizienten Stand-By-Schaltungen. Verbraucherinnen und Verbrauchern kann zum einen durch einen persönlichen Energietest ein verantwortlicher Umgang mit Energie und Ressourcen im Alltag erleichtert werden, zum anderen hilft eine Kennzeichnung, die deutlich macht, wie viel CO₂ in der Produktionskette für jedes Produkt ausgestoßen wurde.

Nachhaltige Informationstechnik

Wir wollen, dass die Informations- und Kommunikationsdienste durch eine ressourcenschonende, energieeffiziente und nachhaltige Technik ihren Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen leisten. Denn die zunehmende Digitalisierung unseres Lebens führt zu einem immer stärkeren Ressourcenverbrauch in diesem Bereich. Besonders das Internet trägt mit einem enormen Stromverbrauch zum Klimawandel bei. Zudem fordern wir endlich klare Regelungen zum Umgang mit Elektroschrott: Dem

globalen Verschieben von elektronischen Müllbergen muss politisch der Riegel vorgeschoben werden. Dem Vorsorgegedanken muss beim Mobilfunk durch drastische Herabsetzung der Grenzwerte für Innenräume, Bevorzugung kabelgebundener Lösungen, Förderung strahlungsarmer Technologien, Minimierungspflicht für Strahlenbelastung und Warnhinweise für Kinder Rechnung getragen werden. Vermeidung von Elektroschrott durch Normung von IT-Akkus und Zubehör.

Um Ressourcen und Klima zu schonen und Verbraucher zu entlasten, wollen wir Akkus und anderes Zubehör für Informationstechnologien wie Laptops, Mobiltelefone, Digitalkameras europaweit normen, um die bislang unübersichtliche und riesige Anzahl einzudämmen.

Mit dem »Top-Runner-Prinzip« Innovationen fördern

Wir wollen das sogenannte »Top-Runner-Prinzip« in der EU durchsetzen und auf möglichst viele Produktgruppen anwenden. Japan hat gezeigt, wie dadurch die Industrie zu Höchstleistungen angespornt wird: Die jeweils energieeffizientesten Geräte einer Produktklasse geben den Maßstab vor, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb eines festgelegten Zeitraums erreichen müssen.

Energie sparen und Gebäude besser sanieren

Wir wollen die EU-Richtlinie zur Gebäudesanierung und -dämmung weiterentwickeln und entsprechende Förderprogramme auflegen. Dies kommt zugleich der Binnenwirtschaft zugute, denn Millionen von Euro fließen nicht länger durch einen notwendigen Import von Öl und Erdgas in die exportierenden Länder. Stattdessen nützen sie regionalen Handwerksbetrieben, die die nötigen Sanierungsarbeiten ausführen, ebenso wie Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Qualitätssteigerung der Gebäude bei gleichzeitiger Senkung der Betriebskosten. Außerdem werden wir die Initiative für eine EU-Richt-

linie zur Schaffung lokaler Wärmenetze mit funktionierenden Langzeitspeichern ergreifen und damit eine Grundlage für eine zukunftsfähige Wärmeversorgung von Haushalten und Unternehmen auf der Basis lokaler Wärmeressourcen aus Solarthermie, Geothermie, Biomasse oder auch Abwärme schaffen. Wir wollen, dass der Niedrigstenergiehausstandard für Neubauten schnellstmöglich verpflichtend wird.

Mehr regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt schaffen

Wir wollen mehr Wettbewerb bei der Energieerzeugung und eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -versorgung. In Deutschland beherrscht das Energie-Oligopol aus RWE, EnBW, E.On und Vattenfall 90 Prozent der Stromerzeugung und das gesamte Netz.

Obwohl E.On und Vattenfall bereits den Verkauf ihrer Netze auf den Weg bringen, hat der deutsche Wirtschaftsminister in Brüssel erbitterten Widerstand gegen die eigentumsrechtliche Trennung von Übertragungsnetz und Stromerzeugung (Ownership Unbundling) geleistet. Der so durchgesetzte deutsche Sonderweg im Energiesektor ist wettbewerbspolitisch völlig falsch. Wir wollen eine strikte Trennung von Stromerzeugung und Betrieb der Übertragungsnetze. Nur ein von den Energiekonzernen unabhängiges Übertragungsnetz mit starker öffentlicher Regulierung sorgt dafür, dass ein fairer Wettbewerb auf dem Energiemarkt erreicht wird und neue klimafreundliche Energieerzeuger zu fairen Bedingungen angeschlossen werden. Dazu wollen wir eine Deutsche Netzgesellschaft mit mehrheitlicher öffentlicher Beteiligung.

Eine konsequente Wettbewerbspolitik und Regulierung auf den Energiemärkten ist eine wichtige Voraussetzung für eine ökologische Wende bei der Stromerzeugung und eine verbraucherfreundliche Entwicklung auf dem Strom- und Gasmarkt. Wir brauchen eine europäische Regulierung der Stromnetze, die faire Marktchancen für alle garantiert und dem öffentlichen Interesse in dieser wichtigen Infrastrukturfrage das erforder-

liche Gewicht verleiht.

Um eine konsequente Wettbewerbspolitik auf den Energiemärkten durchzusetzen, brauchen wir eine Europäische Kommission, die vor dem Druck der Lobbyisten und einzelner Mitgliedstaaten nicht zurückweicht – und starke GRÜNE im Europaparlament, die die Kommission wettbewerbspolitisch vorantreiben.

Zukunftsfähige Stromversorgung: dezentral und europaweit vernetzt

Wir wollen für die Energieversorgung der Zukunft eine zukunftsfähige Infrastruktur: Strom aus Erneuerbaren Energien wird vorrangig dezentral und teilweise mit zeitlichen Schwankungen erzeugt. Wenn sinnvoll möglich, sollte der Strom deshalb lokal genutzt und andernfalls möglichst effizient übertragen werden. Darum wollen wir ein intelligentes Stromnetz, das die dezentralen erneuerbaren Energiequellen optimal verknüpft.

Mit einem ergänzenden leistungsfähigen Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz (HGÜ) kann der Strom nahezu verlustfrei über weite Strecken transportiert werden, etwa von Skandinavien oder Nordafrika nach Deutschland. Wir werden uns für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen zum Aufbau eines HGÜ-Netzes in Europa stark machen.

Energieaußenpolitik neu ausrichten

Wir wollen einen gerechten Zugang aller Menschen zu Energie ermöglichen. Dazu braucht es eine weitsichtige europäische Energieaußenpolitik, die Energiequellen und -routen diversifiziert und auf internationale Zusammenarbeit setzt. Den Weg der militärischen Absicherung der Energieversorgung, wie sie im Weißbuch der EU gefordert wird, lehnen wir entschieden ab. Versorgungssicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung Erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz innerhalb der EU und darüber hinaus sowie multi-

laterale und regionale Kooperation. Zur Förderung der zukünftigen Energieversorgungssicherheit in ganz Europa fordern wir darüber hinaus die Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Öl- und Gasreserve («Poolbildung»), in die die Mitgliedstaaten je nach Leistungsfähigkeit Teile ihrer Energiereserven einbringen. Die bisher zersplitterte Zuständigkeit für die Energiepolitik innerhalb und außerhalb der Europäischen Union wollen wir beenden und in einer Zuständigkeit in der Europäischen Kommission zusammenführen. Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) soll zusätzlich Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von Erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.

Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen

Die GRÜNEN-Strategie für umweltfreundlichen Verkehr baut auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und einer nachhaltigen Mobilitätsgestaltung. Wir wollen Mobilität zukunftsfähig machen, indem sie klima- und umweltfreundlich, bezahlbar, bequem und intelligent vernetzt wird. Dafür setzen wir auf eine neue Kultur der Mobilität, die umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und ihrer Verknüpfung Vorfahrt gewährt. Leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel müssen das Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems werden, dazu gehören nationale Radverkehrspläne genauso wie car-sharing-Modelle und saubere Autos der Zukunft. Aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen müssen wir Rad- und Fußverkehr in unseren Städten mehr Sicherheit und Platz einräumen. Leitbild ist dabei die europäische Stadt der kurzen Wege.

Ein flächendeckendes Bahnnetz, das die Menschen auch in ländlichen Regionen mobil hält und große Anteile des Güterverkehrs übernimmt, muss Alternativen zu überlasteten Straßen und wachsendem Flugverkehr bieten. Wir wollen einen leistungsfähigen und qualitativ verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr, zu dem alle Zugang haben können, und europäische Schienennetze, die wesentlich mehr Güter und

Personen transportieren können als bislang. Eine solche zukunftsfähige und klimaverträgliche Mobilität kann am Besten den unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung tragen.

Beim Ausbau der Transeuropäischen Netze muss Vorfahrt für die Schiene gelten.

Dringend erforderlich ist die Beendigung der Preisverzerrung von Luft-, Schienen, Straßen- und Schifffahrtsverkehr. Dazu gehört eine europaweite LKW-Maut mit Mindestsätzen, die alle ökologischen und sozialen Kosten in den Transportpreis einrechnet, die Einbeziehung des gesamten Flug- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel und eine europaweite Kerosinbesteuerung verbunden mit der Abschaffung aller Steuerprivilegien im Flugverkehr. Die Schifffahrt wollen wir dort fördern, wo sie wirtschaftlich Sinn macht und auch ökologisch zu verantworten ist, insbesondere im Küstenbereich. Überdimensionierte Wasserautobahnen und die damit verbundene Zerstörung von natürlichen Flusslandschaften wie im Falle der Elbe oder der Donau lehnen wir ab.

CO₂-Ausstoß im Autoverkehr senken

Wir wollen eine Abkehr vom Primat des Straßenverkehrs, der schon heute 18 Prozent des CO₂ produziert. Trotzdem haben SPD, CDU/CSU und FDP gemeinsam mit der deutschen Autolobby in Brüssel erfolgreich gegen die dringend notwendigen strengeren CO₂-Abgaswerte bei Neufahrzeugen angekämpft. Dies wird der europäischen Automobilindustrie international einen Wettbewerbsnachteil bringen und gefährdet Arbeitsplätze. Gerade angesichts explodierender Energiepreise wird die Nachfrage nach effizienten Fahrzeugen steigen. Wir GRÜNE fordern daher, dass es zu einer Verschärfung des CO₂-Grenzwerts für 2020 auf 80 g/km ohne Schlupflöcher kommt und schon 2010 ein ambitionierter Folgegrenzwert für 2030 festgelegt wird, mit dem die langfristigen Klimaschutzziele der EU auch im Straßenverkehr erfüllt werden können.

Das Auto der Zukunft fährt grün. Wir sehen in der Elektromobilität mit Ökostrom den Weg zu einer klimafreundlichen Nullemissionsmobilität von Autos, Bussen und Bahnen. Wir wollen insbesondere die Markteinführung von »green cars« befördern: Unser Ziel sind mindestens zwei Millionen Elektroautos bis 2020. Dies brächte einen Innovationsschub im Autobau, der sich wirtschaftlich lohnt und der in den Geldbeuteln der Bürgerinnen und Bürger durch sinkenden Spritverbrauch spürbar wäre.

Außerdem fordern wir aus Klima- und Verkehrssicherheitsgründen europaweit die Absenkung der zulässigen Geschwindigkeiten – maximal Tempo 120 auf Autobahnen, maximal Tempo 80 auf zweispurigen Landstraßen und in der Regel Tempo 30 in Innenstädten und Wohngebieten – zumal dies etwa neun Prozent CO₂-Einsparung mit sich bringen würde.

Lärm aktiv bekämpfen

Lärm macht krank. Deshalb wollen wir der zunehmenden Lärmbelästigung infolge des steigenden Verkehrsaufkommens durch aktive Lärmschutzmaßnahmen begegnen. Wir benötigen schärfere europäische Lärmgrenzwerte für Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Schienenfahrzeuge sowie Straßen und Schienenwege damit Lärm gar nicht erst entsteht. Die EU-Umgebungslärm-Richtlinie muss endlich durch verbindliche und überprüfbare Maßnahmen umgesetzt werden. Wir fordern europaweit einheitliche und sanktionsbewehrte Schallimmissionsgrenzwerte an Flughäfen ebenso wie scharfe europaweite Regelungen für Nachtflugverbote.

Nachwachsende Rohstoffe nur verantwortungsvoll nutzen

Wir wollen nachwachsende Rohstoffe als eine wichtige Ressource für die Energiegewinnung und für den Ersatz von Erdöl in der Chemischen Industrie fördern. Die Nutzung von nachhaltig angebaute Biomasse ist eine Chance, Klimaschutz und

Energiesicherheit zu verbinden mit neuen Impulsen für eine umwelt- und sozialverträgliche ländliche Entwicklung bei uns und in den Ländern des Südens und zur Armutsbekämpfung.

Aber wir wollen auch die Schattenseiten dieser energetischen Nutzung berücksichtigen: Ein ständig steigender Anteil der globalen Agrarinvestitionen und Ackerflächen wird mittlerweile zur Erzeugung von Treibstoffen verwendet. Das gefährdet die Welternährung und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Denn neben der Nachfrage nach Treibstoffen wächst auch die Nachfrage nach Futtermitteln und Nahrungsmitteln. Gerade in den Schwellenländern entsteht eine gefährliche Konkurrenz um Land und Wasser. Tropische Wälder werden abgeholzt und Savannen beackert, mit zum Teil irreversiblen Schäden und gewaltigen zusätzlichen Freisetzungen von Treibhausgasen.

Um den Energiehunger der Reichen zu befriedigen gehen internationale Energiekonzerne oft skrupellos gegen die einheimische Bevölkerung vor. Millionen Menschen laufen Gefahr, von ihrem Land vertrieben zu werden und damit Einkommen und Lebensgrundlage zu verlieren.

Für uns ist der Grundsatz »Nahrungsmittel zuerst« (Food first) oberstes Gebot. Der Pflanzentreibstoff-Boom darf nicht die globale Ernährungssicherheit gefährden und den Hunger in der Welt verstärken.

Wir wollen unterstützend nur diejenigen Energieunternehmen fördern, die in ökologisch und sozial tragfähige und dezentrale Energieerzeugungssysteme investieren. Es bringt nichts, den überhöhten Konsum von Mineralöl im Verkehr und in der Agrarindustrie durch Kraftstoff aus biogenen Rohstoffen zu ersetzen oder zu ergänzen. Nur eine Strategie, die auf Effizienz, Einsparung und nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzt, kann zum Erfolg führen.

Nachhaltige Standards bei der Biomasseproduktion

Wir wollen klare ökologische und soziale Standards für die Erzeugung pflanzlicher Rohstoffe. Die Vorgaben der EU-Richtlinie

für Erneuerbare Energien müssen in entsprechende nationale Nachhaltigkeitsverordnungen umgesetzt werden. Wir brauchen dringend eine international anerkannte Folgenabschätzung und Zertifizierung für den Pflanzenanbau im Hinblick auf die globale Ernährungssicherung, den Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere der ökologisch sensiblen Regionen und der Urwälder. Werden die Kriterien der Zertifizierung und der Nachhaltigkeitsverordnung nicht erfüllt, darf es nicht zu Produktion oder Import kommen. In diesem Zusammenhang soll die EU eine energische Initiative zur Verankerung von Nachhaltigkeits- und Vorsorgeprinzipien in den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) ergreifen.

Neben anspruchsvollen Standards bei der Bioenergie-Erzeugung wollen wir drohende Zielkonflikte auch durch ergänzende Maßnahmen entschärfen. So setzen wir uns für neue, innovative Finanzierungsinstrumente zur Stärkung des Urwaldschutzes und für eine Stärkung des europäischen Naturschutzrechts ein. Durch die Ausweitung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wollen wir unseren Beitrag zur Bekämpfung des Hungerproblems leisten.

Abfälle nutzen statt Regenwälder zu zerstören

Wir wollen keine Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieproduktion: Essen auf dem Teller hat Vorrang vor Sprit im Tank. Die landwirtschaftliche Produktion darf nicht zur Zerstörung der Regenwälder und dem Verlust der Artenvielfalt führen.

Weil die Flächen, die zum nachhaltigen Anbau von Bioenergien zur Verfügung stehen, begrenzt sind, spielt Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung eine entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb verstärkt auf Ganzpflanzennutzung, Kaskadennutzung sowie die Erzeugung von Biogas statt weniger effizienter Flüssigtreibstoffe. Wir wollen vorrangig das energetische Potenzial nutzen, das Reststoffe und Abfälle etwa aus der Ernährungs- und Landwirtschaft bieten, sowie die Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas.

Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt

Wir wollen durch den Erhalt der biologischen Vielfalt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Lebensräume wie Wälder oder Moore binden große Mengen an CO₂ und regulieren so unser Klima auf natürliche Weise. Die Zerstörung dieser wertvollen Ökosysteme – wie die weltweiten Urwälder – trägt zu etwa 25 Prozent zu den von Menschen produzierten Treibhausgasen bei. Es ist daher konsequent, den Schutz von Wäldern in die internationalen Klimaverhandlungen einzubeziehen. Zudem belegen der Stern-Report (2006) und der von der britischen Regierung erst kürzlich vorgelegte Elisch-Review »Climate Change: Financing Global Forests« (2008), dass die drastische Drosselung der weltweiten Entwaldung einer der kostengünstigsten Wege ist, zum Klimaschutz beizutragen. Schutz, Wiederherstellung, Management und Erweiterung von natürlichen CO₂-Speichern und -Senken, insbesondere von Wäldern und Mooren, sind daher hinsichtlich ihrer quantitativen Bedeutung für die globale Treibhausgasbilanz zentrale Instrumente für den Klimaschutz. Der Import von Tropenhölzern muss untersagt werden, wenn die Herkunft nicht verlässlich nachgewiesen werden kann. Die EU braucht ein verbindliches Urwaldschutzgesetz und keine Sorgfaltspflichten für Holzhändler!

2. Umwelt schützen. Der grüne Weg für ökologische Erneuerung und gesundes Leben

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Umwelt- und Verbraucherschutz eine Querschnittsaufgabe. Wir verstehen darunter den Natur- und Artenschutz genauso wie die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Verkehr, Klimaschutz und Energie. Umwelt- und Verbraucherschutz müssen in alle Bereiche wirken. Produktion und Verbrauch müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören. Wir wollen auf europäischer Ebene vorausschauend handeln, denn wir wollen unseren Kindern eine lebenswerte Welt mit vielen Entfaltungschancen hinterlassen und auch übermorgen noch erfolgreich sein. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die den Gedanken der Nachhaltigkeit ernst nimmt und kein bloßer Reparaturbetrieb ist.

Unsere Umwelt ist nicht nur vom Klimawandel bedroht: Rohstoffe werden oft ohne Rücksicht auf den Ressourcenschutz abgebaut, Flächen werden versiegelt und jeden Tag stirbt ein Stück Natur. Luft, Wasser und Boden sind in Europa nach wie vor durch die Art und Weise, wie wir produzieren und verbrauchen, Landwirtschaft betreiben und unsere Mobilität organisieren, belastet – oftmals befeuert durch eine falsche EU-Politik. Der dramatische aber häufig unbemerkte Verlust von Arten von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen ist eine globale Katastrophe, die irreversible Schäden erzeugt. Denn ausgerottete Arten und Biotope kommen nicht wieder. Und die Auswirkungen dieser Verluste betreffen uns alle. Erst die Vielfalt der Natur macht unsere Erde zu diesem einzigartigen Lebensraum. Wir wollen diesen Negativ-Trend aufhalten und umkehren. Denn der Schutz der Natur und die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen leiten unser politisches Handeln.

Unsere Politik der Nachhaltigkeit stellt den Schutz von Ver-

braucherinnen und Verbrauchern ins Zentrum. Denn steigende Umweltbelastungen machen Menschen krank. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Gesundheit schützt und diese gegen jedwede Attacken von Lobbygruppen verteidigt. Die Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und ökologisch verträglichen Produkten gibt uns Recht: Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher will weder Gentechnik noch Chemie auf dem Teller. Dies ist nur eine der Herausforderungen, denen eine reformierte Europäische Agrarpolitik Rechnung tragen muss. Der Klimawandel und die weltweite Verknappung der Rohstoffe, des fruchtbaren Ackerlandes und des Wassers verlangen eine umgehende und weitreichende Neuausrichtung. Trotz Reformen steht die EU-Agrarpolitik weiterhin für eine Industrialisierung der Landwirtschaft. Quälerische Massentierhaltung, Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden sind dabei immer noch die Regel. Hinzu kommt eine gigantische Wasser- und Flächenverschwendung, die auch hervorgerufen wird durch übermäßigen Fleischkonsum.

Vor allem Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern leiden unter den Folgen dieser falschen Politik, und die Zahl der Umweltflüchtlinge nimmt täglich zu. Gleichzeitig werden die Kosten für die Naturzerstörung in das Gesundheitswesen verlagert und belasten zukünftige Generationen. Unterstützt von der »großen Koalition« im Europäischen Parlament werden umweltschonende Wirtschaftsweisen wie der ökologischen Landbau und die artgerechte Tierhaltung in Nischen gedrängt.

Weil die EU inzwischen rund 80 Prozent aller umweltpolitischen Regelungen in Deutschland bestimmt, muss es weiterhin starke GRÜNE geben, die im Interesse von Umwelt, Verbraucherinnen und Verbrauchern Politik machen. Die EU hat sich in der Vergangenheit immer auch als Impulsgeber erwiesen und zum Teil Regelungen erlassen, die über Standards ihrer Mitgliedstaaten lagen. Immer wieder war es das Europäische Parlament, das – oft auf Initiative der GRÜNEN- Fraktion – für die fortschrittlichen und weitergehenden Regelungen in der Umweltpolitik gegenüber Europäischem Rat und der Europä-

ischen Kommission gekämpft hat. Ohne uns GRÜNE gäbe es beispielsweise kein Verbot von krebserregenden- oder erbgutschädigenden Pestiziden in der Landwirtschaft.

Der Schutz von Natur und menschlicher Gesundheit ist keine überflüssige Bürokratie, wie der europäische Bürokratieabbauexperte Edmund Stoiber weismachen will. Wir setzen Umwelt und Verbraucherschutz nicht gegen die Wirtschaft, sondern verankern beides als Querschnittsthema in den EU-Politiken.

Natur schützen, biologische Vielfalt erhalten

Wir wollen die Natur und die biologische Vielfalt schützen. In der öffentlichen Debatte spielt der Verlust der biologischen Vielfalt kaum eine Rolle, dabei geschieht er vor unseren Augen: In Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere bereits ausgestorben, jeden Tag sterben weltweit 150 Arten aus. Entlang den Zielen der UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) unterstützen wir GRÜNE aus vollen Kräften den Schutz der biologischen Vielfalt um ihrer selbst willen, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und ihrer Lebensgrundlagen sowie die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen. Eine intakte Umwelt ist für uns Lebensgrundlage und hat einen nicht zu beziffernden Nutzen und Wert. Wir stehen für eine Politik und für eine gesellschaftliche Haltung, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint. Einseitige Maßnahmen, die sich nur auf den Schutz einer gesonderten Art beziehen, greifen zu kurz. Wir fordern deshalb die Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche. Dazu ist ein systematischer Ansatz notwendig. Es gilt, Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und konsequent umzusetzen.

Fast 20 Prozent der Gesamtfläche der Europäischen Union sind heute sogenannte Natura-2000-Gebiete. Das bedeutet, dass wir ein europäisches Schutzgebiet haben, das rund

900.000 Quadratkilometer groß ist – eine gute Voraussetzung, den Verlust von Biodiversität aufzuhalten, aber nur der Anfang einer europäischen Politik zum Schutz der Natur. Wir GRÜNE fordern eine Stärkung des Natura 2000-Netzes, insbesondere durch einen stärkeren Schutz, langfristige Finanzierungsmechanismen sowie umfassende Management- und Monitoringsysteme. Das Natura-2000-Netzwerk alleine kann den Rückgang der biologischen Vielfalt nicht aufhalten. Deshalb ist es essentiell wichtig, die einzelnen Natura-2000-Gebiete miteinander – zum Beispiel durch ein Wildwegenetz – zu verbinden. Den Schutz biologischer Vielfalt als Querschnittsaufgabe begreifen, heißt auch, dass außerhalb der gekennzeichneten Schutzgebiete der Erhalt der biologischen Vielfalt hohe Priorität genießt. Dazu ist auch ein Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Landnutzung nötig.

Umweltrecht umsetzen, Verbandsklagerecht einführen, Nachhaltigkeit stärken

Wir wollen, dass gemäß der Aarhus-Konvention durch eine entsprechende Richtlinie einen umfassenden Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu Gerichten ermöglichen. Wir wollen ein Verbandsklagerecht in der EU, damit nicht mehr nur Einzelbürgerinnen und -bürger gegen Versäumnisse auf nationaler oder lokaler Ebene klagen können, wie es erfolgreich im Falle der Klage gegen die Feinstaubbelastung in München der Fall war. In den vergangenen Jahren haben auf europäischer Ebene zahlreiche Gesetzgebungsverfahren, gerade auf Druck der GRÜNEN, zu erheblichen Verbesserungen geführt. Auf nationaler Ebene fehlt jedoch bis heute in vielen Fällen die Umsetzung.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der in Göteborg 2001 gestartete EU-Nachhaltigkeitsprozess konsequent und gleichberechtigt zur Lissabon-Strategie weiterentwickelt wird und seine Ziele stärker in den nationalen Politiken verwirklicht werden.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit zur Regel machen

Wir wollen eine zukunftsfähige europäische Agrarpolitik, die auf einer nachhaltigen Wirtschafts- und Ernährungsweise basiert, also einen Ausstieg aus der alten Subventionslogik. Die derzeitige Agrarpolitik fördert eine industrialisierte Landwirtschaft. Ökologische und tiergerechte Verfahren werden damit in die Nische gedrängt – sie sollten aber zur Regel werden. Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass EU-Mittel im Rahmen eines transparenten Verfahrens qualifiziert vergeben werden. Ökologische Praxis, die Schaffung von Arbeitsplätzen, tiergerechte Haltungsverfahren und herausragende Leistungen bei klimaverträglicher Bewirtschaftung sowie Innovation im Klimaschutz müssen gefördert werden. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, dass Europas Landwirtschaft kleine Schritte in Richtung Ökologie gegangen ist, wir werden diesen Weg konsequent weiter gehen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass weder bei uns noch in Entwicklungsländern bäuerliche Existenzen durch subventionierte Überproduktion oder Exporte zerstört werden. Zudem ist es erforderlich, dass ErzeugerInnen und ihre Organisationen einen rechtlichen Rahmen haben, um ihre Erzeugungsmenge flexibel dem Bedarf anpassen zu können - damit faire Preise möglich sind und Überproduktion vermieden wird.

Parlamentarische Kontrolle und Transparenz in der Agrarpolitik

Wir wollen mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten und die damit verbundene Transparenz, um den notwendigen Umbau von einer agrarindustriellen zu einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft und einen vernünftigen Agrarhaushalt Wirklichkeit werden zu lassen. Für mehr demokratische Rechte in der Agrarpolitik braucht es das Europäische Parlament und den Reformvertrag von Lissabon. Solange dieser nicht ratifiziert ist, gibt es keine parlamentarische Mitentscheidung und die natio-

nalen Regierungen können weiter hinter verschlossenen Türen klüngeln.

Böden schützen, nicht belasten

Wir wollen eine europäische Richtlinie für Bodenschutz, die ihren Namen auch verdient. Es braucht eine europäische Antwort auf die zunehmende Verschlechterung der Bodenqualität, denn alle EU-Mitgliedstaaten haben dieselben Probleme mit dem Verlust fruchtbarer Böden durch Versiegelung, Verschmutzung, Erosion, Humusverlust und Austrocknung. Gute Bodenqualität braucht einheitliche und hohe Standards in ganz Europa. In der zurückliegenden Wahlperiode ist die Verabschiedung europaweiter Schutzregelungen vor allem am massiven Widerstand aus Deutschland gescheitert. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Interessen von Bauernverbänden und Bodenspekulanten geschützt, aber nicht die Böden.

Die Versiegelung der Fläche ist weiterhin ein Problem von höchster Dringlichkeit. Fortschritte, dem Verlust wertvoller Flächen Einhalt zu gebieten, sind nicht zu erkennen. So hat alleine Deutschland einen Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche von durchschnittlich 113 Hektar pro Tag. Dieses entspricht mehr als 150 Fußballfeldern. Im Kampf gegen den rasanten Flächenverbrauch kann die Prioritätensetzung nur lauten: Ernährungssicherung und Erhalt der biologischen Vielfalt vor gewerblicher Versiegelung um jeden Preis sowie intensives Flächenrecycling.

Besserer Schutz vor gefährlichen Stoffen

Die EU-Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt vor toxischen Substanzen hinken den Gefahren hinterher. Wir lehnen die Verwendung von riskanten Stoffen in Lebensmitteln, Kosmetika, Kinderspielzeug und anderen Alltagsprodukten ab. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der EU-Chemika-

lienpolitik REACH und eine Verbesserung der Auskunftsrechte über gefährliche Produkte ein.

Starker Umweltschutz ist präventive Gesundheitspolitik. Der besondere Schutz sensibler Gruppen, wie Kinder, steht für uns an erster Stelle. Wir brauchen mehr Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren durch Chemiebelastung und mehr Mittel zu ihrer Erforschung. Und wir brauchen bessere Unterstützung für Betroffene.

Wir wollen erreichen, dass die Konzentrationen des gesundheitsschädlichen Feinstaubes in der Luft reduziert werden und dass auch für die besonders gefährlichen kleinen Feinstaubpartikel verbindliche Grenzwerte eingeführt werden.

Kampf gegen Pestizide

Wir wollen ein Konzept zur Festlegung von sicheren Obergrenzen für Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln. Dabei muss die inzwischen übliche Mehrfachbelastung mit unterschiedlichen Pestizidrückständen endlich berücksichtigt werden. Kinder und sensible Personengruppen müssen zum Maßstab werden, wenn die EU Rückstandshöchstmenge von Pestiziden in Nahrungsmitteln festlegt. Wir wollen, dass die EU eine aktivere Rolle übernimmt, wenn es darum geht, die Menschen vor gefährlichen Pestiziden zu schützen: Gefährliche Pestizide müssen ganz klar verboten werden!

Von der Müll- zur Kreislaufwirtschaft

Wir wollen weg von der Müll- und hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Für uns hat die Müllvermeidung oberste Priorität. Ressourcen müssen geschont und unnötige Emissionen vermieden werden. Wir wollen deshalb europaweit ambitionierte und verbindliche Zielvorgaben für die Müllvermeidung einführen und die Recyclingquoten weiter erhöhen. Die europäische Umdeklaration von Müllverbrennungsanlagen zu Verwertungsanlagen lehnen wir ab. Gegen den grenzüberschreitenden

»Mülltourismus« werden wir entschieden vorgehen. Mit der Einführung einer Bedarfsprüfung bei der Genehmigung von Müllverbrennungsanlagen wollen wir außerdem den weiteren Ausbau von regionalen Überkapazitäten verhindern. Bestehende Müllverbrennungsanlagen müssen regelmäßig an den Stand der besten verfügbaren Technik angepasst werden.

Vielfalt auf dem Acker – freies Saatgut

Vielfalt ist unabdingbar, um die Ernährungssicherheit in einer sich wandelnden Umwelt gewährleisten zu können. Die EU-Programme zur Erhaltung der genetischen Ressourcen sind jedoch unzureichend und lassen kleinere Initiativen, die sich dem Erhalt der pflanzen- und tiergenetischen Vielfalt verschrieben haben, nicht zum Zuge kommen. Landwirtinnen und Landwirte, sowie Gärtnerinnen und Gärtner, die traditionelle Sorten anbauen und vermarkten wollen, dürfen nicht in die Illegalität gedrängt werden. Wir setzen uns ein für Gesetzesrahmen und Förderprogramme, die die genetische Vielfalt als Lebensgrundlage fördern.

Kein Patent auf Leben – Überarbeitung der Biopatentrichtlinie

Wir wollen der Patenterteilungspraxis des Europäischen Patentamtes endlich Grenzen setzen und fordern die Überarbeitung der umstrittenen und veralteten EU-Biopatentrichtlinie, damit nicht weiter Patente auf Leben vergeben werden können. Denn auf dieser Grundlage erteilt das Europäische Patentamt seine Patente und nutzt dabei Schlupflöcher, wie für die Patenterteilung auf biologische Züchtungsverfahren. Diese Entwicklung sorgt langfristig für einen unzulässigen Monopolanspruch weniger Konzerne auf Pflanzen und Tiere, schränkt die Züchtung ein und entzieht der Landwirtschaft ihre Produktionsgrundlage.

Rechtsrahmen für Anwendung der Nanotechnologie schaffen

Schleichend und ohne öffentliche Debatte kommen Nanotechnologien zunehmend zum Einsatz. Diese Technologien bergen große Chancen aber auch große Risiken. Besonders in verbrauchernahen Bereichen wie Lebensmitteln, Kosmetika oder Textilien wollen wir möglichen Gefahren frühzeitig und entschieden begegnen, um eine Wiederholung des Asbest-Desasters zu wiederholen. Nanopartikel können besonders tief in die Haut eindringen, die Blut-Hirn-Schranke überwinden und noch nicht abschätzbare Reaktionen beim Menschen und anderen Organismen hervorrufen. Wir GRÜNEN setzen uns ein für eine breite Debatte über alle Anwendungen der Nanotechnologie und die strikte Umsetzung des Vorsorgeprinzips. Es gilt einen nanospezifischen Rechtsrahmen zu schaffen und der unkontrollierten und ungeprüften Vermarktung von Nanoprodukten Einhalt zu gebieten. Nanoprodukte im verbrauchernahen Bereich dürfen solange nicht auf den Markt, bis geeignete Testmethoden zur Verfügung stehen und Risiken zweifelsfrei ausgeschlossen werden können. Außerdem fordern wir die eindeutige, erkennbare Kennzeichnung von Nanoprodukten, mehr EU-Finanzierung für Risikoforschung sowie klare Haftungsregeln und Sicherstellung der Rückholbarkeit. Wir lehnen die absichtliche Freisetzung von synthetischen Nanopartikeln in die Umwelt ebenso ab wie die militärische Nutzung von Nanotechnologien.

Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen

Wir wollen die ungeheure Verschwendung in der europäischen Ernährungswirtschaft von drei Seiten bekämpfen: Abbau der Abhängigkeit von Öl und Chemie durch Ausbau der Sonnen- und Bioenergien aus Reststoffen und Nebenproduktion vor Ort; kurze Wege für Lebensmittel und offensive Bildungs- und Forschungsarbeit für eine ausgewogene Ernährung. Die Energieverschwendung, die in der übermäßigen Fleischerzeugung

steckt, wollen wir durch gezielte Anforderungen an Stallbau und Fütterung sowie Fördermaßnahmen für ein ausgewogenes Verhältnis von Pflanzenerzeugung und Tierhaltung abbauen. Ein gesundes Verhältnis zur richtigen Ernährung, vor allem von Kindern, wollen wir durch verstärkte Bildungsarbeit an Kindergärten, Schulen und in den Medien fördern. Forschung für eine nachhaltige Ernährungssicherung soll sich statt auf Gentechnik und Chemie auf die Anpassung ökologischer Bewirtschaftung an die Herausforderungen des Klimawandels konzentrieren.

Eine ausgewogene Meerespolitik vorantreiben

Wir wollen eine integrierte, räumlich und politisch übergreifende Meerespolitik, um den nachhaltigen Schutz und die nachhaltige Nutzung dauerhaft sicherstellen zu können. Wir setzen uns daher für eine verstärkte Koordination zwischen EU, nationalen Regierungen, regionalen und lokalen Behörden ein. Unsere Meere sind durch die zunehmenden Belastungen – Überfischung, Verschmutzung, Arten- und Lebensraumverlust – gefährdet. Wir brauchen vernetzte Meeresschutzgebiete mit hohen Schutzstandards. Europa muss sich am weltweiten Schutzgebietsnetz großflächig beteiligen und durch die Ausweisung der Natura-2000-Gebiete eine Vorreiterrolle übernehmen. Die weiterhin zu hohen Schad- und Nährstoffeinträge vom Lande her müssen konsequent minimiert werden. Eine gesamteuropäische Strategie soll endlich das Problem der gefährlichen und giftigen Munitionsaltlasten insbesondere in Nord- und Ostsee lösen. Auch die Schifffahrt muss zur Meeres-sicherheit ihren Beitrag leisten. Im Rahmen einer ökologischen Hafenspolitik und höherer Standards für die Schifffahrt können wirtschaftliche und ökologische Interessen zu einer nachhaltigen Nutzung der Meere noch intelligenter verbunden werden. Solange die Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen ist, sind wir entschieden gegen Ablagerung von CO₂ im Meer und im Meeresboden.

Fischereipolitik endlich reformieren

Wir wollen die für 2012 erwartete Reform der gemeinsamen Fischereipolitik nutzen, um die gesamte Fischereipolitik einer Neubewertung zu unterziehen. Um die Fischbestände innerhalb der EU-Gewässer zu sichern und eine nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten, fordern wir GRÜNE die schrittweise Umsetzung eines Rückwurfverbots für Beifänge. Dies würde einen ökonomischen Anreiz schaffen, Beifänge zu vermeiden. Außerdem wollen wir die Größe der Fangflotten den Fangmöglichkeiten anpassen. Die Festlegung der Fangobergrenzen muss allein auf Grundlage wissenschaftlich-ökologischer Kriterien erfolgen. Insgesamt müssen die meisten Fangquoten über längere Zeit deutlich gesenkt werden, um einen Kollaps der Meere zu verhindern. Parallel dazu wollen wir ein nachhaltiges Fischereimanagement aufbauen, in dem ein Teil der Fangrechte versteigert wird und die Fischerinnen und Fischer Eigenverantwortung für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände übernehmen. Zerstörerische Fischereipraktiken, wie die Grundschieppnetzfisherei, sind zu unterbinden.

Wir wollen die Einbindung des Europäischen Parlaments sowohl bei der Festlegung der Gesamtfangmengen wie auch der Ausgestaltung der EU-Fischereifonds. Immerhin ist es uns 2007 und 2008 im Rahmen der von uns GRÜNEN verantworteten Berichte im Europäischen Parlament gelungen, das ganze Parlament für ein scharfes Vorgehen gegen das unverantwortliche Rückwerfen des Beifangs zu mobilisieren. Zudem haben wir das Entstehen der Regeln im Kampf gegen das illegale, unregulierte und ungemeldete Fischen aktiv unterstützt und werden uns dafür einsetzen, dass sie national auch umgesetzt werden.

Sauberes Wasser und natürliche Gewässer

Wir wollen die Wasser- und Gewässerqualität verbessern. Nährstoff- und Pestizideinträge aus der Landwirtschaft müssen stark vermindert werden – ebenso gefährliche Chemikalien in

Gewässern und Trinkwasser. Flüsse müssen aus ihrem Korsett befreit und wieder mit Auen und Grundwasser verbunden werden, damit sie auch in Zukunft als intakte Ökosysteme Lebensraum, sicheres Trinkwasser und natürlichen Hochwasserschutz bieten. Land- und Wassernutzungsrechte müssen konsequent mit Gewässerschutzpflichten verknüpft werden. Umwelt- und Ressourcenkosten sind von den Nutzern zu tragen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie bietet hierfür einen guten Ansatz, doch muss ihre Umsetzung in den EU-Mitgliedsländern endlich konsequent verfolgt werden. Den Bestrebungen, die öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren, stellen wir uns entgegen.

Tierschutz in Europa stärken

Wir wollen die EU-Tierschutzgesetzgebung konsequent vorantreiben. Die gemeinsame Agrarpolitik darf tierquälerischehaltungen nicht länger offen oder verdeckt subventionieren. Für alle Tiere, die in der Landwirtschaft genutzt werden, muss es anspruchsvolle und verbindliche Haltungsvorschriften geben. Die Einhaltung von Tierschutzstandards ist als Kriterium für Beihilfen verbindlich zur Auflage zu machen. Tiertransporte dürfen nur zum nächstgelegenen Schlachthof erfolgen und die Transportzeit muss auf acht Stunden begrenzt werden. Wir GRÜNEN wollen ein EU-Tierschutz-Label, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, sich bewusst für Produkte aus tiergerechter Haltung zu entscheiden. Um Tierschutz umfassend weiter zu entwickeln, setzen wir uns für die Errichtung eines interdisziplinären europäischen Kompetenzzentrums für Tierschutz ein.

Tierversuche überflüssig machen

Die EU-Tierversuchsrichtlinie muss revidiert und um die Bereiche Grundlagenforschung, Aus-, Fort- und Weiterbildung erweitert werden. Besonders belastende Tierversuche, Tierversuche für

militärische Zwecke, für Alkohol- und Tabakforschung, gentechnische Manipulationen, Xenotransplantationen und das Klonen von Tieren müssen verboten werden. In einer europäischen Datenbank müssen alle Tierversuche dokumentiert werden, um Doppelforschungen zu vermeiden. Wir wollen Tierversuche mittelfristig durch Alternativen ersetzen, wie das bereits für Kosmetika festgeschrieben wurde.

Mehr internationale ökologische Gerechtigkeit

Wir wollen einen internationalen Umweltschutz, der sich nicht allein auf Verträge und Abkommen beschränkt. Die EU muss auf internationaler Ebene einen aktiven Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten, indem Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen zu schonen und ihre Wirtschaft zu entwickeln. Denn so, wie viele Umweltprobleme nicht mehr national sondern nur noch europäisch zu bewältigen sind, kann auch die EU nicht alles alleine lösen. Effektiver Umweltschutz hat immer eine globale Perspektive: Ob es um heimlich verkappten Giftmüll in den Ozeanen geht, der über den Fisch wieder auf unserem Speiseteller landet oder darum, dass Europas ausgedienter Wohlstands-Elektroschrott in den Küstenstaaten Asiens oder Afrikas entsorgt wird und dort Menschen krank macht. Die gerechte und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt ist geboten, um einen notwendigen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Wir GRÜNEN kämpfen gegen Patente auf Leben. Ursprungsländer und insbesondere indigene Völker dürfen den Zugang zu und die Rechte über ihre natürlichen Lebensgrundlagen nicht verlieren. Der EU fällt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn die EU kann in internationale Verhandlungen viel Gewicht einbringen.

Dazu gehört für uns eine bessere Kohärenz der Agrarförderung mit den internationalen Abkommen wie dem »Menschenrecht auf Nahrung«, den Millenniumsentwicklungszielen, den Klimaschutzziele, dem Kyoto-Protokoll, den Biodiversitätsabkommen und den Abkommen der Welthandelsor-

ganisation. Nicht handelsbezogene Aspekte wie Umweltschutz und soziale Standards müssen im Rahmen der Schaffung eines qualifizierten Marktzugangs Einzug in die WTO-Verhandlungen halten.

Fischerei-Abkommen mit Drittstaaten stehen wir ablehnend gegenüber. Denn es kann nicht sein, dass diese Abkommen wie bisher vor allem die Überkapazitäten der EU-Fangflotten quersubventionieren und gleichzeitig die Fanggründe der örtlichen Fischerinnen und Fischer durch industrialisierte europäische Fischereiflotten leergefischt werden.

Recht auf Nahrung umsetzen

Wir wollen die europäische Landwirtschaft nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gerecht gestalten. Als ersten Schritt fordern wir die Abschaffung aller Exportsubventionen, unabhängig vom Fortgang der WTO-Verhandlungen.

Für uns ist dieser Umbau vor allem auch eine moralische Verpflichtung, denn weltweit hungern mehr als 960 Millionen Menschen. Die Umsetzung der Millenniumserklärung muss zu einer Grundlage internationaler Politik werden. Danach muss die Zahl der hungernden Menschen bis zum Jahr 2015 halbiert werden. Die Nutzung pflanzlicher Rohstoffe für die Kraftstoffherzeugung darf unter keinen Umständen zu Lasten der Nahrungsmittelsicherheit gehen. Zudem muss durch entsprechende Ernährungsaufklärung und eine Umstrukturierung der Agrarpolitik ein besseres Gleichgewicht zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen in unserer Nahrung erreicht werden. Denn zur Zeit werden auf rund einem Drittel der weltweit genutzten Agrarflächen Futtermittel für die Massentierhaltung angebaut. Verantwortung tragen vor allem Europa und die USA. Sie haben ihre eigene Viehhaltung subventioniert und die Entwicklungsländer jahrelang gedrängt, Futtermittel für den Export statt Lebensmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren. Wir fordern deshalb, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft vor allem die kleinbäuerliche Land-

wirtschaft und die Eigenversorgung im Süden stärkt.

Zusätzlich dürfen Spekulationsgewinne die Preissteigerungen nicht länger anheizen. Diesen menschenverachtenden Geschäften muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Unsere Maxime für einen nachhaltigen Konsum heißt aber auch, mit weniger Fleisch- und Milchprodukten auszukommen – und auf regionale wie saisonale Produktion zu achten.

3. Starke Verbraucherpolitik. Der grüne Weg für Schutz, Transparenz und Rechte

Europa ist auch eine Gemeinschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher. Tag für Tag greift die europäische Politik in den Konsumentenalltag ein. In den politischen Entscheidungsprozessen spielen Verbraucherinteressen jedoch nur selten eine spürbare Rolle. Wir wollen Europas Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und den gemeinsamen Marktplatz mit einer mutigen Verbraucherpolitik voranbringen. Sicherer, ökologischer und fairer sollen Produkte, Dienstleistungen und Handelswege mit uns GRÜNEN in Europa werden.

Ziel grüner europäischer Verbraucherpolitik sind selbstbestimmte und gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich im europäischen Binnenmarkt souverän bewegen und verantwortungsbewusste Konsumententscheidungen treffen können. Die handfesten Vorteile des Binnenmarktes entfalten sich nur mit mehr Transparenz und Fairness. Nur wer das dauerhafte Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher besitzt, wird den europäischen Binnenmarkt zum Erfolg führen. Und wer von den Menschen aktive Eigenvorsorge – zum Beispiel für das Alter – erwartet, muss auch für einen starken Verbraucherschutz auf den gemeinsamen Märkten sorgen.

Grüne Verbraucherpolitik legt einen weiteren Schwerpunkt auf die Organisation von Verbraucherinnen und Verbrauchern als Marktmacht. Es geht um gleiche Augenhöhe im Marktgeschehen – zwischen VerbraucherInnen, HändlerInnen und ProduzentInnen. Neben Informationsrechten, Transparenz und Kennzeichnungspflichten benötigen wir eine unabhängige und flächendeckende Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisationen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verbraucherrechte als eine neue Generation der Bürgerrechte stärken und ausbauen.

Gerade in einer globalisierten Welt mit intensiven Kommunikations- und Handelsbeziehungen gewinnen Verbraucherrechte an Bedeutung. Am Ende muss Europa den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr dauerhafte Vorteile, Freiheiten und Sicherheit bringen. Es ist das gute Recht von Verbraucherinnen und Verbrauchern, informiert zu werden, rechtlich Gehör zu finden und ihre Interessen vor Gericht vertreten zu können.

Grüne europäische Verbraucherpolitik ist auch Sozialpolitik. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor ungerechtfertigt steigenden Kosten schützen. Wenn wir beispielsweise mehr Wettbewerb statt Energiemonopole fordern, tun wir das nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor explodierenden Kosten im Energiebereich zu schützen. Grüne Verbraucherpolitik hat vor allem die schwächeren Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer im Fokus. Dazu gehören Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sowie Menschen, die beispielsweise aufgrund geringerer Bildung oder Sprachbarrieren besonders leicht zum Opfer unseriöser Wirtschaftsakteure werden. Wir setzen uns für klare rechtliche Rahmenbedingungen ein, damit Unternehmen die Schwäche dieser Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer nicht zu ihrem Vorteil nutzen können.

Es waren GRÜNE, die den Hebel an den ungerechten Agrarstrukturen und -subventionen angesetzt und den ökologischen Landbau in der EU vorangebracht haben. Ohne GRÜNEN-Einsatz hätte niemand gegen den massiven Widerstand der Chemieindustrie und der Agrarverbände ein Verbot hochgefährlicher Pestizide erreicht. GRÜNE kämpfen europaweit für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft. Wir wollen die Menschen vor gesundheitlichen Gefahren und steigenden Umweltbelastungen schützen. Außerdem kämpfen die GRÜNEN im Europäischen Parlament für konsequenter Datenschutz und dafür, dass die wirtschaftlichen Verbraucherinteressen nicht nur bei Auslandstarifen für Handys, sondern systematisch bei Energiefragen, Fahrgastrechten oder Konsumgütern wie Spielzeug

zur Geltung kommen. Bei Finanzdienstleistungen muss die EU-Kommission dringend Lehren aus der Krise ziehen und die Menschen in Zukunft besser vor dem Verlust ihrer Ersparnisse und vor Falschberatung schützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen sich als die Partei, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine politische Stimme gibt, ihre Rechte stärkt und Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv einzumischen. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbrauchern zeigen, wie viel Macht sie mit ihrem Einkaufskorb haben. Damit sie diese Macht im Sinne eines strategischen Konsums nutzen können, müssen sie vor allem wissen, was in einem Produkt enthalten ist, wie es hergestellt wurde und wo es herkommt. Die alltägliche Kaufentscheidung hat vielfältige Folgen für Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen weltweit. Wir wissen: Wir müssen anders essen, anders reisen und Energie anders erzeugen beispielsweise verbrauchen. Neue Konsummuster für mehr globale ökologische und soziale Gerechtigkeit brauchen deshalb unsere politische Unterstützung. Die Querschnittsaufgabe Verbraucherpolitik wollen wir durch einen Ausbau der Generaldirektion Verbraucherschutz in der Europäischen Kommission und ein Bündel verbraucherorientierter Vorhaben ausfüllen.

Eine Richtlinie für Verbraucherinformation einführen

Wir fordern umfassende und weitgehende Informationsansprüche, die Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen geltend machen können. Das deutsche Verbraucherinformationsgesetz ist voller Schlupflöcher und Antrags-hürden. Ein europäisch einheitlicher Rechtsrahmen gibt den grenzüberschreitend tätigen Unternehmen die nötige Handlungssicherheit und Klarheit. Und es verringert Bürokratie, wenn keine umfangreichen Überprüfungen zu nationalen Regelungen durchgeführt werden müssen. Ebenso wollen wir in einer solchen Richtlinie die unabhängige und flächendeckende Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern europäisch

absichern sowie ein Verbandsklagerecht bei Informationsanliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher regeln.

Sammelklagen europaweit möglich machen

Wir wollen, dass Sammelklagen in allen europäischen Mitgliedstaaten möglich sind und unterstützen die Initiative der EU-Verbraucherschutzkommissarin. Viele Konsumentinnen und Konsumenten scheuen bislang wegen möglicher hoher Kosten und scheinbar übermächtiger Gegner einen Rechtsstreit. Auch in Deutschland gibt es bislang keine Möglichkeit, sich als Gruppenkläger zusammenschließen und mit einer gemeinsamen Klage feststellen zu lassen, dass zum Beispiel Energiepreise unzulässig erhöht wurden oder Millionen Telefonkunden und -kundinnen jeweils ein paar Cent zu viel abgezogen wurden.

Verbrauchervertrauen auf den Finanzmärkten wiederherstellen

Wir wollen die Finanzmärkte fair und langfristig vertrauenswürdig gestalten. Spekulationen, neue Finanzprodukte und der so genannte »graue«, weil häufig unseriöse Kapitalmarkt haben das Verbrauchervertrauen untergraben. Die europäischen Staaten müssen die Finanzmärkte durch klare, grenzüberschreitende Regeln und Kontrollen besser regulieren. Schädliche Marktpraktiken müssen durch systematische Marktanalysen erkannt und Abhilfe geschaffen werden.

Die europäischen Vorgaben für den Einlagenschutz bei Geldanlagen und die Verbraucherkreditrichtlinie müssen jetzt zügig in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden, damit Sparerinnen und Sparer die größtmögliche Sicherheit für ihr Ersparnis bekommen und damit Werbung für Kreditgeschäfte künftig nur mit realistischen Zinssätzen gestattet ist. Wir fordern ein verpflichtendes Label für Finanzprodukte. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist dann ein echter Fortschritt erreicht, wenn Sicherheit, Rendite und Laufzeiten auf einen Blick erkennbar werden. Neuartige Finanzprodukte sollen durch eine europä-

ische Einrichtung für Finanzdienstleistungen, eine Art »Finanz-TÜV«, bewertet und bei Bedenken einem extra Zulassungsverfahren unterworfen werden. Das Angebot an Verbraucher- und Schuldnerberatungen ist mit europäischer Unterstützung dringend auszubauen, um unverschuldete krisenbedingte Privatinsolvenzen abzumildern.

Modernes Verbraucherrecht für Europa entwickeln

Mit ihrem Richtlinienentwurf zur Vereinheitlichung des europäischen Verbraucherrechts auf niedrigem Niveau betreibt die EU-Kommission Raubbau an den nationalen Verbraucherrechten. Wir GRÜNE wollen das Verbraucherrecht aber nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner stutzen. Es überzeugt uns nicht, den grenzüberschreitenden Handel durch weniger Schutz bei Widerrufsrechten, Internetauktionen und Versandkosten zu befördern. Der Preis dafür, den vor allem Arme und Bildungsschwache zu zahlen hätten, ist uns zu hoch.

Wir wollen stattdessen die europäischen Richtlinien auf ihre verbraucherfreundliche Netz- und Digitaltauglichkeit sowie auf nachhaltige Konsummuster überprüfen und mehr Schutz vor Abzocke bieten.

Wissen, was drin ist

Verbraucherrelevante Informationen müssen auf Produkten verpflichtend werden. Die Herstellungsbedingungen sind dabei ebenso von Interesse wie Gesundheitswert, Energieverbrauch und der Einsatz neuer umstrittener Technologien. Für sensible Güter wie Spielzeug fordern wir GRÜNE ein besonderes europäisches Sicherheitssiegel mit verpflichtender Dritt Zertifizierung. Wir GRÜNE wollen nachhaltigen Konsum fördern. Wer klug und mit gutem Gewissen einkaufen möchte, braucht bessere Informationen über die sozialen und ökologischen Aktivitäten der Unternehmen. Wir halten Verbraucherportale im Internet für sinnvoll, die glaubwürdige Transparenz über die sozialen

und ökologischen Initiativen von Unternehmen schaffen. Eine Schwarze Liste der Klimakiller, z.B. Waschmaschinen mit einem Energieverbrauch von mehr als 0,35 Kilowattstunden pro Kilogramm Wäsche oder Autos mit über 120 Gramm pro Kilometer CO₂-Ausstoß soll in den Europäischen Aktionsplan Nachhaltiges Konsumieren aufgenommen werden.

Zur besseren Orientierung im Konsumdschungel wollen wir ein europäisches Nachhaltigkeitssiegel einführen. Es soll die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware deutlich erkennbar machen, eine Herstellung ohne Kinderarbeit garantieren und somit wie ein zweites Preisschild den praktischen Gewinn für Mensch und Umwelt verdeutlichen.

Nachhaltiger Konsum braucht zudem eine aktive Politik der Verbraucheraufklärung seitens der EU-Kommission. Statt technischer Regelwerke und ausufernder Bürokratie muss das Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände erweitert werden. EU-Forschungsmittel sollten zudem auch in verbraucherrelevante Forschungsvorhaben fließen, die die Belange der Konsumentinnen und Konsumenten in den Mittelpunkt stellen.

Gesunde und natürliche Lebensmittel für alle garantieren

Sichere Lebensmittel sind für uns eine Grundvoraussetzung. Wir lehnen – wie die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher – Gentechnik und Chemie auf dem Teller ab. Qualität, Gesundheit und Genuss bei Lebensmitteln sind uns ein besonderes Anliegen. Regionaltypische, traditionell verarbeitete, biologisch angebaute und naturbelassene Lebensmittel brauchen einen besonderen Stellenwert, der für alle erkennbar gekennzeichnet sein muss. Gesunde Ernährung wollen wir durch eine Kennzeichnung in den Ampelfarben rot-gelb-grün EU-weit sichtbar machen. Rot bedeutet dabei, dass ein Produkt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Bei Grün können Sie hingegen bedenkenlos zugreifen. Gesunde Lebensmittel für alle bedeutet auch, dass diese für alle bezahlbar sind und in Schulen und Kindergärten

selbstverständlicher Bestandteil der gemeinsamen Mahlzeiten werden. Wir wollen gesunde, ökologisch verträgliche und regional erzeugte Produkte, die man am Biosiegel erkennt, noch attraktiver machen.

Neue Technologien bei der Bearbeitung von Lebensmitteln wollen wir nach dem Vorsorgeprinzip bewerten. Entsprechend bearbeitete Produkte dürfen erst auf den Markt gelangen, wenn das Risiko ausreichend erforscht und klare Haftungsregeln erlassen sind. Sogenannte Nahrungsergänzungsmittel müssen außerdem einen Wirkungsnachweis erbringen. Solange nanotechnologisch veränderte Lebensmittel nicht ausgereift sind, sollten sie nicht in den Verkehr gebracht werden (Moratorium). Um Wahlfreiheit sicherzustellen, fordern wir die unmissverständliche Kennzeichnung veränderter Lebensmittel. Lebensmittel mit Azofarbstoffen, die häufig in Bonbons, Limonaden und ähnlichem vorkommen, wollen wir verbieten, denn sie schaden der Gesundheit unserer Kinder.

Agro-Gentechnik ist nicht verantwortbar

Wir wollen keine Nutzung der Agro-Gentechnik, sondern ein EU-weites Verbot für Gentech-Pflanzen, die Mensch, Umwelt und gentechnikfreie Produktion sowohl in der konventionellen als auch biologischen Landwirtschaft gefährden, wie zum Beispiel Gen-Mais MON 810 oder die sogenannte Terminator-technologie. Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die nicht verantwortbar ist, denn einmal in die Natur freigesetzte Organismen sind nicht mehr rückholbar. Die übergroße Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt Gentechnik ab.

Wir wollen eine klare Gen-Kennzeichnung und Kennzeichnungslücken im EU-Recht schließen. Denn die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was auf ihrem Teller liegt. Das gilt auch für Produkte wie Fleisch, Milch oder Käse. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, ob ihre Lebensmittel von Tieren stammen, die mit gentechnisch

verändertem Futter gefüttert wurden.

Gentechnik ist ein Geschäft – nicht für die Menschen, sondern für eine paar Wirtschaftsunternehmen, die in gentechnisch veränderte Organismen und Biotechnologie investiert haben. Nur wenige Unternehmen – wie Monsanto, DuPont oder Novartis – teilen sich den gesamten Markt für gentechnisch verändertes Saatgut und kontrollieren zugleich große Teile des Weltmarkts für Pestizide. Wir wollen nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt Wettbewerbsinteressen untergeordnet wird.

Das europäische Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel muss verändert werden, die unabhängige Risikoforschung gestärkt und ökologischer Sachverstand sowie sozio-ökonomische Risiken der Agro-Gentechnik mit einbezogen werden. Derzeit werden vor allem die Interessen der Agro-Gentechnik-Industrie befördert. Wir GRÜNEN wollen die Interessen der gentechnikfreien Landwirtschaft sowie Umwelt- und Verbraucherinteressen stärken. Interessenverflechtungen zwischen Prüfbehörden und der Agro-Gentechnik-Industrie müssen offengelegt und beseitigt werden. Wir wollen eine unabhängige Risiko- und Kontrollbehörde installieren.

Mit dem Artikel 26a in der Freisetzungsrichtlinie haben wir erreicht, dass Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen können, um sich gegen Gentech-Kontamination zu schützen. Wir wollen die Rechte der europäischen Regionen weiter stärken, sich gegen die Anwendung und Verbreitung bestimmter Technologien wie der Agro-Gentechnik zu entscheiden. Wir unterstützen daher die Bürgerbewegung der gentechnikfreien Regionen.

Kundendaten besser schützen

Wir wollen, dass Kundendaten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen erhoben, verarbeitet und weitergeleitet werden dürfen. Bisher können Verbraucherinnen und Verbraucher digitalen Geschäften nicht genügend vertrauen. Die Ängste im Hinblick auf Sicherheit, Betrug und Achtung der Pri-

vatsphäre sind groß. Geschäfte im Internet dürfen nicht mehr daran gekoppelt werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihre persönlichen Daten preisgeben müssen. Auswüchse des Datenmissbrauchs wie das Ausspionieren von Supermarktkäufern oder die Überwachung von Telefonkunden müssen schärfer sanktioniert werden. Wir fordern ein europaweites Datenschutzsiegel, das Verbraucherinnen und Verbrauchern den verlässlichen Umgang mit ihren persönlichen Daten garantiert. Den Verbraucherverbänden wollen wir die Möglichkeit zur gerichtlichen Klage für die Verfolgung von datenschutzrechtlichen Verstößen an die Hand geben.

4. Soziales Europa. Der grüne Weg für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Wenn Unternehmen und Finanzakteure europäisch und global handeln, müssen auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Bürgerinnen und Bürgern grenzüberschreitend garantiert werden. Europa ist kein Projekt der Wirtschaftseliten, sondern muss ein soziales Europa für die Bürgerinnen und Bürger sein, in dem die Freiheiten des Binnenmarktes durch soziale Rechte und Grundrechte klar begrenzt wird. Unser Ziel ist es, die Abwärtsspirale zu durchbrechen und soziale Sicherheit auch europäisch durchzubuchstabieren. Wir GRÜNE setzen uns daher für einen europäischen Sozialpakt ein und wir stehen für eine Politik, die dazu beiträgt, die bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen und innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten zu überwinden.

Der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sind zum Motor der europäischen Integration geworden und auch die Freizügigkeit von Personen, lange ein Stiefkind des Integrationsprozesses, ist inzwischen zumindest für Westeuropa Normalität. Das hat viel Dynamik gebracht und ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die EU ist aber nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Solidargemeinschaft. So gibt die EU gut ein Drittel ihrer finanziellen Mittel für ihre Strukturpolitik aus. Mit verschiedenen Programmen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Sozialfonds, wird beispielsweise eine Vielzahl von Projekten zur Ausbildungsunterstützung und zur Eingliederung benachteiligter Personen in den Arbeitsmarkt finanziert. Doch immer noch ist das Wohlstandgefälle innerhalb der Europäischen Union groß. Frauen sind davon nach wie vor besonders stark betroffen. Die ökonomischen Unterschiede zu Lasten von Frauen trotz

Steigerung ihrer Erwerbsarbeit haben sich europaweit kaum verringert, unter anderem weil sie zu einem sehr viel höheren Prozentsatz in prekären und Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie in unterbezahlten Branchen arbeiten als Männer. Frauen verbringen zudem europaweit doppelt soviel Zeit wie Männer mit unbezahlten Sorge- und Reproduktionsarbeiten in Haushalten und Gemeinschaften. Weiterhin gilt: Auch in der EU findet Sozialabbau statt, der insbesondere die Ärmsten trifft und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander gehen lässt und Ungleichheiten verstärkt. Es ist erschreckend, dass in der EU besonders viele Familien und Kinder in Armut leben. Wir fordern deshalb die Prüfung aller Maßnahmen und Beschlüsse auf ihre spezifischen Auswirkungen auf Kinder.

Die wirtschaftliche Dynamik eines größer werdenden Binnenmarktes der zugleich immer integrierter wird, hat allerdings auch einen Preis, vor dem wir die Augen nicht verschließen dürfen. Kapital ist mobiler denn je. Es strömt dahin, wo die Rendite stimmt. Europaweit agierende Unternehmen können nationale Standorte gegeneinander ausspielen und von unterschiedlichen Steuersystemen und arbeitsrechtlichen Standards profitieren. Das hat gravierende Folgen für die Systeme sozialer Sicherheit, denn arbeitsrechtliche Standards kommen ebenso unter Druck wie ihre Finanzierungsbasis. Die Mitgliedstaaten tun zwar so, als ob sie Herren über ihre Steuer- und Sozialpolitik sind und weigern sich Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben, und dies führt dazu, dass die unterschiedlichen Standards im europäischen Binnenmarkt gegeneinander ausgespielt werden können. Die wirtschaftliche Dynamik der EU darf nicht blockiert werden, aber sie muss eingebettet werden in ein System praktizierter europäischer Solidarität. Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger der EU mitnehmen. Sozialen Ausgleich kann man nicht mehr ausschließlich auf die Nationalstaaten oder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschränken.

Wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, wollen wir im Binnenmarktrecht das Bekenntnis zum sozialen Schutz und

für soziale Grundrechte verankern, die Gestaltungshoheit von Kommunen bei der Daseinsvorsorge stärken, was auch eine angemessene finanzielle Ausstattung beinhaltet. Wir wollen ökologische und soziale Kriterien für die öffentliche Vergabe wirklich verbindlich machen und vor allem soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards auf europäischer Ebene sichern und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass als Vergabekriterium bei öffentlichen Aufträgen auch Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt werden. Ein gutes Beispiel für aktive europäische Sozialpolitik und die Notwendigkeit europäischer Mindeststandards sind die vier Antidiskriminierungsrichtlinien der EU. Sie haben dafür gesorgt, dass es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) endlich ein explizites Recht auf Schutz vor Diskriminierung gibt. Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass sich dieses Recht nicht nur an den europäischen Mindestanforderungen orientiert, sondern einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung im Beruf und Alltag unabhängig vom Geschlecht, der ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder des Alters bietet.

Wir GRÜNE unterstützen den Vorschlag über eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Damit wird ein Signal gesetzt, dass Gleichbehandlung in allen Lebenslagen notwendig und wichtig ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Europäische Gemeinschaft in diesem wichtigen Handlungsfeld noch nicht ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft hat, um Diskriminierungen aus Gründen der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung wirksam zu bekämpfen.

Daher begrüßen wir GRÜNE, dass das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Richtlinie bereits jetzt deutliche Spuren hinterlassen hat. Gleichzeitig bedauern wir, dass die Europäische Kommission keinen Richtlinienvorschlag für Menschen mit Behinderungen eingebracht

hat, wie es das Europäische Behindertenforum fordert.

CDU/CSU und FDP nutzen hingegen das Europaparlament, die Kommission und den Ministerrat dazu, soziale Rechte und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuhöhlen – zum Beispiel über ihre radikale Interpretation der sogenannten Dienstleistungsfreiheit. Die jüngeren Urteile des Europäischen Gerichtshofes zum Verhältnis der Dienstleistungsfreiheit und den sozialen Grundrechten, wie Streikrecht, nationale arbeitsrechtliche Standards und Tarifverträge, haben gezeigt, dass dieses Verhältnis dringend auf europäischer Ebene gesetzlich klargestellt werden muss. Dafür brauchen wir den Vertrag von Lissabon und eine Änderung der Entsenderichtlinie, damit diese soziale Standards schützt. Die Dienstleistungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, soziale Rechte oder arbeitsrechtliche Standards zu unterlaufen. Wir GRÜNE haben daher bereits in der Vergangenheit im Europäischen Parlament erfolgreich Druck gemacht, dass arbeitsrechtliche Bestimmungen, die einem solchen Schutz zuwiderlaufen, aus der Dienstleistungsrichtlinie genommen wurden.

Die Bekämpfung von Armut und die Förderung der sozialen Eingliederung ist ein wesentliches Ziel der Sozialpolitik der EU. Die Armutsquote in der EU betrug 2007 aber immer noch 16 Prozent. Unser Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger ein individuelles Recht auf eine Mindestsicherung in der Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums haben. Bei der Ausgestaltung der Mindestsicherung müssen gemeinsam definierte Mindeststandards eingehalten werden. Auch auf europäischer Ebene werden dafür unterschiedliche Modelle diskutiert: die bedarfsorientierte Grundsicherung, Mindestsicherungselemente, Maßnahmen im Rahmen der Einkommenssteuer oder das bedingungslose Grundeinkommen. Wir halten es für sinnvoll, dass die EU-Kommission die armutsbekämpfende Wirkung und die Realisierbarkeit auch des bedingungslosen Grundeinkommens für alle prüft, wie das Europäische Parlament mit Stimmen der GRÜNEN, der Linken, der Sozialdemokraten und aus der EVP beschlossen hat.

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit umfassenden und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen zeichnet unser Gemeinwesen aus. Abfallbeseitigung, der garantierte Zugang für alle zu Wasser, ein leistungsfähiger Personennahverkehr oder der Anspruch auf Gesundheitsdienstleistungen entspricht unserem Verständnis von Beteiligungsrechten und sozialem Zusammenhalt, schafft Arbeitsplätze sowie lokale ökonomische Entwicklung und ist ein wichtiger Beitrag für eine hohe Lebensqualität. Diese Dienstleistungen und Zugänge zu gewährleisten, gehört zu den primären Aufgaben des Staates und seiner Kommunen. GRÜNE stehen dafür, dass jeder Mensch in Europa mit lokalen öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität versorgt wird – und zwar unabhängig davon, ob er viel oder wenig verdient, in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Und wir stehen dafür, dass die Kommunen in der Lage sind, diese Leistungen auch zu erbringen. Dafür brauchen sie Gestaltungs- und Organisationsspielraum, den die neoliberalen Kräfte in der Kommission, allen voran Kommissionspräsident Barroso, Binnenmarktskommissar McCreevy und der deutsche Industriekommissar Verheugen, jedoch zugunsten der Dienstleistungsfreiheit massiv beschneiden wollen.

Wir GRÜNE wollen in den kommenden fünf Jahren mit folgenden Projekten auf europäischer Ebene die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass die ökonomische Entwicklung allen zugute kommt und wir wollen den sozialen Fortschritt voranbringen.

Einen Sozialpakt für Europa

Wir wollen einen Sozialpakt für Europa, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessert. Da die EU hier nur begrenzte Möglichkeiten hat, müssen dazu unterschiedliche Instrumente genutzt werden – anstatt wie bisher Politiken gegeneinander auszuspielen. Zentraler Baustein ist für uns GRÜNE dabei der Reformvertrag, der die sozialen Rechte und die Daseinsvorsorge stärkt und soziale Grundrechte in der

Grundrechtscharta festschreibt. Er stellt zudem klar, dass der Binnenmarkt kein Ziel, sondern Mittel zum Zweck ist. Darüber hinaus müssen auf europäischer Ebene arbeitsrechtliche Mindeststandards ausgebaut und weiterentwickelt werden, ohne dass sie bestehende höhere nationale Standards aushöhlen. Zudem brauchen wir eine konsequent sozialpolitische Ausrichtung der Lissabon-Strategie und müssen den sozialen, ökonomischen und territorialen Zusammenhalt stärken sowie die Strukturfonds neu ausrichten. Wir wollen die offene Methode der Koordinierung weiterentwickeln, demokratischer und in ihrer Wirkung verbindlicher machen. Das Europäische Parlament muss an der Erstellung der Ziele stärker beteiligt werden. Die Ziele müssen quantifiziert werden.

Sozialpolitische Ziele verbindlich machen – Lissabon-Strategie neu ausrichten

Wir wollen, dass in der 2010 anstehenden Revision der Strategie die Nachhaltigkeitsstrategie und die soziale Agenda endlich wieder wirklich integraler Bestandteil der Strategie werden. Wir wollen die Erreichung der sozialpolitischen Ziele und Indikatoren verbindlich festschreiben. Eine Zeitlang schien es so, als ob die EU fortschrittlicher sei als ihre Mitgliedstaaten. In der Lissabon-Strategie wurde vollmundig verkündet, dass Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik zusammenwirken müssten. Allerdings hakt es gewaltig bei der Umsetzung, denn allein die wirtschaftlichen Ziele werden ernst genommen, während die sozialen und ökologischen Ziele aufgrund ihrer Unverbindlichkeit ins Abseits geraten. Eine solche Unausgewogenheit hilft weder die Wirtschaft auf einen Nachhaltigkeitskurs zu bringen noch neue Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und neue und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Es muss Sanktionen für jene Länder geben, die die bereits definierten Quoten wie beispielsweise bei der Frauenerwerbstätigkeit, der Anzahl der Kinderbetreuungsplätze, der Verringerung der Schulabbre-

cherinnen- und Schulabbrecherquote oder Maßnahmen zum lebenslangen Lernen nicht erfüllen.

Mindestlöhne einführen

Wir wollen verhindern, dass Lohndumping als Mittel des Wettbewerbs genutzt wird. Das ist nicht akzeptabel. Es schadet den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der ganzen Gesellschaft. Menschen müssen von ihrem Einkommen auch leben können – es muss armutsfest und auskömmlich sein. Wir GRÜNE streiten für einen Wettbewerb um Qualität anstatt um Löhne und fordern daher gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, die relevant über der Armutsgrenze liegen, in allen Mitgliedstaaten gemäß den nationalen Modellen. 20 von 27 Mitgliedstaaten haben bereits nationale gesetzliche Mindestlöhne. Anstatt den Arbeitsmarkt abzuschotten und Menschen in die Schwarzarbeit zu drängen, sollte die Bundesregierung wie fast alle anderen EU-Staaten auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

Existenzsichernde Mindestlöhne sind nicht nur ein Element, um die schleichende Tendenz zu Armut trotz Arbeit («working poor») zu bekämpfen, sondern auch ein Baustein, um die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu beenden. Europaweit liegen im Schnitt die Einkommen von Frauen 15 Prozent unter denen der Männer, in Deutschland sind es 24 Prozent Lohnunterschied bei gleichwertiger Arbeit. Insbesondere Frauen sind nach wie vor überwiegend in den Branchen tätig, in denen der Druck auf die Löhne am höchsten ist. Weiterhin wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen festschreiben und vereinfachen.

Arbeitszeit reduzieren

Wir wollen keine unmäßigen Höchstarbeitszeiten. Die schwarze Bundesregierung hat sich bei der Revision der Arbeitszeitrichtlinie im EU-Ministerrat dafür eingesetzt, die durch-

schnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 65 Stunden zu erhöhen und Bereitschaftszeit nicht als Arbeitszeit anzuerkennen. Das lehnen wir ab, denn die derzeitige Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 48 Stunden dient dem Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Davon sowie von dem Grundsatz abzuweichen, dass Bereitschaftszeit voll und ganz als Arbeitszeit zählt, gefährdet nicht nur die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern hat langfristig auch negative ökonomische Folgen. Anstatt die Höchstarbeitszeit weiter auszureizen, müssen reduzierte und flexible Konzepte der Arbeitszeitgestaltung forciert werden, was nicht nur die Erwerbsarbeitslosigkeit bekämpft, sondern auch einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten kann, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen.

Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, Lohngleichheit schaffen

Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt am Berufsleben und den Karrierechancen teilhaben und endlich auch für sie Lohn-gerechtigkeit geschaffen wird. Deshalb machen wir uns für eine wirksame Frauenförderung auf allen Ebenen und in allen Bereichen stark. Wir wollen die EU-Mitgliedstaaten zu einer hohen Frauenbeschäftigungsquote verpflichten und dies an wirksame Sanktionsmöglichkeiten, beziehungsweise Quotenregelungen für Führungsetagen koppeln. Um das europäische Grundrecht auf geschlechtergerechte Entlohnung endlich Realität werden zu lassen, muss Lohndiskriminierung stärker bekämpft werden, zum Beispiel durch Entschädigungszahlung und Bußgelder. Wir setzen uns mit dafür ein, einen jährlichen Europäischen Tag des gleichen Entgelts (Equal Pay Day) zu etablieren.

Generalunternehmer haftbar machen – Schwarzarbeit bekämpfen

Wir wollen eine Richtlinie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die sicherstellt, dass die Hauptunternehmen eines Auftrages da-

für sorgen müssen, dass ihre Subunternehmen arbeitsrechtliche Standards einhalten und ihren sozialversicherungsrechtlichen Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Auch Menschen, die im Bereich personennaher Dienstleistungen arbeiten, müssen grundsätzlich sozialversichert sein. Schwarzarbeit schadet der Wirtschaft, verweigert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialen Schutz und Rechte, beschränkt Steuereinnahmen, ist damit zutiefst unsolidarisch und führt zu unfairem Wettbewerb.

Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihr Recht auf Freizügigkeit gewähren

Wir wollen, dass die Bundesregierung die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sofort beendet. Es ist beschämend, dass Deutschland Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa nach wie vor als EU-Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt und ihnen als eines von ganz wenigen Mitgliedstaaten in den meisten Fällen verbietet, legal zu arbeiten. Dabei hat sich die ursprüngliche Sorge, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, längst als unbegründet erwiesen. Der Effekt dieser restriktiven Arbeitsmarktpolitik ist vielmehr ein anderer: Menschen, die gerne in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen möchten, werden diskriminiert und in die Schwarzarbeit gedrängt.

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte garantieren, Rechte von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken

Wir wollen, dass das Recht jeder EU-Bürgerin und jedes EU-Bürgers auf Gleichbehandlung mit inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch wirklich umgesetzt wird. In der Entsenderichtlinie muss klargestellt werden, dass entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Dienstleistungen

sind, sondern entsprechend des EG-Vertrages ein Recht auf Gleichbehandlung mit inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben. Zudem muss gemäß des Grundsatzes des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort in der Richtlinie deutlich gemacht werden, dass nationale Tarifverträge in ihren verschiedenen Ausprägungsformen den gleichen Stellenwert haben wie gesetzliche Mindestlöhne. Auch dürfen die Kontroll- und Ordnungsrechte der Mitgliedstaaten nicht eingeschränkt und die Rechte der Tarifpartner einschließlich des Streikrechtes nicht beschnitten werden.

»Gute Arbeit« fördern

Wir wollen, dass sich Beschäftigungs- und Arbeitspolitik am Konzept der »Guten Arbeit« orientiert. Gut ist eine Arbeit, die den Ansprüchen der Beschäftigten an die Gestaltung der Arbeitswelt gerecht wird und die einen gerechten, angemessenen Lohn garantiert. Das heißt vor allem auch, dass Flexibilität in der Arbeitswelt mit sozialer Sicherheit verbunden sein muss. Arbeitsrechtliche Standards dürfen nicht aufgrund so genannter flexibler Arbeitsverhältnisse – etwa Leiharbeit, Minijobs oder Scheinselbständigkeit, ausgehöhlt werden. Wir fordern daher eine europäische Definition von Selbständigkeit, die Scheinselbständigkeit ebenso wie »Briefkastenfirmen« so weit wie möglich verhindert.

Europäische Betriebsräte stärken

Wir wollen, dass Betriebsräte europäisch agieren können, wenn europaweit tätige Unternehmen ihre Unternehmenspolitik standortübergreifend formulieren. Das schließt stille Übernahmen und Teilübernahmen genauso ein wie Verlagerungen und Teilverlagerungen. Das europäische Kernstück für die betriebliche Mitbestimmung ist für uns GRÜNE eine Richtlinie für Europäische Betriebsräte, die sich ihres Namens als würdig erweist und einen gleichberechtigten fairen sozialen Dialog ermöglicht.

Dazu braucht es eine echte Revision der bestehenden Richtlinie. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ab 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein europäischer Betriebsrat gebildet werden kann. Dies würde auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich immer mehr kleine und mittelständische Firmen europäisieren. Die Pflicht der Unternehmensführung, ihren Euro-Betriebsrat frühzeitig und umfassend zu informieren und zu konsultieren wollen wir stärken und wir treten für eine Ausweitung europäischer Betriebsrätetreffen ein, an denen auch Gewerkschaftsvertreterinnen und Gewerkschaftsvertreter teilnehmen können. In dem Zusammenhang wollen wir auch die Rahmenrichtlinie für Information und Konsultation anpassen und sie in Bezug auf die Verfahren und die Sanktionen verbindlicher gestalten und die Rolle der Gewerkschaften aufwerten.

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Wir wollen, dass alle Menschen, das heißt selbstverständlich auch Kinder, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und teilhaben können. Armut, Arbeitslosigkeit und ein schlechter Zugang zu Bildung drängen jedoch nach wie vor zu viele Menschen an den Rand der Gesellschaft. Daher wollen wir allen Zugangsgerechtigkeit garantieren. Auch wenn diese Belange vorwiegend durch die einzelnen Staaten geregelt werden, kann die EU einen wichtigen Teil zur sozialen Teilhabe beitragen und mithelfen, dass Menschen nicht dauerhaft ausgegrenzt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass der Hinweis auf den demografischen Wandel, auf die Freizügigkeit im Binnenmarkt oder die vermeintlichen Sachzwänge der Globalisierung dazu herhalten sollen, den sozialen Schutz und soziale Rechte in Frage zu stellen. Gefordert ist vielmehr einerseits eine gerechtere Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie eine bessere Bildungspolitik, die tatsächlich allen offen steht, andererseits muss der Schutzgedanke selbst europäisiert werden. Dies muss eine der Grundlagen des Sozialpaktes sein.

Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 müssen Pilotprojekte, die Wege aus der Armutsfalle aufzeigen, initiiert werden.

Chancengleichheit herstellen und Diskriminierung bekämpfen

Wir wollen ein diskriminierungsfreies Europa – und zwar im Beruf und im Alltag. Wir kämpfen daher für eine fünfte Anti-Diskriminierungsrichtlinie, die garantiert, dass es nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Alltag einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung gibt. Wir wollen gesetzlich verbieten, dass beispielsweise jemandem weil er/sie im Rollstuhl sitzt, der Zugang zu einem Restaurant, zur Arztpraxis oder zum Kaufhaus verweigert werden kann. FDP und CDU/CSU wollen im Europaparlament dieses Diskriminierungsverbot verhindern – sekundiert durch die schwarz-rote Bundesregierung. Und dies, obwohl das deutsche Recht viele der vorgeschlagenen Änderungen schon abdeckt und die UN-Konvention zur besseren Teilhabe von Menschen mit Behinderung die Staaten zu vielen der in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen verpflichtet.

Wir fordern europäische Schwarze Listen, die als »Diskriminierer« verurteilte Unternehmen von der Vergabe von Aufträgen aus der öffentlichen Hand ausschließen. Es soll im Dialog mit den Kirchen und anderen religiös orientierten Körperschaften des öffentlichen Rechts erreicht werden, dass diese in Übereinstimmung mit den europäischen Standards als Tendenzbetriebe im arbeitsrechtlichen Sinne behandelt werden.

Barrierefreies Europa

Wir wollen, dass Europa für alle Menschen mit und ohne Behinderung erfahrbar und erlebbar wird. Darum setzen wir uns für ein barrierefreies Europa ein, nicht nur im architektonischen Sinne. Das bedeutet Zugänglichkeit und Benutzbarkeit von Institutionen, Gebäuden, Transportmitteln, Internet und Informationen für alle Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder

Mensch in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an der Gesellschaft teilzuhaben. Nur durch die soziale Inklusion und ein verstärktes Zugehörigkeitsgefühl aller Menschen lassen sich die sozialen, wirtschaftlichen und persönlichen Freiheiten Europas verwirklichen.

Familie und Beruf besser vereinbaren

Wir wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind – für Frauen wie für Männer – und dafür entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Deshalb stehen wir für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung von Anfang an. Berufstätige Eltern müssen beispielsweise europaweit ein Recht darauf haben, ihre Arbeitszeit auch über die ersten Kindesjahre hinaus zu verringern oder flexibel zu gestalten. Darüber hinaus muss jedoch das derzeit EU-weit garantierte individuelle Recht auf dreimonatigen Elternurlaub so aufgestockt und finanziell abgesichert werden, dass es einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung entspricht. Aber auch in anderen Lebensphasen müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit zu einer flexibleren Gestaltung des Berufsrythmus haben. Weiterbildungs- und Sabbatjahre gehören für uns ebenso zu einer ausgewogenen Lebensgestaltung wie ein flexibler Übergang in die Rentenzeit oder Pflegezeiten.

Bildungs- und Berufsabschlüsse anerkennen

Wir wollen eine europaweite Vereinfachung der Übertragbarkeit von Qualifikationseinheiten. Grundbaustein für europaweite Mobilität ist die Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung. Die Vergleichbarkeit und Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse innerhalb der EU sind völlig unzureichend. So gelten die EU-Richtlinien, die die Anerkennung europäischer Bildungsabschlüsse innerhalb der EU erleichtern sollen, beispielsweise primär für EU-Bürgerinnen und Bürger im

jeweiligen EU-Ausland – also nicht für Deutsche in Deutschland. Noch schwerer haben es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Drittstaaten, deren Abschlüsse oftmals gar nicht anerkannt werden. Auf diesem Wege wird derzeit das große Potenzial, dass diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in sich bergen nicht gesehen und leichtfertig verschwendet. Darüber hinaus müssen die bestehenden Informations- und Kommunikationsnetzwerke zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen weiter ausgebaut werden. Grundsätzlich werden wir europaweit für den Ausbau von Bildungsangeboten analog dem skandinavischen Modell, um von Anfang an individuell und doch für alle zugänglich Bildung zu garantieren und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

Mit der Europäischen Sozialkarte europaweit geschützt sein

Wir wollen, dass in einem Europa ohne Grenzen soziale Ansprüche und Vorteile nicht verlorengehen, wenn Menschen eine Arbeit in einem anderen Land aufnehmen oder umziehen. Die bereits heute rechtlich garantierte Anerkennung und Zusammenrechnung von in unterschiedlichen Ländern erworbenen Versicherungs- und Beschäftigungsleistungen muss lebensnah und einfach ausgestaltet werden. Wir GRÜNE wollen daher eine Europäische Sozialkarte einführen. Sie soll den Zugang zu Sozialversicherungsansprüchen in Bezug auf Krankheit, Rente, Erwerbsarbeitslosigkeit sowie Familienleistungen im Ausland erleichtern und administrative Hürden beim grenzüberschreitenden Arbeitsplatzwechsel minimieren. Die notwendigen Daten werden weiter nur vor Ort gespeichert, so dass die Karte selbst lediglich als Informationsschlüssel dient. Das ist datenschutzrechtlich problemlos, wäre aber für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine große Erleichterung und damit auch ein Beitrag, die viel beschworene Unionsbürgerschaft endlich mit Leben zu füllen. Zudem müssen nationale Behörden und Ämter in den diesbezüglichen europäischen Rechtsvorgaben besser geschult werden, um

Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auch entsprechend beraten und informieren zu können.

Gesundheitsversorgung vor Ort europaweit ermöglichen

Wir wollen einen gleichwertigen und fairen Zugang für alle zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort. Für uns ist essenziell, dass das Recht auf Versorgung nicht an den früheren Grenzen endet und wir wollen bei der medizinischen Behandlung im europäischen Ausland bürokratische Hürden abbauen. Wir sagen Ja zur Behandlung im europäischen Ausland, wann und wo immer diese erforderlich ist. Wir setzen uns ein für eine bessere europaweite medizinische Zusammenarbeit, insbesondere zur Erforschung und Therapie seltener Krankheiten. Von der EU finanzierte Forschungsprojekte müssen dabei auf Frauen, Männer und Kinder hin differenziert werden. Dies gilt sowohl für die Erforschung von Krankheiten als auch für die Erforschung beziehungsweise Erprobung von Medikamenten. Eine europaweite Liberalisierung der Gesundheitsversorgung unter dem Primat der Dienstleistungsfreiheit lehnen wir entschieden ab. Das gilt auch für die Versorgung unserer Bevölkerung mit den notwendigen Medikamenten. Deshalb wollen wir die Ausgabe verschreibungspflichtiger Medikamenten in Supermärkten und ähnlichen Einzelhandelsgeschäften ohne Fachberatung durch Apothekerinnen und Apotheker ablehnen. Das Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente wollen wir beibehalten. Gesundheitsversorgung ist keine Ware, sondern ein Solidarsystem, dessen Finanzierung höchst sensibel ist. Patientenmobilität muss unkompliziert sein, wenn sie nötig ist. Sie muss aber auch dort ihre Grenzen finden, wo sie das System der kostenlosen, für alle zugänglichen qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort gefährdet.

Die demografische Entwicklung als europäische Herausforderung begreifen

Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel aktiv gestalten: Wir wollen ein Europa, in dem die Potenziale des Alters ausgeschöpft, die belastenden Auswirkungen des demografischen Wandels solidarisch auf die Generationen verteilt und die Risiken des Alters reduziert werden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Beschäftigungsraten und die Produktivität durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern. Dazu bedarf es unter anderem gezielter Angebote der Gesundheitsförderung, altersgerechter Arbeitsplätze sowie der Förderung des lebenslangen Lernens. Wir wollen außerdem die Vereinbarkeit von Kindererziehung, Pflege und Beruf für Frauen und Männer verbessern.

Eine europäische Arbeitslosenversicherung auf den Weg bringen

Wir wollen prüfen, wie eine europäische Arbeitslosenversicherung eingeführt werden kann. Die Wachstumsunterschiede in der Euro-Zone haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Klassische konjunkturpolitische Instrumente wie die Geldpolitik stehen den Staaten der Eurozone nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig ist im Falle des wirtschaftlichen Abschwungs der Druck zu Einschnitten bei den Staatsausgaben durch den Stabilitätspakt größer geworden. Das kann dazu führen, dass die soziale Absicherung gekürzt wird, wenn sie am dringendsten gebraucht wird. Die europäische Basis-Arbeitslosenversicherung soll einen Teil der nationalen Arbeitslosenversicherungen ersetzen. Für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler würden sich keine zusätzlichen Belastungen ergeben. Ein Teil der derzeitigen Arbeitslosenbeiträge würden in einen europäischen Topf fließen, aus dem im Falle von Arbeitslosigkeit jeder EU-Bürgerin und jedem EU-Bürger für ein Jahr 50 Prozent des letz-

ten Einkommens als Absicherung ausgezahlt würden. Diesen Grundbetrag stocken die Mitgliedstaaten je nach nationalem Recht auf. Die Vorteile einer solchen EU-Basisversicherung liegen auf der Hand: Sie wirkt als automatischer Stabilisator. Denn Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich und dadurch schwindet die Gefahr, dass die Arbeitsmarktpolitik selber prozyklisch ausgestaltet wird, Abschwungstrends verstärkt und das Anspruchsniveau sozialer Sicherung zum Gegenstand politischer Opportunitäten wird.

Regionale Entwicklungsunterschiede in Europa ausgleichen

Wir wollen die regionalen Entwicklungsunterschiede in Europa ausgleichen. Wichtigstes und zugleich äußerst erfolgreiches Instrument der EU zum Ausgleich der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen ist der Europäische Regionalfonds (EFRE). Die Förderung benachteiligter Regionen ist nicht nur Ausdruck der Solidarität innerhalb der EU, sondern trägt auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Begleitung des Strukturwandels bei. Auch im Hinblick auf die Förderung von Frauen hat sich das innovative Potenzial europäischer Programme und Initiativen im Rahmen der Strukturfonds bewährt. Für uns GRÜNE ist klar, dass Regionalentwicklung weiterhin zum obersten Ziel haben muss, die Lücken zwischen strukturschwachen und wirtschaftsstarken Gebieten in Europa zu schließen und allen Regionen gleichwertige Entwicklungschancen zu bieten. Dies darf jedoch nicht zu Lasten ökologischer und sozialer Belange gehen. Deshalb stellen wir uns gegen die derzeitige Verpflichtung, Fördermittel einseitig auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

Europäische Beschäftigungspolitik zielgerichtet einsetzen

Wir wollen den Europäischen Sozialfonds (ESF) weiterentwickeln. Bislang basiert der ESF auf der Vorstellung einer Voll-

bestimmten Schwellenwerten verändern. Bisher mussten solche öffentlichen Aufträge an den kostengünstigsten Anbieter vergeben werden. Nun gibt es die Möglichkeit, öffentliche Aufträge auch nach ökologischen und sozialen Kriterien zu vergeben. Dafür haben sich die GRÜNEN im Europäischen Parlament erfolgreich eingesetzt. Die Richtlinien ermöglichen auch einen besseren Rechtsschutz von Bietern und die Bekämpfung von Korruption.

Leider missachtet die Kommission die in der Richtlinie gesetzten Schwellenwerte und verlangt auch unterhalb der Schwellenwerte eine europaweite Ausschreibung von Aufträgen. Das ist nicht nur demokratisch zweifelhaft, sondern engt den Gestaltungsspielraum der Kommunen ein und erhöht den Verwaltungsaufwand. Die Folgen sind lange Ausschreibungsverfahren, hohe Kosten und Rechtsunsicherheit.

Die Kommission muss endlich die vom Gesetzgeber gesetzten Schwellenwerte anerkennen und darf sich nicht über die Hintertür und am Gesetzgeber vorbei in die Auslegung des Wettbewerbsrechtes einmischen. Wir GRÜNE kämpfen auf europäischer Ebene auch weiterhin für ein Wettbewerbsrecht, das den Kommunen genügend Gestaltungsspielraum lässt. Wir wollen, dass die Kommission den Gestaltungsspielraum der Kommunen nicht weiter einengt und Instrumente, wie den städtebaulichen Vertrag, nicht als Bestandteil des Vergaberechts betrachtet. Nur so sind die Kommunen auch in der Lage, den ihnen durch die Vergaberichtlinie gegebenen Gestaltungsspielraum zu nutzen.

Rechtssicherheit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge schaffen

Wir werden uns im Europaparlament weiterhin dafür einsetzen, die sozialen und ökologischen Kriterien rechtssicher zu unterfüttern und die Vergaberegungen so weiterzuentwickeln, dass kleine und mittlere Unternehmen mit qualitativ hochwertigen Angeboten eine faire Chance im Wettbewerb haben. Da-

für brauchen wir neben dem EU-Leitfaden zur ökologischen Vergabe einen EU-Leitfaden zur sozialen Vergabe. Zudem wollen wir die rechtliche Unklarheit, die nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Tariftreue besteht, beenden. Durch die Aufnahme verbindlicher sozialer Ziele in die Verträge und Prinzipien wie der Tariftreuregelung in das Gemeinschaftsrecht wollen wir zukünftig verhindern, dass der EuGH allein aus der Wirtschaftsperspektive heraus urteilt und so Tariftreuregelungen rechtlich absichern.

Die kommunale Daseinsvorsorge auf sichere Füße stellen

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit umfassenden und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, wie zum Beispiel der Abfallbeseitigung, der Versorgung mit Wasser, einem leistungsfähigen Personennahverkehr oder Gesundheitsdienstleistungen, sowie Krankenhäusern und sozialen Diensten sind ein wichtiger Beitrag für eine hohe Lebensqualität und zeichnen unser Gemeinwesen aus. Diese Dienstleistungen zu gewährleisten, gehört zu den primären Aufgaben des Staates und seiner Kommunen.

GRÜNE stehen dafür, dass jede und jeder mit lokalen öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität versorgt wird – und zwar unabhängig davon, ob sie oder er viel oder wenig verdient, in der Stadt oder auf dem Land wohnt.

Und wir stehen dafür, dass die Kommunen in der Lage sind, diese Leistungen auch zu erbringen. Dafür brauchen sie Gestaltungs- und Organisationsspielraum.

Wenn sich mehrere Kommunen zusammenschließen, um beispielsweise eine Kläranlage gemeinsam zu betreiben, darf diese interkommunale Zusammenarbeit von Europa nicht als Vergabe eines öffentlichen Auftrages angesehen werden, sondern muss als die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Kommunen akzeptiert werden. Auch die Direktvergabe von Aufträgen an kommunale Unternehmen (Inhouse-Vergabe) muss vereinfacht werden.

Daseinsvorsorge zeitgemäß gestalten

Wir GRÜNE stehen dafür, dass das Aufgabenspektrum der Daseinsvorsorge weiterentwickelt wird. In einer globalisierten und vernetzten Welt muss beispielsweise der Zugang zu einem Breitband-Internetanschluss gewährleistet sein und darf nicht zu einer Frage werden, ob genug zahlungsbereite Kundinnen und Kunden in der Nachbarschaft wohnen.

Die Grenzen der Privatisierung

Die in den letzten Jahren gewachsene Tendenz der Kommunen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge komplett oder teilweise in private Hände zu geben oder im Public-Private-Partnership zu vollziehen, wird von uns vor dem Hintergrund von Konzentrationsprozessen kritisch beobachtet.

Wenn in bestimmten Bereichen Aufgaben der Daseinsvorsorge an Private übertragen werden, dann muss gewährleistet sein, dass dieses nicht zu einer Leistungsverschlechterung oder Preiserhöhung führt und der Vorsorgecharakter dieser Leistung auch über Generationen hinaus gesichert bleibt. Wir werden uns auch weiter auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge beibehalten werden können. Wir GRÜNE werden nicht zulassen, dass Gewinne zu privatisieren und Verluste und Risiken zu vergemeinschaften.

Für eine Rahmenrichtlinie zur Daseinsvorsorge

Wir fordern eine Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem Interesse. Sie soll den besonderen Schutz dieser Dienste, wie er bereits im EU-Reformvertrag formuliert ist, berücksichtigen und nicht dem europäischen Wettbewerbsrecht unterstellt werden. Den lokalen Behörden muss bei der Definition der Dienste von allgemeinem Interesse ein breiter Ermessensspielraum zubebilligt werden. Wir wollen das europäische Beihilferechts so weiterentwickeln, dass auch soziale Dienste, die in hohem Maße

auf Finanzmittel der öffentlichen Hand angewiesen sind, nicht verhindert werden. Ein Beispiel: Frauenhäuser sind ein wichtiger Schutzraum, den eine Gesellschaft zur Verfügung stellen muss. Der Markt würde diese Leistung nie erbringen und es darf nicht sein, dass ihre Finanzierung deshalb als »Subvention« verboten würde.

Kommunale Sparkassen

Die Einrichtung kommunaler Sparkassen ist Teil des eigenen Wirkungskreises der Kommunen. Die Sparkassen sind im Regelfall öffentlich-rechtliche Anstalten mit kommunaler Gewährsträgerschaft. Sie agieren wie privatwirtschaftliche Kreditinstitute. Sparkassen erfüllen dabei verschiedene Aufgaben, die sie seit über einhundert Jahren wahrnehmen:

- Als Bestandteil der Daseinsvorsorge stellen Sparkassen ein flächendeckendes Finanzdienstleistungsnetz für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sicher.
- Sie leisten Hilfe bei der Unterstützung der heimischen Wirtschaft.
- Sparkassen haben eine fiskalische Funktion, indem sie öffentliche Gelder verwalten und anlegen.
- Gewinne werden teilweise an die Kommunen abgeführt.

Die Sparkassen sind vom Europarecht in doppelter Hinsicht betroffen. Auf der einen Seite von den verschiedenen Richtlinien für den Bankensektor, welche eine Liberalisierung des Bankensektors als Ziel haben. Sie sollen also mit privaten Banken gleichgestellt werden. Andererseits stellen sie eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand dar und sind öffentliche Auftraggeber. Dies hätte zur Folge, dass sie den Regelungen der EU für den öffentlichen Sektor unterliegen würden, beispielsweise bei der oben dargestellten Ausschreibungspflicht.

Wir GRÜNE zeigen auf allen Ebenen – von der Kommune bis hin zur Europäischen Union – Flagge für den Erhalt der

öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Eine Privatisierung der Sparkassen lehnen wir ab. Das deutsche dreigliedrige Bankenwesen mit seinen drei Säulen Sparkassen, Geschäftsbanken und Genossenschaftsbanken hat in der aktuellen Finanzkrise einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des deutschen Finanzsektors geleistet. Sparkassen übernehmen mit ihrer gemeinwohlorientierten Ausrichtung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung. Das Regionalprinzip gewährleistet eine flächendeckende und kundennahe Versorgung der Menschen mit Finanzdienstleistungen, auch in ländlichen und strukturschwachen Gebieten. Für Handwerkerinnen und Handwerker, kleine Unternehmen und den Mittelstand vor Ort sind die Kredite von Sparkassen unverzichtbar. Sparkassen ermöglichen auch sozial schwächeren und benachteiligten Bevölkerungsgruppen Zugang zu Finanzdienstleistungen. Sie sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Öffentlich-rechtliche Banken haben im Gegensatz zu ihren privaten Konkurrenten einen klar definierten Auftrag: Sie müssen eine allgemeinwohlverpflichtete Geschäftspolitik betreiben. Sie müssen aber auch grüner und sozialer werden und stärker als bisher eine Vorreiterrolle bei innovativen Finanzansätzen wie nachhaltigem Investment oder der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen. Ebenso muss klar sein, dass nicht alles so bleiben darf wie bisher: Eine zukunftsfähige Sparkassenstruktur muss eine hohe Transparenz und angemessene öffentliche Kontrolle gewährleisten.

Reformbedarf besteht vor allem aber bei den Landesbanken: Nach dem Wegfall der Staatsgarantien fehlt vielen Landesbanken ein tragfähiges Geschäftsmodell. Nicht zuletzt deswegen haben sie sich in hochriskante Kapitalmarktgeschäfte gewagt – die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kommen nun für die Folgen dieser verfehlten Geschäftspolitik auf. Die Reform der Landesbanken hin zu einem beziehungsweise einigen wenigen Zentralinstituten für die Sparkassen ist – auch aus europarechtlicher Sicht – überfällig.

Transparenz von EU-Fördermitteln

Die Entwicklungen in den Kommunen stehen auch in Abhängigkeit verschiedener Förderprogramme der EU. Alle Empfänger von EU-Fördermitteln müssen in der aktuellen Förderperiode veröffentlicht werden. Dieser Verpflichtung kann sich auch Deutschland nicht mehr länger entziehen. Die Empfängerlisten müssen von den Programmverwaltungen in den Bundesländern nun endlich lückenlos veröffentlicht werden.

Um in der Projektauswahl mehr Transparenz zu erzielen, fordern wir schon zu einem früheren Zeitpunkt Einblick und Informationen zu den Entscheidungsprozessen bei der Vergabe von Fördermitteln. Dafür sind folgende Punkte relevant:

- Kriterien für die Projektbewertung, die mit dem Begleitausschuss vereinbart werden
- Einsicht in Projektanträge und Möglichkeit, zusätzliche Informationen zur Berücksichtigung anzufordern
- Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen der Bewilligungsstellen
- Stärkere Ausrichtung in Richtung Klimaschutzpolitik
- Eine umfassende Beteiligung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner sowie weiterer betroffener NGOs in allen Phasen der Programmumsetzung (Vorbereitung, Monitoring, Bewertung, Vollzug) ist Voraussetzung für höchstmögliche Transparenz. Den Partnern muss daher in den Begleitausschüssen Stimmrecht gegeben werden und in dieser Funktion müssen sie Zugang zu allen relevanten Unterlagen haben.
- Die Förderprogramme müssen sich der Diskussion mit der Öffentlichkeit stellen, das heißt, dass öffentliche Konsultationen durchgeführt werden müssen, deren Ergebnisse dokumentiert werden (Rechtfertigung der Verwaltung bezüglich der Berücksichtigung der Stellungnahmen).
- Eine Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung muss ebenfalls der Öffentlichkeit vorgelegt werden, die Auskunft über die Umweltwirkung der Förderprogramme gibt.

Mehr Demokratie für die Metropolregionen

Die Metropolregionen übernehmen immer mehr die Rolle von Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. So begrüßenswert diese Form der europäischen Regionalisierungsdynamik ist, ihr fehlt die demokratische Begleitung und damit die politische Legitimation für ihr Handeln. Das hat – nicht zuletzt aufgrund der EU-seitig zunehmend auf regionale Zusammenhänge ausgerichteten Förderprogramme und -maßnahmen – ein Aushöhlen der kommunalen Selbstverwaltung zur Folge. In der derzeitigen Verfasstheit springt das Konzept der Metropolregionen zu kurz, da es ökologische und soziale Entwicklungsaspekte einseitig zu Gunsten ökonomischer Standortfaktoren vernachlässigt.

Kreative Städte

Die Zukunft der europäischen Städte hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, Netzwerke der Kreativität und Innovation in den Kommunen zu entwickeln.

Kreative Städte, das heißt tolerante und weltoffene Städte, die den Nährboden für Kreativität und Innovation geben, sind für uns GRÜNE nicht nur solche, in denen ausschließlich die sogenannten High Potentials, die Eliten für technologische Innovationen gefördert werden. In einer zunehmend komplexen und unübersichtlichen Welt muss die Kommune Sicherheit und demokratische Mitbestimmung für ihre Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Um »Sicherheit in Vielfalt« gewährleisten zu können, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, allen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu bieten, sich zu bilden, an Kultur und gesellschaftlichem Leben selbstbestimmt teilhaben können. Um Armut präventiv zu bekämpfen, muss auch die Bereitstellung von Infrastruktur sichergestellt sein. Über flächendeckende und qualitativ anspruchsvolle Kinderbetreuung. Und über Einrichtungen zur Bildung und Weiterbildung.

6. Nachhaltig Wirtschaften. Für einen Grünen New Deal

Wir erleben derzeit die schwerste Finanzkrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die Konsequenz eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dem der Globalisierung und Entfesselung der Wirtschaft und der Finanzströme keine Globalisierung der sozialen und ökologischen Einhegung der Märkte folgte.

Nun gilt es, Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise zu ziehen – auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise gemeinsam zu bewältigen. Sie sind das Ergebnis globalen Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten.

Es ist jetzt an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen, dass wir für die Herausforderungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden.

Wir setzen auf einen Grünen New Deal. Mit ihm wollen wir wegkommen von nur reaktiven Antworten auf die genannten Krisen. Der Grüne New Deal als globale Strategie setzt auf proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Im Rahmen dieser Strategie wollen wir mit einem konzentrierten sozial-ökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse

gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen. Hierbei soll auch die Verantwortung der reichen für die Entwicklungsländer berücksichtigt und praktisch eingelöst werden.

Dabei sind nicht nur die Krisen zu bekämpfen, sondern auch die Krisenanfälligkeit. Dazu müssen Strukturen offen gelegt und entflochten werden. Dazu brauchen wir mehr lokales, unabhängiges Wirtschaften. Dazu wollen wir mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen.

Schließlich geht es um grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem. Das betrifft die Regeln für Finanzakteure und Finanzprodukte, die staatliche Finanzaufsicht und die Rating-Agenturen, den öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor, den Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten und die Regeln für Managervergütung und Managerhaftung. Es schließt aber auch eine neue Weltfinanzarchitektur ein und eine europäische Wirtschaftspolitik, die Diskussion über künftige Wechselkurspolitik, die Austrocknung von Steueroasen und die Einführung einer Finanzumsatzsteuer. Mittelfristiges Ziel muss es sein, eine europäische und internationale Finanzarchitektur zu schaffen, die Kapitalströme in langfristige, soziale, ressourcenschonende und ökologisch ausgerichtete Investitionen lenkt.

Auf der europäischen Ebene brauchen wir in den kommenden Jahren Reformen bei der Regulierung des Bankensektors. Insbesondere müssen außerbilanzielle Zweckgemeinschaften stärker reguliert sowie die Eigenkapitalvorschriften von BASEL II antizyklisch gestaltet werden.

Europa hat einen einheitlichen Binnenmarkt für den überall die gleichen Regeln gelten. Es gibt wenig Bereiche, die inzwischen so europäisiert sind, wie unser Wirtschaftsleben. Dieser gemeinsame Markt hat viel Dynamik gebracht. Deutschland hat als Exportnation davon besonders profitiert. Aber auch in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten hat der Beitritt zur EU ökonomisch genutzt und es wurden neue Erwerbsarbeitsplät-

ze und Wohlstand geschaffen, die Löhne sind dort gestiegen. Nachdem in der Vergangenheit viel Kraft darauf verwendet wurde, diesen gemeinsamen Markt herzustellen und Barrieren für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr abzubauen, kommt es jetzt drauf an, ihn im Sinne der Nachhaltigkeit und sozial gerecht auszugestalten und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

Ein funktionierender Binnenmarkt braucht eine wirksam europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik. Mit einer solchen Koordination wäre die EU weniger anfällig gegen Krisen und die Arbeitslosigkeit niedriger. Die Europäische Union – und insbesondere die Euro-Zone – kann sich gegenläufige wirtschaftspolitische Strategien selbst der ökonomisch stärksten Mitgliedsländer nicht mehr leisten.

Mehr Nachhaltigkeit im Binnenmarkt bedeutet auch, dass wir GRÜNE einerseits die Marktkräfte intensivieren wollen, indem wir mehr Wettbewerb in verkrustete Strukturen tragen. Andererseits müssen wir dem Wettbewerb mehr oder bessere Regeln geben, um ungesteuerte Kräfte zu bändigen. Wir wollen in Europa eine grüne Marktwirtschaft und keine entfesselte Ökonomie oder einen neuen Protektionismus. Europa darf sich nicht abschotten, sondern muss sich in der globalen Arbeitsteilung besser positionieren. Das bedeutet: Europa muss wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umwelttechnologie sowie starke Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und Minimalstandards setzen. Eine solche Lohn- und Standortkonkurrenz darf weder innerhalb der EU noch im globalen Wettbewerb als Zielperspektive unser Handeln bestimmen.

Wir wollen Europas Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Ziel grüner europäischer Verbraucherpolitik sind gut informierte und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich im europäischen Binnenmarkt souverän bewegen und verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen. Unsere Konsumwelt ändert sich rasant: Neue Produkte, neue Kommunika-

tionsmöglichkeiten und neue Dienstleistungen verändern unser Leben viel stärker als erwartet. Die alltägliche Kaufentscheidung am Markt hat vielfältige Folgen. Bewusster Konsum und ein wacher Blick auf die Art der Herstellung eines Produktes beeinflussen Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen weltweit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich immer als die Partei verstanden, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine politische Stimme gibt, ihre Rechte stärkt und Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv einzumischen. Es waren GRÜNE, die das Biosiegel in der EU maßgeblich durchgesetzt haben. Und es waren GRÜNE, die konsequent für Datenschutz kämpften. Und ohne ihren Einsatz hätte niemand gegen den massiven Widerstand der Chemieindustrie und der Agrarverbände durchgesetzt, dass hochgefährliche Pestizide zukünftig verboten sind. Die GRÜNEN im Europäischen Parlament sorgen für eine effektive Kontrolle in einem Binnenmarkt mit freiem Warenverkehr. Sie sorgen dafür, dass Verbraucherinteressen nicht nur punktuell wie bei Handygebühren bei Auslandstelefonaten berücksichtigt werden, sondern systematisch bei kniffligen Energiefragen, neuen Fahrgastrechten, modernen Gesundheitsdienstleistungen, gesunder Ernährung, Finanzdienstleistungen oder innovativer Informationstechnologie. GRÜNE stehen für den Kampf gegen Abzocke, den Schutz vor Täuschung und davor, dass die Vorteile des Binnenmarktes nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen dürfen.

Bretton Woods II: Für eine neue globale Finanzordnung

Die aktuelle Krise zeigt, dass Globalisierung ohne klare, verbindliche Regeln aus dem Ruder läuft – zu Lasten von wirtschaftlicher Stabilität, Arbeitsplätzen, sozialem Zusammenhalt und natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb wollen wir im Rahmen des Grünen New Deal eine neue globale Finanzordnung, ein Bretton Woods II. Die gerechte Neuordnung der internationalen Finanzmärkte wird nicht gelingen, wenn Europa unkoordiniert handelt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass

Europa bei den anstehenden internationalen Verhandlungen mit einer Stimme spricht. Diese Verhandlungen dürfen nicht ohne die Schwellen- und Entwicklungsländer stattfinden. Unser Ziel ist es, ihnen in der neuen Finanzordnung – anders als heute – eine deutliche Stimme zu verleihen.

Reform des Währungssystems

Wir wollen das globale Währungssystem reformieren. In den letzten Jahren ist ein Mischsystem aus freien und festen Wechselkursen entstanden, das zur Destabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte beigetragen hat. In dieser Zeit schwankten die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen enorm. Dies hat realwirtschaftliche Investitionen verunsichert und Handelsflüsse verzerrt, was insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungs- und Schwellenländern negativen Einfluss hatte. Jetzt in der Krise hat der massive Wertverlust ihrer Währungen die Situation in mehreren Ländern verschärft. Wir GRÜNE halten deshalb eine Diskussion darüber für notwendig, ob nicht ein System stabilisierter Wechselkurse vorteilhaft wäre.

Besondere Beachtung bei der Neugestaltung der Weltfinanzarchitektur muss den Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder zukommen. Diese Länder können von funktionierenden globalen Kapitalmärkten und besonders von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Doch gerade für diese Länder ist Stabilität von entscheidender Bedeutung. In der Vergangenheit kam es jedoch immer wieder zu vom Finanzmarkt getriebenen Zyklen, in denen zuerst große Mengen Kapital in diese Länder flossen, um dann bei der ersten schlechten Nachricht fluchtartig wieder aus dem Land zu strömen – mit desaströsen Folgen. Deshalb müssen diese Länder die Möglichkeit erhalten, grenzüberschreitende Kapitalströme zu kontrollieren.

Für eine europäische Wirtschaftspolitik

Wir GRÜNE wollen den europäischen Integrationsprozess in der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik vorantreiben. Die Europäische Union, und noch viel stärker die Euro-Zone sind eine engstens verflochtene Wirtschaftszone. Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, eng vernetzter Finanzmärkte und einer Währungsunion hat viel wirtschaftliche Dynamik entfesselt. Zugleich ist jedoch mehr denn je klar, dass eine solche enge wirtschaftliche Integration nachhaltig und sozial nur dann funktionieren kann, wenn auch die politische Steuerung auf dieser Ebene funktioniert. Hier herrschen in der Europäischen Union erschreckende Defizite. Wer ist beispielsweise zuständig, wenn eine europäische Großbank vor dem Kollaps steht? Wer sollte eingreifen, um zu verhindern, dass das Platzen der spanischen oder britischen Immobilienblase die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa gefährdet? Warum ist der Finanzbinnenmarkt nur für die Anbieter lohnend, während der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern in der Regel an der Grenze endet? Diesen Problemen steht die EU ohne geeignete Instrumente gegenüber, und sie droht ihre durch die hohe Finanzmarktintegration geschaffenen Vorteile zu verspielen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere und vor allem eine bessere Wirtschaftskoordination auf europäischer Ebene ein. Dazu braucht es zumindest in der Euro-Zone eine europäische Wirtschaftspolitik, ohne allerdings damit die Europäische Union zu spalten. Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten eng aufeinander abgestimmt sind. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. An diesem Prozess müssen auch die Sozialpartner – also die europäischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände – beteiligt werden, da langfristig auch die Lohnverhandlungen stärker europäisch koordiniert werden müssen. Außerdem wollen

wir GRÜNE die makroökonomischen Leitlinien einer europäischen Wirtschaftspolitik unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutieren und parlamentarisch mitentscheiden lassen. Die Aufgabenstellung der Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist – neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen.

Der Integration der Finanzmärkte müssen die EU-Mitgliedsländer eine entsprechende Aufsichtsstruktur folgen lassen. Nur so ist eine schnelle Reaktion im Notfall gesichert.

Europäische Finanzumsatzsteuer

Mit einer europäischen Finanzumsatzsteuer wollen wir zu mehr Stabilität an den Finanzmärkten beitragen. Eine solche Steuer würde bestimmte spekulative Geschäfte, bei denen sehr schnell gekauft und verkauft wird und so hohe Umsätze entstehen, unrentabel machen. Reale Geschäfte, die einen viel langfristigeren Horizont haben, würden jedoch kaum belastet. Die Finanzumsatzsteuer entwickelt somit die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale Geschäfte zwischen Währungsräumen gedacht war, und eine Börsenumsatzsteuer, die nur Umsätze an Börsenplätzen einbezog, weiter. Denn heute sind nicht mehr die Währungsspekulation und die Umsätze an Börsen die alleinigen Probleme, sondern gerade der Handel mit Derivaten an unregulierten Märkten. Die Einnahmen einer solchen Steuer sollten zum größten Teil direkt in das EU-Budget fließen. Dadurch würden die Gewinner der Binnenmarktintegration die Maßnahmen des sozialen und regionalen Zusammenhalts in Europa (Sozialfonds, Regionalfonds) finanzieren, die bisher aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten und damit aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden. Das Aufkommen aus der Besteuerung der Finanztransaktionen kann zudem einen Teil der entwicklungspolitischen Maßnahmen des Grünen New Deal finanzieren. Einen Teil des Aufkommens soll jedoch

auch an die Nationalstaaten fließen, damit diese einen Anreiz zu einer vollständigen Erhebung der Steuer haben.

Europäische und internationale Steueroasen austrocknen

Wir wollen einen EU-Aktionsplan, der Steueroasen austrocknet, von denen sich viele in der Europäischen Union befinden, von ihren Mitgliedstaaten abhängig sind oder in direkter Nachbarschaft liegen. Gemeinsam mit der OECD muss notfalls mit Sanktionen und rechtsverbindlichen Verpflichtungen zur Zusammenarbeit Druck auf die Steueroasen und ihre Nutznießerinnen und Nutznießer ausgeübt werden. Wenn ein Konsens in der OECD nicht zu erreichen ist, müssen die entschlossenen Staaten mit Maßnahmen vorangehen.

Managervergütung neu regeln

Wir wollen die Managervergütung neu regeln. Selbst noch in der Krise erwecken Manager einiger Firmen den Eindruck, dass ihnen ihr Geldbeutel wesentlich näher ist als die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen.

Die bisherigen Boni-System in der Managervergütung haben die Kurzfristorientierung der Unternehmen massiv befördert. Als einen Beitrag zu nachhaltigerem Wirtschaften wollen wir die Vergütung von Managerinnen und Managern stärker an langfristigen und nachhaltigen Kriterien ausrichten, zum Beispiel indem Aktien, die als Bezahlung ausgegeben werden, über einen Mindestzeitraum gehalten werden müssen. Sollten die Unternehmen nicht selbst tätig werden, werden wir GRÜNE uns für gesetzliche Regelungen stark machen.

Rating-Agenturen stärker regulieren

Wir wollen, dass Rating-Agenturen Interessenskonflikte offen legen müssen, Beratung und Bewertung trennen sowie Angaben zur Qualität des Ratings machen. Dass Rating-Agenturen

in der Vergangenheit die von ihnen gestalteten Finanzprodukte bewertet haben, ist eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise auf den Finanzmärkten.

Finanzinstitutionen reformieren, Nachhaltigkeit in Wirtschaftspolitik verankern

Wir wollen, dass die EU-Staaten mit einer Stimme in den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF sprechen. Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig ein EU-Sitz in diesen Organisationen eingerichtet wird. Dass dort immer noch die europäischen Einzelstaaten sitzen, ist ein Anachronismus. Ähnliches gilt auch für die unterschiedlichen europäischen Förderbanken. Die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollen zusammengeführt werden.

Verbraucherschutz im Finanzmarkt: Für eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht

Mit dem gemeinsamen Binnenmarkt gibt es in Europa auch einen gemeinsamen Finanzmarkt. Dieser gemeinsame Finanzmarkt verfügt jedoch nicht über eine entsprechende Aufsichtsstruktur. Deshalb sind klare Verantwortlichkeiten, Rechtssicherheit und eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Aufsichtsbehörden notwendig. Wir brauchen endlich eine europäische Banken- und Finanzaufsicht, die auch dem Verbraucherschutz verpflichtet ist. Nur so lässt sich verhindern, dass der Wettbewerb auf dem Finanzmarkt zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Standards verkommt. Es geht dabei nicht darum, die nationalen Bankenaufsichten, wie die deutsche Bafin, abzuschaffen und jede kleine Sparkasse einem europäischen Kontrollregime zu unterstellen. Wir wollen aber, dass eine Europäische Finanzaufsicht denjenigen Banken und Finanzinstitute auf die Finger schaut, die längst in ganz Europa tätig sind.

Wir brauchen klare und verlässliche Regeln für den immer

komplizierter werdenden Markt von Finanzprodukten. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihrem Geld passiert. Zudem wollen wir, dass die Rechte für geschädigte Kunden von Banken und Versicherungen gestärkt werden.

Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der europäischen Steuerpolitik: Was in der EU erwirtschaftet wird, das muss auch innerhalb der EU voll versteuert werden. Es kann beispielsweise nicht sein, dass sich deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger durch Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen. Weil der steuerpolitische Fortschritt existenziell ist, um die Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber wirtschaftlichen Prozessen zurückzugewinnen, sind wir auch bereit, in diesem wichtigen Bereich der Steuerpolitik im Rahmen einer so genannten flexiblen Zusammenarbeit voranzugehen.

Wettlauf der Steuersysteme beenden, gemeinsame Bemessungsgrundlage schaffen

Wir wollen den Wettlauf der Steuersysteme beenden. Kapital ist im Binnenmarkt mobil. Das hat einerseits zur Folge, dass Standorte miteinander um Investitionsentscheidungen konkurrieren. Andererseits können Unternehmen, die Standorte in verschiedenen Ländern der EU haben, ihre Geschäfte so bilanzieren, dass die Steuerzahlungen an den Orten mit den niedrigsten Sätzen fällig werden. Wir wollen nicht, dass allein Vermögende und große Unternehmen vom Binnenmarkt profitieren, weil sie mit ausgeklügelten Systemen Steuervorteile und -schlupflöcher nutzen. Das ist nicht nur gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Wirtschaft und Beschäftigung bilden. Eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage für ausge-

wählte Steuern ist eine wichtige Grundlage um den ruinösen Wettlauf der Steuersysteme um die geringsten Standards zu beenden.

Einen Mindestsatz für Unternehmensteuer einführen

Wir wollen bei der Unternehmensteuer einen europäischen Mindestsatz festlegen. Die Zinsrichtlinie muss mit ihrem Prinzip des automatischen Informationsaustausches auf alle Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, alle Kapitaleinkommensarten und alle Rechtsformen angewendet werden.

»One-stop-Shops« einrichten

Wir wollen, dass in grenznahen Regionen – aber nicht nur da – zentrale Anlaufstellen (»One-stop-Shops«) eingerichtet werden, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Fragen grenzüberschreitender Besteuerung kostenlose und verbindliche Auskunft über konkrete Steuer- und Zollfragen bieten.

Haushaltspolitik reformieren – stabile Einnahmen sichern, mehr Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung

Wir wollen einen grundsätzlichen Wechsel in der EU-Haushaltspolitik. Bisher hängt der Haushalt am Tropf der EU-Mitgliedstaaten, die Haushaltsverhandlungen verlaufen daher wie auf einem Basar, auf dem jedes Land versucht, möglichst große Teile vom Kuchen für sich herauszuschlagen.

Wir wollen den EU-Haushalt mittelfristig aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern finanzieren. So ist etwa bereits heute die Bemessungsgrundlage für die Mineralölbesteuerung EU-weit harmonisiert und den Mitgliedstaaten sind Mindeststeuersätze vorgeschrieben. Von diesem Aufkommen soll ein Teil an die EU abgeführt werden. Eine zweite Säule ist die Finanztransaktionssteuer, mit der wir die Finanzunternehmen,

die besonders stark vom gemeinsamen europäischen Markt profitieren, zu einer direkten Finanzierung der EU heranziehen. Hinzu käme eine europäische Kerosinbesteuerung. Diese Einnahmen können den EU-Haushalt komplett finanzieren. Damit wird er stabil und verlässlich.

Die Ausgaben wollen wir in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und in Bildung umlenken. Jährlich fließen riesige Summen in die gemeinsame Agrarpolitik. 2008 waren das 54 Milliarden Euro, die wir zugunsten des ländlichen Raums umschichten und an ökologische und soziale gesellschaftliche Leistungen binden wollen. Fördern wollen wir Maßnahmen, die dem Klimaschutz zugute kommen, Arbeitsplätze sichern oder die Kulturlandschaft erhalten. Insgesamt wollen wir alle Ausgaben auf ihre positiven ökologischen und sozialen Effekte ausrichten. Dies betrifft in erster Linie die Agrar- und Strukturpolitik, die auch bis 2013 noch rund 80 Prozent der EU-Ausgaben ausmachen. Insgesamt legen wir Wert darauf, dass EU-Mittel geschlechterparitätisch vergeben werden.

Strukturfonds – Schlüssel für die Entwicklung Ostdeutschlands

Die Strukturfonds haben in den letzten Jahren zur Regionalentwicklung besonders in den östlichen Bundesländern beigetragen. Allerdings sind auch erhebliche Mittel in Projekten verschwendet worden. Wir wollen daher zukünftig die Rahmenbedingungen für die Strukturfonds verändern. Ziel ist es, zu verhindern, dass EU-Mittel in unwirtschaftliche Projekte wie ungenutzte Gewerbegebiete und überdimensionierte Kläranlagen fließen oder nur dazu benutzt werden, Produktionsanlagen zu verlagern. Für die nächste Finanzperiode soll durch angepasste strategischen Richtlinien ein höherer Anteil der Mittel für nachhaltige Projekte das heißt Investitionen in Erneuerbare Energien, Energiesparen, Energieeffizienz und in umweltfreundliche Mobilität verwendet werden. Der Straßenaus- und -neubau soll ausgeschlossen werden.

Kein Geld für Subventionsbetrüger

Wir wollen, dass Subventionsbetrug und Korruption Folgen haben. Sie müssen von öffentlichen Aufträgen und als Empfängerinnen und Empfänger von EU-Mitteln ausgeschlossen sein. Dazu fordern wir, dass die Kommission eine Schwarze Liste mit entsprechenden Unternehmen und Personen erstellt und veröffentlicht, die dann von öffentlichen Aufträgen und als Empfängerinnen und Empfänger von EU-Mitteln ausgeschlossen sind.

Wir setzen uns ein für genossenschaftliche und selbstverwaltete Unternehmungen sowie für eine echte Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Entscheidungen in Unternehmen. Die lokale Kreditvergabe, die Vergabe von Klein- und Mikrokrediten sollen weitestgehend unterstützt werden. Dadurch wird das Engagement der Menschen vor Ort gefördert und die Abhängigkeit von Entscheidungen der Finanzmärkte verringert. Wir wollen mit den Instrumenten der Wettbewerbspolitik den Konzentrationsprozessen und der zunehmenden Verflechtung, vor allem auch im Finanzsektor, entgegenwirken. Wir fordern die Einführung eines internationalen Kreditregisters, das einen Überblick über die wesentlichen Kapitalverflechtungen zwischen Banken, Fonds und Versicherungen bieten soll.

Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen

Wir wollen Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen. Innerhalb der nächsten Jahre wollen wir Europa mit seiner breiten industriellen Tradition zum attraktivsten Standort für industriennahe Gründungsfinanzierungen machen. Denn nur mit einer ambitionierten Finanz- und Gründungspolitik können wir die Unternehmen stärken, die den ökonomischen Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften forcieren. Wir wollen spezielle Unterstützungsfonds und Ri-

sikokapital für Start-ups im Bereich nachhaltiger Produkte und Produktion zur Verfügung stellen und dabei ein besonderes Augenmerk auf Innovationstreiber und die Kreativwirtschaft legen. Schwerpunkte sollten dabei auch die Unterstützung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern und Unternehmen von Migrantinnen und Migranten sein.

Neue technische Möglichkeiten, wie beispielsweise 3-D-Drucker (rapid prototyping) ermöglichen es, Gegenstände und Geräte zunehmend individuell und dezentral anzufertigen. Wir möchten das darin schlummernde kreative, wirtschaftliche und ökologische Potenzial durch eine gezielte Förderung von Forschung und Anwendung dieser Technologien wecken.

Nachhaltig investieren

Wir wollen eine gezielte Qualifizierungsoffensive für Finanzexpertinnen und Finanzexperten im Bereich nachhaltiger Investments anstreben, die wir EU-weit zertifizieren wollen. In letzter Zeit boomen ökologische und nachhaltige Investmentfonds. Aber nicht immer ist auch Öko drin, wenn Öko draufsteht. Wir möchten darum auf europäischer Ebene für alle Publikums- und Rentenfonds Standards einführen, die die Qualität des nachhaltigen Investments garantieren, verständlich darstellen und darüber verständlich informieren. Wir wollen für börsennotierte Unternehmen in Europa einheitliche und ambitionierte Transparenz- und Unternehmensstandards (Good Corporate Governance) schaffen. Dies dient dem Schutz der Anlegerinnen und Anleger und der Aktionärsdemokratie und schafft Vertrauen in eine transparente und umsichtige Unternehmensführung auch für KundInnen und ArbeitnehmerInnen der Unternehmen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern

Wir wollen ein Europa der starken Regionen als Zentren einer ökologischen Kreislaufwirtschaft. Statt diese zu EU-Fördermittelempfängern zu degradieren, wollen wir sämtliche Wirt-

schaftsbereiche regionalisieren, die sich hierfür eignen, wie z.B. große Teile der Lebensmittel- und Güterproduktion sowie viele Dienstleistungen. Mit der Regionalisierung schaffen wir ein Gegengewicht zur Globalisierung der Wirtschaft. Durch eine verursachergerechte Kostenbelastung des Transportsektors erreichen wir kurze Wege innerhalb von Waren- und Dienstleistungskreisläufen. Die EU-Landwirtschaftspolitik und die EU-Strukturfonds wollen wir auf die Ziele nachhaltige Entwicklung und schonenden Umgangs mit Ressourcen anstelle von Wachstum um jeden Preis verpflichten.

Bessere Orientierung für Verbraucherinnen und Verbraucher

Wir wollen dazu beitragen, dass sich Verbraucherinnen und Verbraucher im Konsumdschungel des europäischen Binnenmarktes besser orientieren können. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, zu erfahren, wo und unter welchen Bedingungen die Waren des täglichen Verbrauchs produziert werden. Wir fordern die Einführung eines Nachhaltigkeits Siegels, das die ökologischen und sozialen Kosten einer Ware deutlich erkennbar macht und eine Herstellung ohne Kinderarbeit garantiert, sowie die Einführung einer verpflichtenden Herkunftsbezeichnung für Verbraucherprodukte.

Europäische Sammelklagen möglich machen

Wir wollen die Möglichkeit europäischer Sammelklagen. Denn viele Konsumentinnen und Konsumenten scheuen bislang wegen möglicher hoher Kosten und scheinbar übermächtiger Gegner einen Rechtsstreit.

7. Gesellschaft gestalten. Der grüne Weg für Demokratie und Bürgerrechte

Wir wollen ein Europa der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, ein Europa, das geprägt ist von einer Kultur der Anerkennung und Teilhabe aller Menschen. Wir wollen eine moderne Gesellschaftspolitik in Europa auf der Grundlage der Bürger- und Menschenrechte. Bislang war die europäische Zusammenarbeit zu oft ein Projekt der Regierungen, das vor allem hinter verschlossenen Türen stattfand. Wir wollen das ändern. Wir GRÜNE wollen die europäischen Entscheidungsstrukturen demokratisch und transparent machen und dem Europäischen Parlament volle Rechte geben. Dazu gehören vor allem das für Parlamente in demokratisch verfassten Staatsstrukturen unerlässliche Gesetzesinitiativrecht und die umfassende Haushaltskompetenz.

Das Europäische Parlament ist die Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Doch viel zu oft stehen bei den Wahlen nationale Themen und Konflikte im Vordergrund. Wir wollen mehr europäische Öffentlichkeit und setzen uns daher dafür ein, dass künftig ein Teil der Sitze über europäische Listen gewählt wird. Dies würde auch dazu führen, dass europaweite Kandidatinnen und Kandidaten und Themen stärker in Erscheinung treten können.

Am Ziel einer echten Verfassung für Europa, die Bürgerrechte garantiert und die EU transparenter und demokratischer macht, halten wir fest. Dazu ist der Vertrag von Lissabon eine wichtige Grundlage.

Es muss klar sein, wer für welche Entscheidung verantwortlich ist. Es muss klar sein, welche Interessenvertretungen auf die Politikgestaltung in Brüssel Einfluss nehmen. Es muss genauso klar sein, wer aus den EU-Agrar- oder Strukturfondstöpfen

Gelder erhält. Denn Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit von Verantwortung und Verfahren sind wesentliche Elemente jeder Demokratie. Eine europäische Öffentlichkeit werden wir nur dann erreichen, wenn gemeinsame öffentliche Debatten über europäische Politik stattfinden und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme europäische Politik auch mitgestalten können. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger aktiv die europäische Idee unterstützen, kann die europäische Einigung gelingen. Wir wollen dies mit vielfältigen Beteiligungsformen, vom europäischen Bürgerbegehren, über EU-weite Referenden bis hin zum europäischen Bürgerentscheid erreichen.

Die Grundrechtecharta, das Herzstück des Vertrags von Lissabon, wurde während der rot-grünen deutschen Ratspräsidentschaft von uns auf die Agenda gesetzt und von den GRÜNEN im Europaparlament maßgeblich vorangebracht. In ihr finden sich die Grund- und Freiheitsrechte, die eine europäische Wertegemeinschaft ausmachen. Sie verdeutlicht, dass die Achtung der rechtstaatlichen Grundsätze ein Grundelement der EU und eine Grundbedingung der Mitgliedschaft in der EU ist. Und sie stärkt die Glaubwürdigkeit einer regional und global agierenden EU. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben auch von Menschen mit Behinderung ein – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dafür wollen wir auf europäischer Ebene eine eigenständige Politik für Menschen mit Behinderung basierend auf den Menschen- und Bürgerrechten etablieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Unterzeichnung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die EU-Kommission, das Menschen mit Behinderungen endlich als Träger von Rechten anerkennt. Als einen weiteren Schritt halten wir es für unabdingbar, dass der Rat dem Vorschlag über einen Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Übereinkommen und zum Fakultativprotokoll zustimmt. Es ist absurd, wenn ausgerechnet DIE LINKE das Projekt der europäischen Integration immer wieder als neoliberal brandmarkt, aber dann den Vertrag von Lissabon mit der Grundrechtecharta mit Füßen tritt und damit eine Politik

verhindern will, die die Rechte der Einzelnen gegen staatliche Willkür und gegen die Willkür des Marktes stärkt. Doch auch ohne den Lissabon-Vertrag gelten in der EU Grundrechtsstandards und Rechtsstaatlichkeit. Zur Durchsetzung dieser Rechte setzen wir uns für den effektiven individuellen Rechtsschutz vor dem Europäischen Gerichtshof ein.

Demokratie lebt nicht nur von Beteiligung und von Verfahren, sondern auch davon, dass die Rechte der und des Einzelnen gegenüber anderen und gegenüber staatlichen Strukturen gewahrt bleiben und geschützt sind – auch gegen Anfeindungen von Außen und im Hinblick auf den internationalen Terrorismus. Es darf keine Erosion von menschenrechtlichen Standards im Kampf gegen den Terrorismus geben, sonst verlieren wir am Ende Freiheit und Sicherheit. Insbesondere dem zunehmenden Eingriff von Staat und Wirtschaft in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger muss Einhalt geboten werden. In Brüssel werden täglich Entscheidungen getroffen, die auch die Grund- und Bürgerrechte in Deutschland berühren – sei es der Austausch von Daten oder die Auslieferung nach dem Europäischen Haftbefehl. Für uns ist klar, dass die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz Hand in Hand gehen muss mit eindeutigen Garantien zum Schutz der Bürgerrechte. Ein weiterer Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen und Anordnungen im Strafverfahren muss mit verbindlichen, europaweit geltenden Verfahrensrechten für grenzüberschreitende Strafverfahren einhergehen. Das Europäische Parlament soll hierbei mitentscheiden können. GRÜNE kämpfen beim Datenschutz für europaweit verbindliche hohe Standards mit den entsprechenden Rechten für die Bürgerinnen und Bürger. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre und Schutz seiner Daten.

Es ist ein Kernanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jede Art von Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen. Dies gilt für die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters oder einer Behinderung ebenso wie für religiös motivierte Ge-

walt, Antisemitismus, Homo- und Islamophobie und Rechts-extremismus. Dies umso mehr, als die Rechtsextremisten sich immer besser auf europäischer Ebene vernetzen und rechtsextreme Parteien und rechtspopulistische Strömungen in Europa zunehmen.

20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gilt es immer wieder, die Errungenschaften der Demokratie und Meinungsfreiheit zu verteidigen und einzufordern. Ob von einer Politik der Grund- und Bürgerrechte nur geredet oder aber ob sie gelebt wird, das zeigt sich vor allem im Umgang mit den Schwächsten einer Gesellschaft und insbesondere im Umgang mit Flüchtlingen, Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und weiteren Minderheiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Vielfalt als Reichtum. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Diskriminierung gestalten, eine Gesellschaft, die offen ist für Einwanderung und Integration durch Partizipation möglich macht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine europäische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die auf der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention basiert. Die derzeitige Abschottungspolitik der Europäischen Union an den EU-Außengrenzen steht in krassem Gegensatz zur Genfer Flüchtlingskonvention. Es darf nicht sein, dass Europa auf schutzsuchende Menschen mit der Aufrüstung der Grenzkontrollen und mit Abschottung reagiert, die bereits Tausende Tote gefordert hat. Für uns zählt die humanitäre Verantwortung. Wir wollen Menschenleben retten, Flüchtlinge schützen und das Grundrecht auf Asyl durchsetzen und stärken. Europa soll nicht als »Festung« gegen Flüchtlinge abgeschottet werden, sondern muss ein sicherer Zufluchtsort sein.

Nicht nur moralische, sondern auch ökonomische Gründe sprechen dafür, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Einwanderungspolitik modernisieren. Die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung nimmt drastisch ab. Eine legale Einwanderung ist ein Weg, den Anforderungen des Arbeitsmarktes nach Fachkräften zu begegnen. Migration sollte daher nicht immer nur als Problem, sondern vor allem als Chance für ein vielfältiges

Europa verstanden werden. Zudem muss die Situation von Millionen von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten verbessert werden, die innerhalb der EU in der Illegalität leben und oftmals weder in die sozialen Sicherungssysteme eingebunden sind, noch grundlegende politische Rechte wahrnehmen können. Ein modernes migrationspolitisches Konzept, das vor allem bei den Ursachen von Flucht und Migration ansetzt, muss eine Strategie zur Armutsbekämpfung und Konfliktverhütung beinhalten.

Politische Teilhabe für alle ermöglichen

Wir wollen alle Menschen, die in Europa leben, durch europäische Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weite Referenden an der Europapolitik beteiligen. Sie sollen nicht nur alle fünf Jahre über die Zusammensetzung des Parlaments entscheiden, sondern tatsächlich politisch mitentscheiden können. Das Bürgerbegehren, wie es jetzt schon im Vertrag von Lissabon enthalten ist, wollen wir ausweiten: Wir wollen, dass die Kommission nicht nur nachdenkt, wenn eine Million Bürgerinnen und Bürger eine Regelung wünschen, sondern dass sie eine konkrete Regelung vorlegen muss. Mit dem europäischen Bürgerentscheid können Bürgerinnen und Bürger einen konkreten Regelungsvorschlag machen, über den die EU-Kommission eine EU-weite Abstimmung durchführen muss.

Wahlrecht ausweiten

Wir wollen allen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern dort, wo sie leben, Wahlrecht geben. Auch dann, wenn dies nicht ihr Heimatland ist. Auf regionaler und nationaler Ebene sollen sie abstimmen dürfen, wenn sie seit mehr als fünf Jahren dort leben.

Auch Nicht-EU-Staatsbürger, die ihren ständigen Wohnsitz in der EU haben, sollen entsprechend der für EU-Bürger geltenden Fristen ein Kommunalwahlrecht erhalten und nach ma-

ximal fünf Jahren das Recht erhalten, die Staatsangehörigkeit des jeweiligen EU-Staates annehmen zu können. Wir GRÜNE wollen auch die Jugend stärker an den politischen Entscheidungen in Europa beteiligen. Deshalb wollen wir eine europaweit einheitliche Absenkung des aktiven Wahlalters bei kommunalen, nationalen und europäischen Wahlen auf 16 Jahre erreichen.

Grundrechte einklagbar machen

Wir wollen endlich den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Grundrechte auch gegen Akte der Europäischen Union einzuklagen zu können. Die rechtsverbindliche Grundrechtscharta als Bestandteil des Vertrages von Lissabon ist ein wichtiger Schritt dahin. Unabhängig von der Charta müssen die Gemeinschaftsgrundrechte für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger durch Individualbeschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar gemacht werden.

Wir wollen die Gleichbehandlung aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auch in den kommunalen Verwaltungen.

Menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik vorantreiben

Wir wollen, dass alle Menschen, die Schutz brauchen, ihn erhalten können. Deshalb fordern wir die konsequente Durchsetzung des Grundrechts auf Asyl auf europäischer Ebene. Die EU-Staaten sind in der Pflicht einen uneingeschränkten und allumfassenden Flüchtlingsschutz sicherzustellen. Schutzbedürftige müssen tatsächlich Einlass in die EU erhalten. Zudem setzen wir uns für ergänzende Instrumente bei der Flüchtlingsaufnahme ein. Hierzu zählt zum Beispiel die freiwillige Aufnahme von Menschen, die der UN-Flüchtlingskommissar in Drittstaaten bereits als Flüchtlinge anerkannt hat. Wir GRÜNE fordern zugleich eine gerechte und solidarische Teilung der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb Europas, unter Beachtung humanitärer Grundsätze, wie etwa des

Schutzes Minderjähriger, der aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgter Menschen und der Berücksichtigung nichtstaatlicher Verfolgungsgründe, unter denen meist Frauen leiden. Wir wollen eine deutliche Aufstockung der Mittel des Europäischen Flüchtlingsfonds und eine Konzentration der Mittelvergabe auf die Bereiche der Flüchtlingsaufnahme und Integration. Wir fordern die Überarbeitung der EU-Abschiebehafttrichtlinie.

Reformen bei Dublin II

Die Dublin-II-Verordnung ist ein Instrument der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als inhuman erachteten Drittstaatenregelung. Wir wollen eine Reform der EU-Rückführungsrichtlinie und insbesondere Bestimmungen zur Abschiebehaft für Minderjährige und der Wiedereinreisesperre zurücknehmen. Diese Richtlinie wurde von den konservativen Regierungen gegen den vehementen Widerstand der GRÜNEN im Europäischen Parlament verabschiedet. Bei der anstehenden Überarbeitung der Dublin-II-Verordnung werden GRÜNE sich für eine verbindliche Regelung einsetzen, die garantiert, dass Asylsuchende nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem internationale Flüchtlings- und Menschenrechtsstandards nicht eingehalten werden. In diesen Fällen muss das sogenannte Selbsteintrittsrecht für die Durchführung von Asylverfahren großzügiger angewandt werden.

Leben von Flüchtlingen retten

Wir wollen keine Militarisierung der Außengrenzen oder eine Flüchtlingsabwehrpolitik, wie sie bisher durch die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen« (FRONTEX) vorangetrieben wird. Es ist auch nicht hinzunehmen, dass weder nationale Parlamente noch das Europaparlament über genaue Informationen zu den FRONTEX-Einsätzen verfügen. Stattdessen setzen wir uns für eine neue humanitäre europäische Gesamtstrategie ein, bei der der eu-

ropäische Grenzschutz vergemeinschaftet wird, statt außerhalb demokratischer Kontrolle koordiniert zu werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen ohne Abstriche gelten. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit müssen in allen Bereichen der Flüchtlingspolitik sichergestellt sein, auch beim Grenzschutz in der EU.

Ein erster Schritt in dieser Richtung bedeutet beispielsweise, dass Personen, die unter FRONTEX-Kommando im Einsatz sind, unverzüglich und längst überfällig, eine adäquate Menschen- und Grundrechteausbildung im Umgang mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen erhalten. Wir fordern europaweit die Trennung von Polizei und Militär und eine enge Zusammenarbeit mit der von uns vorgeschlagenen Friedensagentur.

Auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben nach der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention das Recht, einen Asylantrag zu stellen. Das muss auch jenseits der Zwölf-Meilen-Zone ohne Abstriche gelten. Es ist zudem nicht hinnehmbar, dass FRONTEX Flüchtlingsboote unter fragwürdigen Umständen zur Rückkehr zwingt. Kapitäne, die aus Seenot retten und diese im Hafen eines Mitgliedslandes absetzen, dürfen nicht angeblicher Beihilfe zur unerlaubten Einreise strafrechtlich verfolgt werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Politik, bei der alle EU-Staaten Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen übernehmen. Investitionen in zivile Seenotrettung, Entwicklungshilfe, humane Unterbringung und Integration sind zielführender als teure Abschottungsmaßnahmen.

Einwanderungsmöglichkeiten schaffen

Wir wollen eine Einwanderungspolitik in der EU schaffen, die Einwanderung gestaltet, das Asylrecht schützt und Integration fördert. GRÜNE stehen für eine längerfristig angelegte Einwanderungspolitik – nicht nur für Höchstqualifizierte, die eine Bereicherung der EU in kultureller, demographischer und auch

ökonomischer Hinsicht darstellt. Daher lehnen wir die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission ab, da sie keine ausreichenden Möglichkeiten eines festen Aufenthalts in der EU beinhalten. Darüber hinaus fordern GRÜNE nationale Modelle zur sogenannten Punktemigration, die auf europäischer Ebene koordiniert werden. Es ist darauf zu achten, dass solche Einwanderungssysteme nicht Frauen beziehungsweise Menschen mit Familienpflichten oder Menschen mit Behinderungen benachteiligen.

Integration – Teilhabe fördern

Wir wollen die Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben für die auf Dauer in der EU lebenden Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge erweitern. Für den Erfolg einer aktiven Integrationspolitik hat die EU inzwischen wichtige Rechtsetzungskompetenz: zum Beispiel beim Familiennachzug, bei der Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts, aber auch bei Regelungen zum Arbeitsmarktzugang. Wir lehnen die Praxis in Deutschland und einiger anderen Mitgliedstaaten beim Ehegattennachzug bereits vor der Einreise Sprachkenntnisse zu verlangen, als integrations- und familienfeindlich ab. Außerdem fordern wir ein dauerhaftes Rückkehrrecht für Frauen, die Opfer von Zwangsverheiratungen wurden.

Menschenwürdiges Leben auch für Illegalisierte

Auch illegalisierten Menschen dürfen grundlegende Menschenrechte nicht vorenthalten werden. Wir begrüßen Amnestien für Illegalisierte. Legalisierungskampagnen müssen auch in Zukunft möglich sein. Mittelfristig muss unser Ziel jedoch sein, nicht nur durch eine umfassende Amnestie sondern auch durch eine vernünftige, grüne Flüchtlingspolitik Illegalisierung zu überwinden. Gesundheitsversorgung, Schulbesuch und Arbeitslohn dürfen ihnen nicht verweigert werden. Die europäischen Zustände in Abschiebehaftanstalten sind menschenunwürdig. Auch in Deutschland sind Menschen in Abschiebehaft,

die nichts weiter getan haben, als in Deutschland Zuflucht zu suchen. Wir setzen uns für die Beendigung dieser inhumanen Situation ein. Solange dieser unmenschliche Zustand existiert, fordern wir die Einhaltung menschenrechtlicher Standards, keine Inhaftierung besonders Schutzbedürftiger und die Begrenzung der Abschiebehaft auf maximal sechs Monate. Außerdem verwahren wir uns gegen eine Auslagerung der Asylbewerbstellen oder des Außengrenzschutzes auf das Territorium von Drittstaaten.

Europäisches Antidiskriminierungsrecht weiterentwickeln

Wir wollen in einem demokratischen Europa das Anti-Diskriminierungsrecht stärken. Das Grundprinzip der Nichtdiskriminierung darf nicht nur für den Binnenmarkt gelten, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche. Wenn Menschen aufgrund persönlicher Merkmale – sei es Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft, einer Behinderung, der Religion oder Glaubensausrichtung oder der sexuellen Orientierung – gleiche Chancen verwehrt werden, dann brauchen sie wirksamen Schutz. Dazu gehört eine faire Kostenregelung, die allen ermöglicht, ihre Rechte durchzusetzen. Dieser Schutz muss auch gegenüber Kirchen und anderen weltanschaulich strukturierten Körperschaften des öffentlichen Rechts beziehungsweise entsprechenden Organisationen anderer europäischer Staaten gewährleistet werden. GRÜNE stehen für diesen Schutz und unterstützen die Europäische Kommission in ihren Bemühungen, dieses Grundprinzip auch gegenüber Mitgliedstaaten wie der blockierenden Bundesregierung durchzusetzen – zum Beispiel bei der Richtlinie zum Diskriminierungsschutz auch außerhalb des Arbeitslebens. Wir werden uns auch in Zukunft gegen Rückschritte in diesem Bereich stemmen, denn Deutschland und die EU brauchen nicht weniger, sondern einen besseren und effektiveren Diskriminierungsschutz. Wir fordern außerdem die Ausweitung von Programmen, die diskriminierte Gruppen darin stärken, sich selbst gegen die Diskriminierung zur Wehr zu setzen (Empowerment).

Diskriminierung von Roma in der EU beenden

In Europa leben heute etwa zwölf Millionen Roma. Viele Roma leben am Rande der Gesellschaft und sind von sozialer, ökonomischer und politischer Ausgrenzung betroffen, gesellschaftlich wie häufig auch staatlich. Besonders erschreckend ist die Situation in Teilen Süd- und Osteuropas. Berichte von pogromartigen Überfällen auf Wohnsiedlungen der Roma bilden nur die Spitze des Eisberges. Männer werden von ihren Familien getrennt, Frauen werden ohne ihr Wissen sterilisiert, Kinder ihren Eltern weggenommen. Wir GRÜNE fordern besseren Schutz der Roma vor Diskriminierung und Gewalt. Europa muss handeln und die Mitgliedstaaten ernsthaft an ihre staatliche Schutzpflicht erinnern und den Druck auf all jene Staaten zu erhöhen, die den Schutz der Roma in innerhalb ihrer Grenzen immer noch vernachlässigen. Die EU muss die wenigen Integrations- und Bildungsprojekte für Roma ausbauen. Roma-Kinder sollten bereits in der Vorschulphase unterstützt und den Ausschluss aus dem Bildungssystem somit überwunden werden. Der EU-Sozialkommissar soll im Rahmen existierender Monitoring-Prozesse in enger Kooperation mit den zuständigen nationalen Ministerien, Menschenrechtsorganisationen und Interessenverbänden der Roma ein Antidiskriminierungskonzept ausarbeiten, welches ihnen politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Partizipationsmöglichkeiten gibt. Das Europäische Parlament hat sich in seiner Geschichte oftmals sehr offensiv für die Rechte der Sinti und Roma eingesetzt. Jedoch wurde erst nach zehn Jahren durch die Europäische Kommission im Jahre 2008 das European-Roma-Meeting einberufen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Weiterentwicklung dieses Meetings zu einer integralen Plattform für die Anliegen der Roma.

Für Religions- und Glaubensfreiheit – gegen religiös motivierte Gewalt

Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Freiheit, unter dem

Dach des Grundgesetzes die eigene Kultur zu leben, gegen die Protagonisten einer »Leitkultur«, die kulturelle Anpassung erzwingen und das kulturelle Leben in Europa vereinheitlichen möchten. Ebenso unmissverständlich bekennen wir uns zur Religions- und Glaubensfreiheit. Wir bekennen uns zum Menschenrecht, sich für oder gegen eine Religion zu entscheiden und diese religiöse und weltanschauliche Überzeugung auch öffentlich zu bekunden oder zu widerrufen. Die Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken dort, wo im Namen der Religion die Menschenrechte anderer eingeschränkt werden. Wer unter dem Deckmantel der Religion die Freiheit und Selbstbestimmung der Frauen missachtet, wird unseren beharrlichen Widerstand erfahren. Wir werden uns allen Bestrebungen widersetzen, Meinungs- und Glaubensfreiheit und Menschenrechte Religionen und religiösen Symbolen unterzuordnen, wie es beispielsweise im UN-Menschenrechtsrat von Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz versucht wird. Wir werden deshalb im Europäischen Parlament die Initiative für den Schutz und die Hilfe für die individuellen Opfer religiös motivierter Gewalt in Europa und die aktive Aufnahme für religiös Verfolgte ergreifen.

Gleichberechtigung für alle Frauen in Europa herstellen

Wir wollen gesetzliche Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern. Das heißt gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Im Europäischen Parlament haben wir uns erfolgreich für die Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz stark gemacht, nach der erstmals auch »positive« Maßnahmen zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechtes möglich sind. Das ist aber nur ein erster Schritt: Durch effektive Quotenregelungen bei den Besetzungen von Ämtern und Gremien wollen wir Gleichberechtigung fördern, gerade dort, wo sich verbissen Männerriegen am Steuer halten. Hier muss die EU als gutes Beispiel vorangehen. Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen innerhalb der EU-Gremien, also die Besetzung dieser Gremien mit mindestens 50 Prozent

Frauen. Dafür sind die Mindestquotierung der EU-Kommission und die Stärkung der Gleichstellungspolitik in der Kommission wichtige Schritte. Gleichzeitig fordern wir mehr Angebote und Anreize für Männer, ihrer sozialen und familiären Verantwortung nachzukommen.

Mit einer EU-Sonderbeauftragten Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen

Gewalt gegen Frauen ist die grundlegendste und am weitesten verbreitete Verletzung von Menschenrechten. Um die Einhaltung von Frauenrechten besser zu gewährleisten, wollen wir eine EU-Sonderbeauftragte gegen Gewalt gegen Frauen benennen.

Der geplante Börsengang von Unternehmen, die in Mitgliedstaaten der EU Großbordelle betreiben, muss verhindert werden.

Geschlechtsspezifischen Auswirkungen im EU-Finanzhaushalt Rechnung tragen

Wir wollen Gender Budgeting (geschlechtergerechtes Finanzhaushalten) zum festen und selbstverständlichen Bestandteil des Haushaltes machen. Es sieht vor, dass Steuerausgaben und natürlich auch die europäischen Programme der Struktur- und Regionalpolitik, der Forschungs-, Bildungs-, Integrations- und Agrarpolitik daraufhin überprüft werden, wer von welcher Förderung begünstigt ist.

Ziel ist, dass Frauen und Männer gleichermaßen von staatlichen Ausgaben profitieren und Geschlechtergerechtigkeit auch bei der Haushaltserstellung und Durchsetzung mitgedacht wird.

Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Europa herstellen

Wir wollen die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwu-

len, Bisexuellen und Transgender in allen Bereichen, nicht nur auf dem Papier, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die die Ehe oder registrierte Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare nicht anerkennen. Das bedeutet eine schwere Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. In Deutschland werden Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender beispielsweise bei Adoptionen und im Beamtenrecht weiterhin benachteiligt. Wir fordern die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen und gleiche Rechte für diese. EU-Programme zur Jugendbegegnung sollen Maßnahmen zum Abbau von Homosexuellenfeindlichkeit mit einschließen. Und die gemeinsame Außenpolitik der EU muss sich international stärker als bisher für die Menschenrechte von Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern einsetzen. Ebenso muss die Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung anerkannter Teil der europäischen Flüchtlingspolitik sein.

Gleichberechtigung für Ältere herstellen

Gerade im Arbeitsleben werden Ältere häufig bei Einstellungen und Entlassungen diskriminiert. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen die Fähigkeiten der Älteren in der EU und insbesondere in Deutschland endlich vorurteilsfrei anerkannt und genutzt werden.

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus in Europa kämpfen

Wir wollen Gesicht zeigen und ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus den Boden entzieht und gegen Homo- und Islamophobie wirkt. Dafür braucht es Aufklärung und Bildung auf allen Ebenen und europaweit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für gemeinsame Maßnahmen gegen völkerverhetzende Inhalte im Internet. Wir GRÜNE wollen die zivilgesellschaft-

lichen Strukturen gegen Rechtsextremismus kontinuierlich und verlässlich stärken und Netzwerke fördern, die Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen und auf eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zielen. Wir wollen deshalb auch das EU-Programm XENOS zeitlich verlängern, entbürokratisieren und die finanziellen Mittel aufstocken. Wir wollen weiterhin zur Festigung des demokratischen Bewusstseins und zur Überwindung faschistischer Strukturen dazu beitragen, dass historische Bildungsarbeit auf allen Ebenen ausgebaut wird.

Menschenhandel bekämpfen

Menschenhandel ist eine besonders perfide Form des Mißbrauchs und Zwangs von Menschen. Die meisten der Opfer von Menschenhandel und Sklaverei sind Frauen, aber auch Kinder sind betroffen. Wir wollen im Europäischen Parlament Druck auf die EU-Kommission ausüben, um vor allem gegen den internationalen Menschenhandel entschiedener vorzugehen. Programme wie STOP und DAPHNE, zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und zum internationalen Menschenhandel wollen wir ausbauen und entbürokratisieren. Den Opferschutz wollen wir stärken. Den Opfern wollen wir ein selbständiges Bleiberecht geben, das sie vor der Abschiebung zurück in die Hände ihrer Peiniger schützt.

Ein Europa für Kinder und Jugendliche

Wir wollen für Kinder und Jugendliche Lobby sein. Wir setzen uns für den Rechtsanspruch auf eine gewaltfreie Erziehung in der ganzen Europäischen Union und für eindeutigere Gesetze ein, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen auch in Familienkonflikten sichern. In Deutschland machen wir uns seit Jahren für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz stark. Wir GRÜNE stehen für eine Jugendpolitik des Austausches, der Begegnung und des freiwilligen Engagements, die unabhängig

vom Geldbeutel der Eltern sein muss: Das Erlernen von Fremdsprachen ist dafür ebenso wichtig wie Praktika, Freiwillige Ökologische und Soziale Jahre, Arbeiten oder Studieren in einem anderen Land oder die Teilnahme an multinationalen Veranstaltungen von Kultur über Politik bis zum Sport. Wir wollen die europäischen Jugendverbände und das Europäische Jugendforum als wesentlichen Teil der Zivilgesellschaft langfristig fördern. Wir machen uns auch für Austauschprogramme stark, die insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien berücksichtigen. Zudem stehen wir für die Förderung und die Weiterentwicklung des europäischen Studierendenaustauschs, wie beispielsweise den ERASMUS-Programmen.

Gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente ermöglichen

Wir wollen gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente und damit auch mehr Selbstbestimmung im Alter. Wir wollen EU-Programme ausbauen, die dem generationsübergreifenden Aufbruch in die Wissensgesellschaft Rechnung tragen. Denn: Ältere Menschen werden mit ihren Erfahrungen gebraucht. Statt ausschließlich auf eine Politik der Frühverrentung zu setzen, können die EU-Staaten voneinander lernen, wie der Übergang in den Ruhestand gestaltet werden kann, so dass Arbeitsmarkt und Gesellschaft von den Kompetenzen und der Lebens- und Berufserfahrung älterer Menschen profitieren.

Die EU rechtstaatlich und bürgerrechtlich voranbringen

Wir wollen die Unionsbürgerschaft mit Leben füllen. Unterschiedliche Rechtssysteme in den Mitgliedstaaten dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht daran hindern, ihre Interessen wahrzunehmen und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Wir finden es richtig, dass in Fragen der Justiz-, der Rechts- und der Innenpolitik die EU stärker als früher zusammenarbeitet. Diese Zusammenarbeit darf aber nicht einseitig zulasten der bürgerlichen Freiheiten und Rechte gehen. Unser Ziel ist eine

europäische Justiz- und Innenpolitik, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit, Sicherheit und Recht wahrt. Zum Schutz vor staatlichen Eingriffen auf der Grundlage von EU-Recht brauchen wir eine rechtsverbindliche Grundrechtecharta, einen effektiven Rechtsschutz sowohl durch die nationalen Gerichte als auch den Europäischen Gerichtshof und verbindliche Verfahrensrechte für Beschuldigte in einem grenzüberschreitenden Strafverfahren.

Verfahrensgarantien und gerichtliche Standards stärken

Wir wollen Europa als Raum der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mit gleichen Grundrechten und Rechtsstandards auf höchstem Niveau weiter ausbauen. Immer noch gibt es in Europa gerichtliche Verfahren oder Sanktionen, die die anerkannten Mindeststandards der Mitgliedstaaten unterlaufen und missachten. Wir wollen hier nicht nur eine Harmonisierung der Verfahrensgarantien auf EU-Ebene, sondern die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes bei allen hoheitlichen Maßnahmen. Jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger muss sich in jedem Mitgliedstaat auf gleichem rechtsstaatlichen Niveau gegen staatliche Eingriffe wehren können. Dazu gehört auch der Schutz gegen internationale Sanktionen, wie etwa des UN-Sicherheitsrates. So wie wir maßgeblich zur Einrichtung des CIA-Ausschusses im Europäischen Parlament beigetragen haben, setzen wir uns auch weiterhin für den Erhalt von Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit ein.

Terrorlisten auf den Prüfstand

Wir wissen, dass es terroristische Bedrohungen neuer Art gibt, auf die Staaten reagieren müssen. Aber die Regeln der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte dürfen dabei nicht unter die Räder kommen. Genau das ist aber bei der derzeitigen Praxis der Listen terroristischer Organisationen der Fall. Erstmals hat das EU-Parlament nun die Forderung gestellt, dass die Ver-

fahren bei den Terrorlisten sowohl auf europäischer als auch UN-Ebene reformiert werden müssen. Soweit diese Listen zur zielgerichteten Terrorismusbekämpfung fortgeführt und aktualisiert werden sollen, gilt es einen Rechtsschutz für Betroffene zu schaffen.

EUROPOL demokratisch kontrollieren – EUROJUST besser koordinieren und Steueroasen austrocknen – eine europäische Strafverteidigung aufbauen

Wir wollen eine demokratische Kontrolle der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit. EUROPOL steht bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität, bei Menschenhandel, Geldwäsche und Terrorismus vor besonderen Herausforderungen. Die Arbeit von EUROPOL ist sinnvoll, allerdings dürfen keine rechtsfreien Räume entstehen.

EUROJUST ist eine sinnvolle Einrichtung, um die Arbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden bei grenzüberschreitender schwerster Kriminalität sowie Betrug und Korruption zulasten der EU zu koordinieren. Wir befürworten die Ausweitung der Zuständigkeiten von EUROJUST auf die Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung. Sollte EUROJUST nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eigenständige Ermittlungsbefugnisse erhalten oder zu einer europäischen Staatsanwaltschaft ausgebaut werden, muss als Gegengewicht eine europäische Strafverteidigung geschaffen werden.

EU-Kommissarin/EU-Kommissar für Justiz und Menschenrechte

Wir wollen in der EU-Kommission das Amt einer Kommissarin oder eines Kommissares für Justiz und Menschenrechte einrichten. Für uns ist es absolut notwendig, dass bei zunehmender Kompetenz der EU für Justiz und Inneres die Sicherheitspolitik von der Justizpolitik getrennt wird. Nur so können Rechtsgarantien und Grundrechte vor sicherheitspolitischen Erwägungen

effektiv geschützt werden. Zudem wollen wir ein solches EU-Kommissariat dazu nutzen, einerseits die Einhaltung von Menschenrechten in den Mitgliedstaaten zu überprüfen und andererseits den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb und außerhalb der EU zu führen, um eine gemeinsame und kohärente Menschenrechtspolitik voranzutreiben.

Stärkung des/der EU-Datenschutzbeauftragten

Wir wollen Datenschutzbestimmungen, die sowohl den Staaten als auch der privaten Wirtschaft unmissverständlich deutlich machen, dass der Schutz persönlicher Daten ein hohes Gut ist. Es darf nicht sein, dass in einer rechtlichen Grauzone ohne Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger weiter mit deren persönlichen Daten gehandelt wird. Das Amt des oder der EU-Datenschutzbeauftragten muss durch eine angemessene Ausstattung gestärkt werden.

Mehr Transparenz in der Datenverarbeitung

Wir wollen neue Instrumente und mehr Transparenz bei der Verarbeitung von Verbraucherinnen- und Verbraucherdaten, zum Beispiel die Einführung des »Opt-In-Prinzips«, wonach Daten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen erhoben und weitergeleitet werden dürfen. Diese Einwilligung muss zeitlich auf 24 Monate begrenzt werden. Zudem muss eine Herkunftskennzeichnung bei gespeicherten Daten vorliegen, um den Datenweg nachvollziehbar zu machen. Wir GRÜNE treten für ein Verbandsklagerecht bei datenrechtlichen Verstößen ein.

Ein Datenschutzsiegel für mehr Sicherheit

Wir wollen darüber hinaus ein europaweites Datenschutzsiegel mit hohen Standards, das nach unabhängiger Begutachtung erteilt wird, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, vertrauenswürdige Unternehmen zu erkennen.

Datenschutzstandards europäisch und international institutionell absichern

Wir wollen einen starken Datenschutz – europäisch und international. Die negativen Erfahrungen des Datenaustauschs beim Fluggastabkommen mit den USA und der Datenspeicherung bei der EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie zeigen, dass Standards europäisch und international entwickelt und durchgesetzt werden müssen. Die aktuellen Pläne der EU-Kommission für ein System zur Erfassung von Flugpassagierdaten nach dem Vorbild der USA lehnen wir ab. Die Daten sollen bis zu 13 Jahre lang gespeichert werden. Ein solches System ist ein schwerwiegender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, ohne dass damit ein Sicherheitsgewinn verbunden ist.

Auch in der internationalen Schifffahrt werden die Bürgerrechte von Seeleuten erheblich eingeschränkt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb im Europaparlament für internationale Verhandlungen zur Abschaffung des ISPS Codes ein.

Ein wirksamer europäischer Datenschutz setzt eine verbesserte Organisation und Koordination der Datenschutzkontrolle voraus. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass das Europäische Parlament jetzt vorgeschlagen hat, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretern der nationalen Parlamente zu bilden, um gegenüber EUROPOL und EUROJUST eine gemeinsame parlamentarische Kontrolle ausüben zu können.

Unverzichtbar ist die Schaffung eines hohen und einheitlichen Datenschutzes bei der justiziellen Zusammenarbeit. Die Trennung der Geheimdienste von den Polizeibehörden in Deutschland sowie die eindeutige Zweckbindung und Zugangsbeschränkung der übermittelten Daten muss dabei konsequent aufrechterhalten werden. Datenaustausch mit Nicht EU-Staaten muss gründlich überprüft werden, es ist unverantwortbar, wenn undemokratische Regierungen durch internationale Abkommen Zugang zu riesigen Datenbanken mit zahlreichen persönlichen Informationen erlangen.

Stärkung des Europäischen Parlaments

Wir wollen ein Initiativrecht für das Europäische Parlament. Anders als in anderen demokratischen Parlamenten, etwa im Bundestag, ist es den gewählten EU-Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht möglich, eigene Gesetzesvorschläge in ihr Parlament einzubringen. Sie sind somit von der Initiative der Kommission und des Rates abhängig. Damit fehlt jenem Organ der EU mit der klarsten demokratischen Legitimität ein wichtiges und andernorts absolut übliches Recht.

Eine rationale Drogenpolitik in der Europäischen Union einleiten

Wir wollen eine rationale Drogenpolitik für mehr Sicherheit, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt. Alle Drogen können auf eine für die Gesundheit schädliche Weise konsumiert werden. Die Kriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten ist jedoch der falsche Weg, wenn der verantwortungsvolle Umgang mit Drogen das Ziel ist. Es ist nicht möglich, den Drogenkonsum durch Prohibition zum Erliegen zu bringen. Im Gegenteil: Die Prohibition verschlechtert nur die Situation der Drogenkonsumentinnen und Konsumenten und erhöht zugleich die Profite der organisierten Kriminalität.

Der aufgrund des Catania-Reportes vom EU-Parlament bereits 2004 gefasste und von der EU-Kommission seitdem ignorierte Beschluss zu einer umfassenden Kosten/Nutzen-Analyse der gegenwärtigen Drogenprohibition muss deshalb endlich umgesetzt werden.

Um die Konsumenten durch niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote besser zu erreichen, sind daher bei bestimmten Drogen mit vergleichsweise geringen Risiken, wie Cannabis, unter Berücksichtigung des Kinder- und Jugendschutzes legale Abgabemöglichkeiten an Erwachsene einzurichten.

Fortschrittliche Ansätze in einzelnen EU-Staaten, wie

Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (sogenanntes Drug-Checking) zum gesundheitlichen Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten, Programme zur Originalstoffabgabe an Schwerst-Abhängige bestimmter Drogen sowie insbesondere eine Verwendung von Cannabis als Medizin müssen zudem in allen EU-Mitgliedsländern ermöglicht werden.

8. Kultur, Bildung und Forschung. Der grüne Weg in die Wissenschaftsgesellschaft

Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und in seiner Entfaltung fördert, ist ein wichtiges Anliegen und zentraler Bestandteil unserer Politik. Es geht um gerechte Chancen der Bildung und des Wissenserwerbs, um die Entwicklung von kreativen Fähigkeiten, Selbstreflexion und den Umgang mit Vielfalt, um den Zugang zu den vielfältigsten kulturellen Betätigungsfeldern als Teil eines guten und selbstbestimmten Lebens und Zusammenlebens.

Wir begrüßen, dass die EU das Jahr 2009 als »Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation« begehrt. Die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen, Kultur und Sport ist für uns GRÜNE Ausdruck unserer Werteorientierung. Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird sie zu einem entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Dafür ist ein umfassender und grenzüberschreitender Zugang zu Bildung und Ausbildung notwendig. Die Entwicklung der EU wird wesentlich davon abhängen, ob gut ausgebildete, innovative und phantasievolle Menschen sich in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur engagieren. Wir begrüßen deshalb, dass die EU das Jahr 2009 als »Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation« begehrt.

Wir wollen die Wissensgesellschaft für alle Menschen ermöglichen. Grenzüberschreitende Lebens- und Lernerfahrungen der Einzelnen und ihre Förderung durch EU-Programme sind ein wesentlicher Beitrag hierzu. Sie machen Europa für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger erlebbar und fördern die weitere Integration.

Europa ist geprägt von einer großen Vielfalt der Kulturen und Religionen. Es kann kein Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen geben, ohne dass auch Differenzen

entstehen, die friedlich ausgehandelt werden müssen.

Der Dialog setzt voraus, dass man über Kenntnisse und Wertschätzung der eigenen Kultur verfügt, um andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können. Die in Europa gelebte Sprachenvielfalt wird von uns als erstrangiges Kulturgut anerkannt.

Kulturelle Vielfalt ist lebendig und darf nicht auf reine Folklore oder den Namensschutz von Camembert, Feta und Halloumi reduziert werden. Basis und Ausdruck der kulturellen Vielfalt sind die Sprachen Europas – nicht nur Sprachen der Mehrheitsgesellschaften, sondern auch der Minderheiten sowie Esperanto als internationale Sprache der Völkerverständigung. Mehrsprachigkeit ist stark zu fördern.

Im Zeitalter des weltweiten Austauschs von Informationen und Kulturgütern spielen insbesondere digitale Medien eine zentrale Rolle. Eine allen zugängliche, aber auch verantwortungsvolle Verbreitung und Gestaltung dieser Medien erfordert einige grundsätzliche Regeln, die Datenschutzbestimmungen ebenso wie geistiges Eigentum und ethische Grundsätze gewährleisten.

Auslandserfahrungen für alle fördern

Wir wollen europaweite Mobilität zum Zwecke der Bildung und der Erlangung interkultureller Kompetenzen systematisch fördern. Lebens- und Lernerfahrungen im europäischen Ausland sind für die Persönlichkeitsentwicklung eine wichtige Bereicherung. Nicht nur Studierende, sondern auch Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei besser und effektiver unterstützt werden, um bis zu zwölf Monate lang in einem anderen Land Europas leben und lernen zu können. In Schulen und im Bereich der beruflichen Ausbildung sollen die Programme bekannter werden und leichter integrierbar sein. Wir wollen ein Austauschprogramm für Lehrerinnen und Lehrer, das systematisch in deren Aus- und Weiterbildung integriert ist. Wer die pädagogische Pra-

xis und die Bildungssysteme auch anderer Länder kennt, kann Wissen besser vermitteln. Auch muss das freiwillige Engagement aller Generationen auf europäischer Ebene effektiver als bisher gefördert und anerkannt werden.

Lebenslanges lernen – europaweit

Wir wollen europaweit lebenslanges Lernen ermöglichen. Die dualen Ausbildungen und Fortbildungen sollen so organisiert werden, dass auch für Teilabschnitte eine Vergabe von Leistungspunkten nach ECVET (European Credit System for Vocational Education and Training) ermöglicht und damit ihre Anerkennung auf Vollqualifizierungen gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere für Bildungseinheiten die im europäischen Umfeld erworben werden. Darüber hinaus wollen wir eine konsequente Verzahnung des Leistungspunktesystems der Hochschulbildung (ECTS - European Credit Transfer and Accumulation System) mit dem der beruflichen Bildung ECVET mit dem Ziel, die oft schwierigen Übergänge von der beruflichen in die akademische Bildung zu erleichtern. Es soll erreicht werden, die Leistungspunktesysteme der Hochschulbildung mit dem der beruflichen Bildung anschlussfähig zu gestalten.

Die Aus- und Fortbildung sollte darum in allen Mitgliedsstaaten modular organisiert, die einzelnen Abschnitte nach dem ECVET zertifizierbar und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt sein.

Ausbildungssysteme durchlässiger machen

Wir wollen, dass die Beschränkungen in der beruflichen Mobilität endlich abgebaut werden. Die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten müssen durchlässiger und transparenter werden. Wer in einem Land eine Ausbildung durchlaufen oder einen Beruf ausgeübt hat, muss auch in anderen EU-Ländern die Möglichkeit haben, mit der gleichen oder vergleichbaren Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Einzelne, fehlende

formale Qualifikationen müssen unbürokratisch und in kurzer Zeit nachgeholt werden können. Jetzt kommt es darauf an, dass GRÜNE im Parlament und die Kommission Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, die getroffenen Vereinbarungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auch national umzusetzen. Eine europaweite Modularisierung, die sich auch auf die berufliche Ausbildung erstreckt, würde die Anrechenbarkeit von Ausbildungen über die Staatsgrenzen hinweg erleichtern. Im Rahmen der von der EU geförderten Programme ist daher darauf zu achten, dass Betreuungs- und Integrationsangebote für Familienangehörige mitberücksichtigt werden.

Studienleistungen europaweit anerkennen – den Bologna Prozess weiterentwickeln

Wir wollen, dass Studierende ihre Studienleistungen europaweit anerkannt bekommen. Der Bologna-Prozess hat einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zum Ziel, in dem darin erworbene Abschlüsse und Studienleistungen gegenseitig anerkannt werden, um Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein Maximum an Mobilität und Austausch zu ermöglichen.

Doch die Umsetzung sieht in vielen Ländern katastrophal aus. Anstatt die Bildungssysteme zu öffnen und mehr Menschen den Zugang zu höherer Bildung zu guten Studienbedingungen zu bieten, werden in vielen Ländern die soziale Auswahl beim Hochschulzugang verstärkt und die Studienbedingungen durch die systematische Verschulung und zu hohe Arbeitsbelastung der Studierenden drastisch verschlechtert. Diesen Trend müssen wir umkehren, zumal er ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Lernen durch die strikten Vorgaben in den Studienordnungen erschwert. Wir wollen keine Fast-Food-Bildung!

Es ist unser erklärtes Ziel, mehr Schülerinnen und Schüler in ganz Europa zur Hochschulreife zu bringen und die Bildungsmobilität zwischen den Mitgliedstaaten deutlich zu verbessern.

Deshalb treten wir für die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses innerhalb der EU ein.

Forschung stärken

Wir wollen Wissenschaft und Forschung in der EU stärken. Ein Ausbau und eine Bündelung der Forschungsbemühungen in Europa sind notwendig, damit wir in einer globalisierten Wirtschaft, die von Wissen und Innovationen angetrieben wird, eine sozial gerechte und wohlhabende Gesellschaft weiterentwickeln können. Wir streben die Schaffung eines echten europäischen Forschungsraumes an und wollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und deren Vernetzung stärken, auch indem wir die Mobilitätsunterstützung von Forscherinnen und Forschern, von Technologie und Wissen in der EU steigern. Wir wollen, dass sich die EU-Forschungsförderung, zum Beispiel das EU-Forschungsrahmenprogramm, vermehrt an den drängenden Fragen unserer Zeit orientiert. Dazu gehören Fragen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Artenvielfalt. Die meisten europäischen Staaten und auch Deutschland sind noch weit davon entfernt, ihr selbstgestecktes Ziel einzuhalten und drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Forschung zu investieren. Die Vergabe der Mittel, aber auch die inhaltliche Ausrichtung der Forschungsprogramme müssen dabei auch die Richtlinien des Gender Mainstreamings berücksichtigen. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass die Europäische Union ausreichende Mittel für Gender Studies an europäischen Universitäten zur Verfügung stellt und treten dafür ein, die Forschungsförderung in der EU unbürokratischer zu gestalten.

Forschungsförderung demokratisch und transparent

Die Ziele europäischer Wissenschaftsförderung müssen demokratisch diskutiert und kontrolliert werden. Für die kulturelle Selbstverständigung einer Gesellschaft über ihre Grundlagen, ihre Grundwerte und ihre zukünftige Entwicklung sind die

Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften unerlässlich. Wir GRÜNE werden uns daher weiter für die Unterstützung der geisteswissenschaftlichen Forschung in Europa einsetzen. In den demokratischen Diskurs über die Ausrichtung europäischer Wissenschaftsförderung bringen wir grüne Überzeugungen und Werte ein.

Wir werden uns für eine verantwortungsvolle Handhabung und eine ethische Selbstbeschränkung der Forschung einsetzen, die sich um des Menschen willen mit Erkenntnisgrenzen bescheidet. Abzulehnen sind deshalb einzelne Bestrebungen in der Forschung, den vollkommenen, von Behinderungen freien und krankheitsresistenten Menschen zu garantieren.

Forschungsförderungen unbürokratisch ausrichten – Mikroprogramme fördern

Wir wollen die Antragsverfahren in der Forschungspolitik vereinfachen und den Zugang für kleine, flexible und insbesondere für innovative Hochschulen, Forschungsinstitute und Firmen verbessern. Auch differenzierte und regelmäßig ausschüttende Mikroprogramme sollten aufgelegt werden, um gerade kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Außerdem muss der Zugang zu EU-Forschungsmitteln verbessert werden – durch einen gezielten Aufbau von Kapazitäten aber auch durch unbürokratische Ko-Finanzierungen von erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern um EU-Mittel. Gerade die Mitfinanzierung von Forschungsvorhaben soll durch Komplementärkredite der Europäischen Investitionsbank möglich gemacht werden.

Eine faire Balance zwischen Innovationsschutz und Wissenszugang gewährleisten

Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen und unterstützen daher das Open-Access-Prinzip. In der modernen Wissens- und

Informationsgesellschaft ist der ungehinderte Zugang zum jeweils neuesten Kenntnisstand die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Forschungsarbeit.

Heutzutage wirken sich insbesondere Patente immer häufiger als wettbewerbsverzerrend aus und vergrößern globale Ungerechtigkeiten. Wir wollen Patentlaufzeiten dort verkürzen, wo dies zu mehr Innovationsdynamik führt.

Der Schutz von Wissen muss immer im Einklang mit den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft und der internationalen Gerechtigkeit stehen. Wir fordern einen ausreichenden Schutz vor Wissensmonopolen. Patente dürfen nicht dazu missbraucht werden, Geschäfte zu Lasten der Schwächsten zu machen oder die Weiterentwicklung von Wissen, ökologischen Errungenschaften oder den Zugang zur gesundheitlichen Behandlung zu behindern. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Suchmaschinen und Telekommunikationsdienstleistungen. Die Neutralität von Kommunikationsnetzen ist im Sinne der Informationsfreiheit zu gewährleisten. Wir treten vielmehr für neue flexiblere Modelle ein, die den Zugang zu Wissen ermöglichen und bei denen der Urheber selbst entscheiden kann, wie viel Schutz er benötigt.

Kulturelle Vielfalt ist Reichtum – Europa eine Seele geben

»You will not fall in love with the internal market. – Die Menschen werden sich nicht in den Binnenmarkt verlieben.« Zur Begeisterung für Europa gehört mehr als der gemeinsame Binnenmarkt. Die kulturelle Vielfalt ist als Quelle der Erneuerung und der Kreativität eine entscheidende Ressource für die Zukunft der Menschheit. Die europäische Kulturpolitik muss die Vielfalt der Kulturen anerkennen und ausbauen. Deswegen treten wir für eine Aufwertung europäischer Kulturpolitik ein, konzeptionell und finanziell. Mit der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ist festgeschrieben, dass Kunst und Kultur einen Doppelcharakter haben. Sie sind mehr als wirtschaftliche Güter. Kunst und Kultur sind auch Träger von

Sinn und Bedeutung. Deswegen dürfen sie nicht einfach den Regeln des Wettbewerbsrechts und der Handelslogik ausgeliefert werden. Wir wollen die UNESCO-Konvention mit Leben füllen und auch innerhalb der WTO durchsetzen. Dabei spielt die Lebens- und Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern für uns eine zentrale Rolle. Um deren Lebensgrundlage zu sichern und um direkten kulturellen Austausch und grenzüberschreitende Mobilität zu fördern, setzen wir uns für die Absicherung ihrer Sozialleistungen ein.

Für kreative Städte und Regionen

Wir wollen Brücken der Innovation bauen zwischen Schulen, Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen, zwischen privaten und öffentlichen Institutionen – wohl wissend, dass die Zukunft der europäischen Städte und Regionen entscheidend an den Netzwerken der Kreativität und Innovation hängt, an einem weltoffenen, einbeziehenden, Toleranz fördernden Umgang mit menschlicher Kreativität. Vom »Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation« 2009 müssen Impulse ausgehen, die Kreativität und Innovationsfähigkeit nicht nur als Wirtschaftsressource, sondern als eine menschliche Eigenschaft begreifen, die auf vielen Feldern wirksam wird. Denn kreatives und innovatives Handeln ist nicht bloß eine Funktion im ökonomischen Verwertungsprozess, sie ist Teil des erfüllten und selbstbestimmten Lebens. Wir betonen die Autonomie künstlerischen Handelns. Wir streiten für Lern- und Ausbildungsformen, die Eigenständigkeit und Individualität fördern. Das Projekt Kulturhauptstadt Europas ist eine Erfolgsgeschichte und soll fortgesetzt werden.

Europäischen Film und neue Kunstformen stärken

Wir wollen das europäische Kino als Ausdruck europäischer Vielfalt und Schaffenskraft stärken. Wir werden uns im Europäischen Parlament wie in der Vergangenheit für europäische

Filmproduktionen und deren Vermarktung durch die Weiterentwicklung des MEDIA-Programms einsetzen und werben für die Schaffung eines europäischen Filmförderfonds. Unsere Filmförder- und Medienpolitik orientiert sich immer an Qualität und Vielfalt – und damit auch an der Unterstützung unabhängiger und kleiner Produzenten. Den Herausforderungen der Neuen Medien wollen wir uns umfassend stellen. Existierende Förderstrukturen müssen sich neuen, interaktiven Kunstformen öffnen.

Europäische Sportpolitik

Der Sport spielt in der europäischen Gesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Integration, Prävention und Bildung eine herausragende Rolle. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Allerdings ist der Sport auch mit neuen Problemen und Herausforderungen konfrontiert wie der Ausbeutung junger Sportlerinnen und Sportler, Doping, Rassismus, Gewalt, Korruption und Geldwäsche. Wir GRÜNE unterstützen deshalb den im Vertrag von Lissabon und im europäischen Weißbuch Sport angestoßenen Prozess einer gemeinsamen europäischen Sportpolitik, unter der Berücksichtigung der Besonderheiten und der weitgehenden Autonomie des Sports. Für uns GRÜNE ist besonders eine gesamteuropäische Strategie zur Bekämpfung des Dopings von Bedeutung. Wir wollen, dass der Handel mit Dopingsubstanzen in der gesamten Europäischen Union so verfolgt wird wie der illegale Drogenhandel. Außerdem kann unserer Überzeugung nach der Sport eine größere Rolle bei europäischen Integration und Verständigung spielen, zum Beispiel über Jugend- und Schulaustauschprogramme.

Qualität und Vielfalt bei den Medien garantieren

Wir wollen Medienvielfalt und -qualität. Sie ist Kern unseres medienpolitischen Selbstverständnisses und Grundlage einer

lebendigen Demokratie. Dazu gehören für uns die Freiheit der Medien, zur Bereitstellung von BürgerInnenmedien wie Blogs und Offenen Kanälen, der Internet-Breitbandzugang für alle und die Sicherstellung der medialen »Grundversorgung« durch einen qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch über das Internet. Wir lehnen die Werbung für Produkte bei Fernsehfilmen weiterhin ab.

Wir kritisieren sexistische Darstellung insbesondere von Frauen in Medien. Wir fordern die europäischen Medienschaffenden auf, dieser klar und entschieden entgegenzutreten.

Safer Internet – Verantwortungsbewussten Umgang mit Medien stärken

Wir wollen das Internet als neue Chance für die freie Meinungsäußerung fördern. Dazu müssen bestehende Regeln endlich angewendet und unklare Rechtslagen beseitigt werden. In vielen europäischen Ländern droht das Recht auf freie Meinungsäußerung durch nationale Gesetzesvorhaben immer weiter eingeschränkt zu werden, wie die aktuelle Diskussion über den Einsatz von Internetfiltern zeigt. Grundrechte wie das Fernmeldegeheimnis und das erst kürzlich durch das Bundesverfassungsgericht geschaffene Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme müssen europaweit durchsetzbar sein. Sie sind Voraussetzung für eine lebendige und freie Internetkultur. Sie müssen daher geschützt und dürfen nicht beschnitten werden. Die Verfolgung von gesetzwidrigen Inhalten und ihre strafrechtliche Behandlung benötigt aber EU-weite Bestimmungen. Die Förderung von Medienkompetenz ist elementarer Bestandteil, um die Bedeutung dieser Rechte zu erfahren und um allen Menschen in Europa Teilhabe an der Digitalisierung zu garantieren. Gleichzeitig leistet die Vermittlung von Medienkompetenz wichtige Aufklärungsarbeit im Umgang mit neuen Medien. Dieses trägt dazu bei, über exzessiven Medienkonsum und dessen Gefahren zu informieren, sei es im Bereich von Computerspielen

oder auch unterschiedlicher Angebote im Internet. Technische Unterstützung zur Abwendung dieser Gefahren sollten leicht und frei zugänglich gemacht werden.

Europäische Digitalpolitik

Wir wollen neben dem Ausbau der Breitband-Infrastruktur die Stärkung des Datenschutzes fördern. Der Kampf gegen Softwarepatente zeigte, wie entscheidend die europäische Ebene für die Gestaltung unserer digitalen Zukunft ist. Zuletzt ging es beim Telekom-Paket darum, sicherzustellen, dass Einschränkungen der Netzneutralität und unverhältnismäßige Kontrolle des Internets nicht die digitale Entwicklung Europas ausbremsen. Anstatt veraltete Geschäftsmodelle und Quasimonopole durch immer härtere Gesetze zu stützen, setzen wir uns für faire Vergütungsverfahren ein. Zur Stärkung nachhaltiger Informationstechnik sind einheitliche Regelungen und Standards unverzichtbar. Hierbei und bei der Vergabe von Aufträgen nach europäischen Standards muss Freie und Open-Source-Software mindestens gleichberechtigt behandelt werden. Zum Datenaustausch mit und in der Europäischen Union dürfen keine Formate verwendet werden, die durch Patente oder unzureichende Standardisierung beziehungsweise Dokumentation nur von einzelnen proprietären Produkten verwendet werden können.

Künstlerische Beiträge im Internet vergüten

Wir wollen faire Verfahren entwickeln, um Künstlerinnen und Künstler für die Bereitstellung ihrer Werke im Internet oder anderswo zu entschädigen. Im digitalen Zeitalter brauchen wir eine Stärkung der Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir setzen uns für differenzierte Lösungen ein, die Pauschalvergütungen für Musik, Filme und andere Medien und Inhalte beinhalten können. Die Einführung einer Kulturfltrate, die die Nutzung von digitalen Kulturgütern für den nicht-kom-

merziellen Gebrauch ermöglichen soll, kann ein richtiger Weg dahin sein. Die Einnahmen müssen transparent und gleichberechtigt in erster Linie den Urhebern selbst zugute kommen. Die aktuell massenhaften Klagewellen, Eingriffe in die Privatsphäre, der Einsatz von DRM (Digitalem Rechte Management) oder die Filterung des Datenverkehrs lehnen wir klar ab. Sie sind ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer.

9. Internationale Verantwortung. Der GRÜNE Weg für eine gerechte Globalisierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein friedliches Europa, das sich weltweit für die Schaffung und Bewahrung des Friedens und die gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Grüne Politik zielt auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit, Abrüstung und die Stärkung des internationalen Rechts. Keine Regierung und keine internationale Institution ist in der Lage, mit den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit allein fertig zu werden. Grüne Politik setzt auf einen kooperativen Multilateralismus von internationalen Institutionen, Nationalstaaten und Nichtregierungsorganisationen. Wir wollen auch in der Friedenspolitik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung umfassend die Beteiligung von Frauen stärken.

Die Vereinten Nationen (UN) sind für uns der zentrale Rahmen für eine an den Zielen des Friedens und der Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten weltweiten Ordnungspolitik.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Aufflammen neuer Kriege und Bürgerkriege, ethnischer Säuberungen und Massaker gegen die Zivilbevölkerung hat sich die Mehrheit der Partei zu einer Neubewertung des Militärs durchgerungen. Der Einsatz von Militär ist immer problematisch und ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Wir erteilen militärischen »Konfliktlösungen« eine Absage. GRÜNE setzen auf zivile Krisenprävention. Zur Friedenssicherung im Rahmen der UN kann Militär zur Gewalteinämmung jedoch notwendig sein. Militär kann aber bestenfalls Friedensprozesse unterstützen und Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Unter bestimmten Rahmenbedingungen kann

Militär so einen notwendigen Beitrag zur Gewalteinämmung, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten.

Für die Gestaltung einer friedlichen Welt ist eine starke Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten unerlässlich. Gehen diese gemeinsam vor, hat die EU ein großes Potenzial für eine friedliche und gerechte Gestaltung der internationalen Ordnung. Der Zwang zur Einstimmigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bringt das Problem mit sich, dass nur der aller kleinste gemeinsame Nenner formuliert wird. Wir sind deshalb für Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Außenpolitik der EU, die nur als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Nationalstaaten dient, lehnen wir ab. Um dies zu verhindern und um eine europäische Außenpolitik transparent zu gestalten, brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments auch in der Außenpolitik.

Die EU steht vor der Herausforderung, den Erweiterungsprozess zu gestalten und partnerschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn auszubauen. Sie muss sich weltweit engagieren: für Frieden und Abrüstung, für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung und für Sicherheit und Zusammenarbeit. Neue bedeutsame Risiken für den Frieden entstehen durch Klimawandel, Konkurrenz um knappe Rohstoffe, um Energie und Lebensmittel. Eine unregelte Globalisierung spaltet die Welt in Menschen in bitterer Armut und welche mit ungeheurem Reichtum. Zerfallende Staaten können zum Rückzugsgebiet von organisierter Kriminalität und Terrorismus werden. Bürgerkriege zerstören ganze Gesellschaften. Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bittere Realität.

Für uns ist die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik global ausgerichtet. Eine positive Ausgestaltung der transatlantischen Gemeinschaft ist ein elementares Interesse deutscher und europäischer Politik. Diese Gemeinschaft gründet sich auf gemeinsame historische Erfahrungen und politische Werte, eine enge wirtschaftliche Verflechtung und auf einen intensiven kulturellen Austausch. Mit dem Ende der bipolaren

Weltordnung und dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und politischer Mächte wie China und Indien müssen sich internationale Allianzen im Allgemeinen, aber auch die transatlantische Partnerschaft im Speziellen neu definieren, mit dem Ziel einer globalen Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung soziale und ökologische Regeln zu geben.

Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Außer Kontrolle geratende Finanzmärkte sind eine Gefahr für wirtschaftliche Stabilität, Arbeitsplätze, Entwicklung, und letztlich auch für die Demokratie. Es sind vor allem die Gesellschaften des Südens, die unter der Instabilität des Währungssystems, unter Steueroasen, organisierter Kapitalflucht ihrer Eliten und unter Steuerhinterziehung und Korruption transnationaler Firmen besonders leiden. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden.

In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es gelingt, zusammen mit den alten und den neuen weltpolitischen Akteuren eine kooperative internationale Ordnung im Rahmen der Vereinten Nationen zu schaffen und den zu beobachtenden Tendenzen eines Rückfalls in unilaterale und nationalistische Machtpolitik entgegenzutreten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für diesen kooperativen Multilateralismus – jenseits von nationalen und neoliberalen Scheinlösungen. Wir wollen die EU als eine Zivilmacht und ein Friedensprojekt profilieren, das bereit ist, Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen zu übernehmen. Zentraler Bestandteil der europäischen Außenpolitik muss der Dialog auf Grundlage der Menschenrechte zwischen den Kulturen sein. Auch Menschen, die aufgrund zunehmender Umweltzerstörung ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden, brauchen die Unterstützung der EU. Hier muss Europa seiner Verantwortung als wesentlicher Mitverursacher des Klimawandels Rechnung tragen.

Europa in guter Nachbarschaft

Erweiterungspolitik fortentwickeln

Wir bekennen uns zum Fortgang des Erweiterungsprozesses. Es ist aber auch an der Zeit, aus den Lehren der letzten Erweiterungen zu lernen und dort nachzubessern, wo es in den letzten Jahren gehapert hat. Das wollen wir GRÜNE in drei Schritten tun: Erstens, Erweiterung muss ehrlich stattfinden. Die »Kopenhagener Kriterien« der EU definieren Anforderungen an die beitriftswilligen Staaten. Erst wenn alle Kopenhagener Kriterien für den Beitritt erfüllt sind, wie demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und Schutz der Minderheiten, und erst wenn die Regelungen der EU übernommen sind, kann es konkrete Beitrittstermine geben. Zweitens muss Schluss sein mit einem »entweder-Beitritt-oder-nichts« Prozess. Die Beitrittskandidaten sollen stattdessen nach und nach in den Bereichen mitarbeiten dürfen, in denen sie ihre Gesetzgebung den EU-Regelungen angepasst haben. Nur wer bereit ist, an der Überwindung regionaler Konflikte mitzuwirken und effektiv mit den Nachbarn zusammenzuarbeiten, kann Mitglied der EU werden. Auf klaren Voraussetzungen für einen Beitritt zur EU zu bestehen, bedeutet nicht, einen Zaun um die jetzige Union zu ziehen.

Verantwortung für den westlichen Balkan wahrnehmen

Wir wollen eine EU, die der besonderen Verantwortung für den westlichen Balkan, also für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Montenegro und das Kosovo, gerecht wird. Mit Kroatien werden bereits seit Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen geführt, die zu einem baldigen Beitritt führen könnten, wenn die Kriterien erfüllt sind. Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat. Die rest-

lichen Staaten mit ihren jungen und teilweise noch instabilen Demokratien müssen wir weiter stärken und ihnen mit maßgeschneiderten Programmen, durch Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften und Visabefreiungen helfen, sie näher an die EU heranzuführen.

Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen

Wir wollen verlässliche und faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Seit mehr als vierzig Jahren hat die Türkei eine Beitrittsperspektive, seit Oktober 2005 werden Beitrittsverhandlungen geführt. Davon abzurücken wäre ein Wortbruch der EU und würde vor allem die türkischen Reformkräfte schwächen. Kanzlerin Merkel und die Union machen das mit ihrer konturlosen Politik der sogenannten »privilegierten Partnerschaft«. Aber nur eine glaubwürdige Beitrittsperspektive unterstützt das Land beim demokratisch-rechtsstaatlichen Wandel. Es ist in unserem ureigenen Interesse, die Türkei in die EU einzubinden. Denn ein EU-Mitglied Türkei kann ein stabilisierender Anker in dieser krisengeschüttelten Region sein. Die Türkei bringt sowohl ein erhebliches wirtschaftliches Entwicklungspotenzial in Europa ein, als auch eine junge, immer besser ausgebildete Bevölkerung und ist durch Migration nach Europa bereits eng mit uns verbunden. Ein Beitritt der Türkei in die EU wäre somit nicht nur ein Gewinn für eine größere Sicherheit Europas, sondern die EU würde auch ökonomisch profitieren.

Zypern wiedervereinigen

Wir wollen eine EU, die durch aktive Diplomatie den Prozess der Wiedervereinigung Zyperns fördert, wie er durch die direkten Gespräche der beiden Gemeinschaften wieder in Gang gekommen ist. Die EU soll insbesondere die Zivilgesellschaft unterstützen. Der Konflikt um die seit 1974 geteilte Insel Zypern ist mittlerweile zum dauerhaften Problem im Verhältnis der EU mit der Türkei geworden. Die Türkei und Griechenland

müssen dafür ihre jeweiligen Blockaden aufgeben und den Weg für die Wiedervereinigung der Insel freimachen.

Für eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik

Wir wollen eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik, in deren Mittelpunkt Menschenrechte und demokratische Reformen stehen.

Eine enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit muss das Ziel einer neu gestalteten Europäischen Nachbarschaftspolitik sein, die die wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung fördert. Wir wollen die Kooperation insbesondere mit jenen Ländern vertiefen, bei denen es positive Entwicklungen bei gesellschaftlichen Reformen und der Wahrung der Menschenrechte für alle auf ihrem Territorium lebenden Menschen gibt. Über Regierungskooperation hinaus wollen wir GRÜNE, dass die EU auf die Zivilgesellschaft setzt und langfristig dafür sorgt, dass starke Demokratien entstehen. Wir setzen dabei auf Dialog, den Austausch und Mobilität, vor allem auch durch Visaerleichterungen. Für uns stehen die Wahrung der Menschenrechte und die Schaffung einer ökologischen und sozialen Wirtschaftsstruktur im Vordergrund.

Wir GRÜNE wollen auch, dass die verschiedenen EU-Politiken mit der näheren und der nahen Nachbarschaft besser miteinander verzahnt werden: die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Westbalkanstrategie, die EU-Zentralasienpolitik und die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland müssen in Zukunft besser koordiniert werden.

Mittelmeerunion für die Partnerschaft mit dem Süden nutzen

Wir wollen die Partnerschaft mit dem Süden ausbauen. Die Debatte um die Mittelmeerunion hat der Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainern neuen Auftrieb gegeben. Den müssen wir jetzt für eine gleichwertige Partnerschaft nutzen: Gemeinsame

Projekte zur Stärkung umweltschonender Ressourcen und Erneuerbarer Energien wie Sonne und Wind sind mit den südlichen Partnern vielversprechend.

Osteuropa durch eine differenzierte Europäische Nachbarschaftspolitik stärken

Wir wollen eine stärkere Spezialisierung der Nachbarschaftspolitik, um die historischen und politischen Kontexte, Herausforderungen und Interessen der europäischen Staaten im Osten der EU und der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer stärker jeweils berücksichtigen zu können. Es ist eine europäische Aufgabe, die osteuropäischen Staaten Belarus, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbajdschan und ihre Zivilgesellschaften bei der schwierigen Umgestaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auch jene Staaten schrittweise an die EU heranzuführen, die Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sind und ihre Zukunft in der Europäischen Union sehen.

Menschenrechte in alle Bereiche der EU integrieren

Wir wollen eine EU, die in der Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftspolitik Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit achtet und fördert.

Dabei müssen wir mit Nichtregierungsorganisationen eng zusammenarbeiten und rechtstaatliche Strukturen und Institutionen aufbauen. Dafür muss die EU ihre Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Organisationen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat ausbauen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist und bleibt unverzichtbarer Hüter der Menschenrechte in ganz Europa, seine Arbeit muss die EU stärker unterstützen.

Europa für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung

Mit ganzer Energie für den internationalen Klimaschutz

Wir wollen die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzen. Klimaschutz ist zu einer großen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderung geworden. Der Klimawandel verschärft schon heute die globale Armut durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen.

Ein ungebremster Klimawandel würde zu noch größeren Verteilungskonflikten, massenhafter Umweltmigration und Destabilisierung von Staaten oder ganzen Regionen führen. Der Klimawandel ist insbesondere für die Entwicklungsländer eine große Herausforderung. Die verwundbaren Gesellschaften des Südens, die selbst nicht nennenswert zur Klimakatastrophe beitragen, brauchen mehr finanzielle Mittel, um sich auf den Klimawandel einstellen zu können.

Die Begrenzung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Die Weltgemeinschaft muss sich auf einen wirksamen, völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzvertrag verständigen, der sicherstellt, dass die globalen Emissionen bis 2050 halbiert werden. Dazu müssen die Industrieländer ihre Emissionen um 80 Prozent mindern.

Um international und besonders in den Entwicklungsländern Erneuerbare Energien zu fördern, muss sich die EU für die neugegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) einsetzen und deren Integration in die Vereinten Nationen vorantreiben. IRENA soll Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von Erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.

Millenniums-Entwicklungsziele erreichen

Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Die Vereinten Nationen haben mit den Millennium-Entwicklungszielen die wichtigsten sozialen Herausforderungen und Aufgaben für die globale Solidarität formuliert. Wir GRÜNE halten an unserem Ziel fest, dass sich die Zahl der Menschen in absoluter Armut bis zum Jahr 2015 halbieren soll.

Eine solidarische EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sein. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Versprechen einhalten und ihre Haushalte für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf mindestens 0,51 Prozent und bis zum Jahr 2015 auf mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts aufstocken. Angesichts aktueller Herausforderungen wie Hunger, Migration, durch Armut genährte gewalttätige Konflikte und der Notwendigkeit, Umweltzerstörung regional zu begegnen, ist es nicht nur eine historische Verantwortung, sondern im europäischen Interesse, Entwicklung wirksam und schnell zu fördern. Deshalb müssen endlich zusätzlich die viel diskutierten innovativen Finanzierungsinstrumente wie internationale Steuern und Abgaben eingeführt werden. Eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer gehören genauso wie eine Abgeltungssteuer auf die internationale Agenda. Außerdem müssen wir den effektiven Einsatz von Entwicklungsgeldern stärken und die oft zu bürokratische Vergabepaxis von EU-Geldern für Nichtregierungsorganisationen lockern.

Partnerschaft mit Afrika vertiefen

Wir wollen die von den Staats- und Regierungschefs der EU und Afrikas auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon im Dezember 2007 vereinbarte Gemeinsame Strategie Afrika – EU erheblich vertiefen. Deren Schwerpunkt lag in den letzten Jahren zu einseitig auf der Verhandlung der Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPAs), die von vielen afrikanischen Staaten und

Nichtregierungsorganisationen aus der berechtigten Sorge darüber abgelehnt werden, dass sie deren Wirtschaft schutzlos dem globalen Wettbewerb ausliefern und die ländliche Entwicklung weiter verschlechtern würden. Andere Themen der Gemeinsamen Strategie wie Frieden und Sicherheit, demokratische Staatsführung, Schutz der Menschenrechte, Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, Energie und Klimawandel wurden vernachlässigt.

Aber Europa hat eine historische Verantwortung und moralische Verpflichtung, unterstützend zu helfen und die erforderlichen Finanzmittel zur Bekämpfung der Armut und Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele bereitzustellen.

EU-Politiken auf nachhaltige Entwicklung ausrichten

Wir wollen die Entwicklungspolitik der EU überprüfen, um einen größeren Beitrag für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung zu erzielen. Politikbereiche wie Landwirtschaft, Handel und Fischerei wirken sich häufig negativ auf die Entwicklungschancen aus. Sie müssen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung reformiert werden. Schluss mit dem europäischen Agrardumping, der Abholzung der Wälder und dem nicht nachhaltigen Holzhandel sowie der Überfischung der Meere!

Doppelungen in der Entwicklungspolitik zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission müssen vermieden und die Hilfe muss effizient eingesetzt werden.

Im Mittelpunkt stehen dabei für uns GRÜNE Partnerschaften für ressourcenschonende und gerechte Entwicklung mit anderen Regionalakteurinnen und -akteuren, wie der Afrikanischen Union, und den Vereinten Nationen. Dabei dürfen die UN nicht einfach nur ausführendes Organ und die EU Zahlmeisterin bleiben, sondern wir wollen gemeinsame Konzepte, Methoden und Instrumente entwickeln wie zum Beispiel bei der Wahlbegleitung oder der nachhaltigen, gerechten und friedlichen Regulierung des Zugangs und des Gebrauchs von Ressourcen (resource governance).

Gesellschaftliche Reformen ermutigen

Wir wollen gesellschaftliche Reformen in den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern fördern. Sie sind neben einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung unabdingbar für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Durchsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und diskriminierten Gruppen, aber auch ein ressourcenschonender und nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen sind entscheidende Grundlagen für Frieden und Entwicklung.

Verschuldungsproblem lösen

Wir wollen das drängende Verschuldungsproblem in den Entwicklungsländern lösen. Viele Entwicklungsstaaten sind hoch verschuldet. Wir GRÜNE wollen ein transparentes und faires internationales Schiedsverfahren im Rahmen der UN und die jeweiligen Interessen zwischen Gläubigern und Schuldnern ausgleichen. Illegitime Schulden sind dabei ein besonderes Problem, denn wenn wissentlich Kredite an Unrechtsregime (etwa das Apartheidsregime) vergeben wurden, dürfen die betroffenen Gesellschaften nicht auch noch für die Schulden, die ihrer eigenen Unterdrückung dienten, in Haftung genommen werden. Norwegen geht mit gutem Beispiel voran und streicht solche illegitimen Schulden. Es ist an der Zeit, dass die EU-Staaten diesem Beispiel folgen und die EU international zum Anwalt eines solchen Ansatzes wird. Zukünftige Kredite beispielsweise durch den IWF dürfen außerdem nicht mehr an die Bedingung neoliberaler Reformen geknüpft werden.

Recht auf Nahrung garantieren

Wir wollen das Recht auf Nahrung garantieren. Besonders die sich dramatisch verschärfende Welternährungskrise zwingt zu

enormen Kraftanstrengungen. Die Zahl der bedrohlich chronisch unterernährten Menschen ist sprunghaft angestiegen. Der weltweite Hunger hat mittlerweile eine Milliarde Menschen erfasst und bedroht sie an Leib und Leben. Wir werden uns mit Nachdruck für mehr Geld und bessere Konzepte für die ländliche Entwicklung in den vom Hunger betroffenen Ländern einsetzen. Besonders die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen dabei unterstützt werden, auf klima- und ressourcenschonende Weise mehr Grundnahrungsmittel für lokale und regionale Märkte anbauen zu können. Instrumente wie zum Beispiel Mikrokredite, die vor allem an Frauen vergeben werden, tragen dazu bei, unabhängige Lebensgrundlagen zu schaffen und die ökonomische und gesellschaftliche Partizipation besonders von Frauen zu stärken.

Ressourcennutzung zum Wohle aller gestalten

Wir wollen den Zugang zu Ressourcen kooperativ sichern und transparent gestalten. Der ökonomische Aufstieg neuer weltpolitischer Akteure erhöht dramatisch die Nachfrage nach materiellen Ressourcen. Dies kommt zu der immensen Nachfrage der Industrieländer noch hinzu. Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des Rohöls und Erdgases und mehr als die Hälfte anderer beschränkter materieller Ressourcen. Eine gewaltsame Durchsetzung von Ressourceninteressen lehnen wir ab.

Zu oft kommen zudem in ressourcenreichen Ländern die Erträge nicht der Bevölkerung zugute.

Wir wollen daher in Deutschland und Europa ansässige Unternehmen gesetzlich auf hohe Transparenz- und Menschenrechtsstandards verpflichtet. Erneuerbare Energien müssen nicht zuletzt auch deswegen ausgebaut werden, weil sie die Abhängigkeit von zentral kontrollierbaren Ressourcen mindern.

Frauen in der Entwicklungspolitik stärken

Wir wollen, dass in der Entwicklungspolitik die Emanzipation von Frauen als Ansatz stark ausgebaut wird. Die Durchsetzung und Einhaltung von Frauenrechten, der Schutz vor Gewalt und das Empowerment von Frauen in der Entwicklungspolitik sowie ihre aktive Einbeziehung in die Entwicklung und Gestaltung des Landes müssen eine wesentliche Grundlage der Entwicklungspolitik werden. Hierzu ist es unabdingbar, dass in allen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit die Prinzipien des Gender Mainstreaming umgesetzt werden.

EU-MenschenrechtskommissarIn einsetzen

Wir wollen Menschenrechte konsequent innerhalb und außerhalb der EU durchsetzen, um damit die Glaubwürdigkeit europäischer Außenpolitik zu stärken. Wir fordern eine/n EU-MenschenrechtskommissarIn, der/die die Umsetzung internationaler Menschenrechtskonventionen in allen EU-Mitgliedsländern überprüft. Europäische Firmen, die Menschenrechte mit Füßen treten, unterminieren die Glaubwürdigkeit der EU ebenso wie schale Kompromisse der 27 Mitgliedsstaaten, wenn es um Rechte von Schwulen und Lesben geht oder die EU eine Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik betreibt, die nicht dem Völkerrecht und den Menschenrechtsabkommen entspricht. Auch Deutschland hat einzelne Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europarats noch immer nicht ratifiziert oder umgesetzt.

Handelspolitik auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz verpflichten

Wir wollen die Globalisierung nach den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit gestalten. Dazu brauchen wir eine nachhaltige internationale Strukturpolitik,

in der Finanzmarkt-, Klima-, Handels- und Entwicklungspolitik zusammen gedacht und an den universellen Menschenrechten ausgerichtet werden.

Eine besondere Verantwortung hat die Europäische Union in der internationalen Handelspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der Armutsbekämpfung, der gerechteren Verteilung des globalen Reichtums und der nachhaltigen Entwicklung ein. Die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welt-handel ist dabei ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung. Staaten und Unternehmen müssen verpflichtet sein, soziale, ökologische und Menschenrechtsstandards einzuhalten.

Im Agrarbereich müssen handelsverzerrende direkte und indirekte Subventionen deutlich verringert und alle Formen der Exportsubventionierung so schnell wie möglich abgeschafft werden. Das Dumping von Lebensmitteln auf den Märkten der Entwicklungsländer muss ein Ende haben. Auf europäischer Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer im Agrarbereich Schutzmaßnahmen ergreifen dürfen.

Mit dem Lissabon-Vertrag werden auch Kompetenzen im Bereich von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) vergemeinschaftet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Kommission bei zukünftigen Verhandlungen in diesem Bereich von EU-Rat und Europäischem Parlament ein striktes Mandat bekommt, das festschreibt, dass europäische und globale Investitionsschutzabkommen nachhaltig ausgestaltet werden müssen und Umwelt- und Sozialstandards sowie Schadensersatzpflichten für Unternehmen bei Nichteinhaltung in diese integriert werden. Viele bilaterale Investitionsabkommen enthalten diese bisher nicht.

Die europäische Handelspolitik muss transparenter gestaltet werden, damit überhaupt eine kritische zivilgesellschaftliche und parlamentarische Öffentlichkeit entstehen kann. Für die EU-Kommission spielen Umwelt-, Sozialstandards, Klima- und Umweltschutz, Ernährungssouveränität sowie der Ausbau und

die Bewahrung öffentlicher Dienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle. Das wollen wir im Europäischen Parlament ändern und dafür sorgen, dass diese Themen in der europäischen Handelspolitik eine starke Rolle spielen.

Eine ökologisch-solidarische Weltordnung ist das Gegenteil des »Recht des Stärkeren«. Das erprobte Konzept des fairen Handels, aber auch das FSC-Siegel für nachhaltige Holzprodukte sind hierfür Vorbilder. Dies wollen wir in der EU weiter ausbauen. Dies sollte die EU durch gezielte Förderprogramme und Subventionen stützen; eine Akzeptanz und Verbreitung solcher Produkte, auch über den engeren Kreis des alternativen Einzelhandels hinaus, sollte das Ziel sein. Zudem möchten wir GRÜNE ein weiteres Siegel, vergleichbar mit dem Bio-Siegel, das die Einhaltung sozialer und gerechter Standards bei Herkunft und Herstellung zertifiziert, einführen.

WTO reformieren

Wir wollen anerkannte Umwelt-, Arbeits- und Kulturnormen sowie geografische Bezeichnungen und Ursprungsbezeichnungen viel stärker schützen, statt diese durch die Welthandelsorganisation (WTO) in Frage zu stellen. Für die WTO müssen deswegen die relevanten Konventionen der UN bindend werden und die WTO muss grundlegend reformiert werden. Wir GRÜNEN halten es zudem für erstrebenswert den Wirtschaftsrat der UN gegenüber der WTO zu stärken und langfristig Kompetenzen umzuschichten. Die Handelsliberalisierung ist teilweise zu weitgetrieben worden und darf nicht länger einseitig im Zentrum stehen. Auch die Industriepolitik sich entwickelnder Staaten darf nicht generell durch eine Interpretation des Schutzes geistigen Eigentums behindert werden, der vor allem Firmen nutzt. Mittels der WTO dürfen Entwicklungsländern keine überzogenen Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren. Die derzeitigen politischen Mehrheiten im Eu-

ropäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfolgen unter dem irreführenden Motto »Globales Europa« allerdings das Gegenteil. Konservative und liberale Kräfte in der EU-Kommission setzen auf Deregulierung und stärken bilaterale Abkommen, statt im multilateralen Rahmen zu gestalten.

Interkulturellen Dialog stärken

Wir wollen den interkulturellen Dialog in Europa ausbauen, um den europäischen Gedanken zu stärken. Dafür wollen wir europäische Kulturinstitutionen ausbauen, die europäischen Stiftungen analog der deutschen Stiftungen in der Auslandsarbeit finanziell ausstatten, Austauschprogramme ausweiten und eigene Kulturreferentinnen und -referenten in den EU-Außenvertretungen einsetzen. Auf bereits bestehenden europäischen Netzwerken wie dem Zusammenschluss nationaler Kulturinstitute (EUNIC) wollen wir aufsetzen. Mittel für außereuropäische Fenster in den EU-Programmen Lebenslanges Lernen, Media, Jugend und Kultur müssen erhöht und ergänzt werden, beispielsweise durch Freiwilligenprogramme im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem sollen neue Programme explizit für den nicht-akademischen Bereich geschaffen werden.

Europa in einer sich wandelnden Welt

Die Vereinten Nationen stärken

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken. Europa kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Neben einer institutionellen Stärkung der UN ist eine Fortentwicklung des Völkerrechts im globalen Dialog notwendig, wie etwa durch die auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene »Responsibility to Protect«. Danach können nur die UN das Mandat für die Durchsetzung der

Schutzverantwortung erteilen und das nur strikt begrenzt auf Fälle von Völkermord, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die EU sollte sich zu dieser Schutzverantwortung als völkerrechtlicher Norm bekennen und ihre Verwirklichung nach Kräften fördern.

Die wiederholten Blockaden des Sicherheitsrats durch den Missbrauch des Vetos sowie seine nicht mehr zeitgemäße Zusammensetzung haben die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen erheblich beschädigt. Zunächst sollte die Begründungspflicht eines Vetos im Rahmen des Völkerrechts im Vordergrund stehen. Mittelfristig streben wir eine effektive Reform des Sicherheitsrats an, die die Vetomöglichkeit abschafft und eine gerechte Zusammensetzung unter Beteiligung von Afrika, Lateinamerika und Asien sowie einem gemeinsamen europäischen Sitz verwirklicht.

Wir brauchen eine neue durchsetzungsstarke UN-Umweltorganisation. Auch im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sind Reformen notwendig. Die G8 sind schon längst kein adäquates Forum mehr. Wir wollen den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen stärken und in seinem Rahmen ein Global Leaders Forum (L27) einrichten, in dem mit 27 Staaten alle Weltregionen vertreten wären.

Auch die Funktionsweise des neuen Menschenrechtsrats muss weiter ausgestaltet werden, um das Hauptziel einer effektiveren Menschenrechtspolitik endlich zu erreichen. Wir wollen international die Beschwerdeverfahren zu den Menschenrechtsabkommen stärken und verbessern. Menschen müssen Rechtsmittel gegen Entscheidungen der UN einlegen können.

Die EU als Zivilmacht

Wir wollen die europäische Integration und die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit fortsetzen. Wir GRÜNE stehen weiterhin zu unserem Engagement und unserem Ziel, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für Krisenprävention und zivile Konfliktbewälti-

gung zu geben. Die Europäische Union soll keine imperiale Militärmacht werden, die Ressourcen sichert, sondern Zivilmacht bleiben.

Bereits jetzt übernimmt die EU mehr und mehr Rechtsstaats- und polizeiliche Missionen unter UN-Mandat. Wir begrüßen diese Entwicklung und befürworten den Ausbau dieser Kapazitäten, sofern sie an eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete Außenpolitik gebunden bleiben. Eine Stärkung des Europaparlaments in allen Entscheidungen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dabei für uns zentral.

Die EU ist besonders gefordert sich in den Nachbarregionen zu engagieren. Dazu gehört insbesondere sich in den Nahost-Friedensprozess einzubringen, um die Sicherheit Israels sowie die Schaffung eines lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staates zu unterstützen.

Zivile Kräfte stärken – Friedensagentur und Europäisches Ziviles Friedenskorps gründen

Wir wollen die Instrumente der europäischen zivilen Krisenprävention, der Konfliktlösung und der Konversion stärken und bündeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dafür eine Friedensagentur, die mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden muss. Das wichtigste Ziel dieser Friedensagentur wäre der Aufbau eines von uns GRÜNEN bereits seit langem geforderten Europäischen Zivilen Friedenskorps. Damit wollen wir in Krisen rechtzeitig und umfassend agieren können, um nicht solange zu warten, bis der Einsatz von Militär die scheinbar einzige mögliche Konfliktlösung darstellt.

Das Friedenskorps soll sicherstellen, dass unter anderem ausreichend PolizistInnen, JuristInnen, StaatsanwältInnen und VerwaltungsspezialistInnen bereitgestellt und gezielt ausgebildet werden können, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen und die Schaffung von Sicherheit und Justiz garantieren. Dabei müssen wir auch und gerade die Frauenrechte

und die Gleichberechtigung der Frauen im Blick behalten, und dazu arbeitende NGOs müssen besonders unterstützt werden. Zusätzlich wollen wir die europäischen Kapazitäten für technische Hilfskräfte ausbauen, die sowohl in Krisenregionen, aber auch in Katastrophengebieten beim Wiederaufbau zum Einsatz kommen können.

Dafür brauchen wir viel mehr Personal als bisher für zivile Aufgaben und die Einrichtung ziviler Friedensdienste in Krisenregionen. Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass die Verwaltungen der Mitgliedstaaten eine bestimmte Quote an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese auswärtigen Operationen der EU vorsehen. Deutschland muss konsequent zur Hälfte Frauen in EU-Missionen entsenden, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sowohl vor als auch während ihres Einsatzes gender-spezifische Trainings erhalten. Darüber hinaus sollen zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in die zivile Krisenprävention und Konfliktlösung eingebunden werden. Sie verfügen oft über eine hohe Kompetenz im Bereich der zivilen Krisenarbeit sowie eine breite Präsenz vor Ort. Dazu wollen wir die im Juni 2006 unter grünem Druck gestartete »Peacebuilding Partnership« weiter stärken, in der bereits heute europäische Nichtregierungsorganisationen aus der Friedensarbeit zusammengeschlossen sind. Die Friedensagentur soll auch die Konversion von militärischen hin zu zivilen Strukturen der Gesellschaft in Postkonfliktsituationen unterstützen und damit einen Beitrag zu Demilitarisierung und Frieden in diesen Ländern leisten.

Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen

Wir wollen einen Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen. Als Freiwilligendienst soll er Menschen jeden Alters die Möglichkeit geben, sich im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und Krisenprävention zu engagieren. Ein ziviler Friedensdienst würde einen wichtigen Beitrag zur Friedensentwicklung »von unten« liefern. Durch Intervention auf

zivilgesellschaftlicher Ebene kann er dazu beitragen, dort Dialog sowie lokale und regionale Friedens- und Versöhnungspotenziale aufzubauen, zu unterstützen und zu vernetzen.

Frauenrechte stärken

Wir wollen Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik stärken. Generell müssen alle Missionen der EU konsequent die Stärkung von Frauenrechten und die Verhinderung von Gewalt an Frauen zum Ziel haben und zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 1325 und 1820 beitragen. Diese Resolutionen verpflichten alle Mitgliedstaaten zu einer angemessenen Teilhabe von Frauen und zur Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse auf allen Ebenen und in allen Entscheidungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Klare Mandate, Ressourcen, Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen für deren Umsetzung müssen dafür auf EU-Ebene verankert werden. Wesentlich sind die Einrichtung einer europäischen Monitoring-Stelle zur Umsetzung der Resolutionen sowie die systematische Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen in dieses Vorhaben. Die gemeinsame Kommissions- und Ratsstrategie zur Umsetzung dieser Resolutionen muss Beispiel sein für Deutschland: Hier brauchen wir endlich einen nationalen Aktionsplan.

EU-Außeninstrumente besser aufeinander abstimmen

Wir wollen die zahlreichen außenpolitischen Instrumente der EU besser aufeinander abstimmen: von der Entwicklungshilfe, über Polizeieinsätze und Krisenprävention im Rahmen des Stabilitätsinstruments bis zur Handelspolitik. Ein gemeinsamer europäischer Auswärtiger Dienst gibt einmalig die Chance, von Anfang an Strukturen so aufzubauen, dass Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention, interkultureller Dialog und traditionelle Außenpolitik effektiv verzahnt werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass diese Chance genutzt wird.

Priorität für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik – Wertschätzung transatlantischer Gemeinschaft

Wir wollen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung setzen. Gleichzeitig muss die EU in der Lage sein, in Arbeitsteilung mit der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), die Sicherheit Europas auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten. Sie muss in der Lage sein, Europa zu stabilisieren und ihren Beitrag für UN-Missionen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit zu leisten.

Wir sagen Ja zur Effektivierung und Harmonisierung der Streitkräfte innerhalb der EU, was einen Beitrag zur Senkung der Verteidigungsausgaben und zur Reduzierung der nationalen Streitkräfte leisten soll. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss die NATO ihre Aufgaben neu ausrichten. Wir lehnen den Ausbau der NATO zu einer Konkurrenzorganisation der Vereinten Nationen ab. Wir sind uns der Problematik hochgerüsteter Bündnisse sehr bewusst. Rüstung wird von außen immer auch als potenzielle Bedrohung gesehen und provoziert Gegenrüstung. Dennoch bleibt die NATO notwendig, weil es zur Zeit keinen anderen Akteur gibt, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als Staatenbündnis einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt.

Die NATO muss dabei in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruht und militärische Einsätze an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats bindet. Mitentscheidend für die Zukunft der NATO wird sein, dass sich die europäischen NATO-Partner und die USA darin auf Augenhöhe begegnen.

Parlamentsvorbehalt muss bei Militärmissionen bestehen bleiben

Wir wollen nicht, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ihre Parlamente und das Europäische Parlament vor verteidigungspolitische Tatsachen stellen. Der Bundestag muss weiterhin über jede deutsche Beteiligung an militärischen EU-Einsätzen abstimmen. Bei europäischen Militärmissionen muss auch das Europäische Parlament parlamentarische Kontrollrechte haben. Zentrales Ziel muss weiterhin eine bessere Koordinierung der zivilen und militärischen Operationen sein und dabei die zivilen Einsätze durch eine Vermischung mit den militärischen nicht zu gefährden, zudem muss jede EU-Mission in ein gesamtpolitisches Konzept gebettet sein, das alle Faktoren nicht nur des betroffenen Landes, sondern auch der Region berücksichtigt.

gungspolitische Tatsachen stellen. Der Bundestag muss weiterhin über jede deutsche Beteiligung an militärischen EU-Einsätzen abstimmen. Bei europäischen Militärmissionen muss auch das Europäische Parlament parlamentarische Kontrollrechte haben. Zentrales Ziel muss weiterhin eine bessere Koordinierung der zivilen und militärischen Operationen sein und dabei die zivilen Einsätze durch eine Vermischung mit den militärischen nicht zu gefährden, zudem muss jede EU-Mission in ein gesamtpolitisches Konzept gebettet sein, das alle Faktoren nicht nur des betroffenen Landes, sondern auch der Region berücksichtigt.

Multilaterale Strukturen stärken

Wir wollen einen kooperativen Multilateralismus gestalten. Die EU muss besser darin werden, regionenübergreifende Koalitionen zu bilden, um eine Polarisierung der UN und damit einhergehende Lähmung zu verhindern. Eine Reform des internationalen Systems kann nur erfolgreich sein, wenn Staaten bereit sind, Einfluss und Verantwortung mit den aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern in internationalen Organisationen zu teilen.

Grüne Friedenspolitik zielt auch auf eine Stärkung der OSZE, denn eine nachhaltige Politik für Frieden und Sicherheit in Europa darf nicht allein auf die EU beschränkt bleiben. Sie ist die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt. Angesichts dessen und aufgrund ihrer Tätigkeiten im Bereich des Menschenrechtsschutzes, der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und des Minderheitenschutzes leistet die OSZE einen wichtigen Beitrag für ein friedliches Krisenmanagement.

Für uns GRÜNE ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Regionalorganisationen, wie der Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) oder der Afrikanischen Union, unverzichtbar. Wir wollen auch die Zusammenarbeit mit den

lateinamerikanischen Staaten und Regionalbündnissen stärken und besser koordinieren. Die europäische Unterstützung des Aufbaus friedensschaffender Kapazitäten der Afrikanischen Union ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

Humanitären Krisen vorbeugen – Schutzverantwortung wahrnehmen

Die Europäische Union muss sich aktiv an der Vorbeugung humanitärer Krisen und an der Wahrnehmung der Schutzverantwortung beteiligen. Auf dem Weltgipfel der UN Ende 2005 wurde durch die Staats- und Regierungschefs die »Responsibility to Protect« (R2P) beschlossen. Wo ein Staat die Schutzverantwortung gegenüber seiner Bevölkerung nicht ausüben kann oder will, ist die internationale Gemeinschaft in der Mitverantwortung. Die Vereinten Nationen können in diesen Fällen geeignete diplomatische, humanitäre und andere Mittel ergreifen, bis hin zu Zwangsmaßnahmen nach Kapitel sieben der UN-Charta ergreifen. Wir begrüßen das als einen wichtigen Schritt, um schwerste Menschenrechtsverbrechen künftig zu verhindern. Wir warnen davor, die Debatte um die R2P auf den militärischen Aspekt zu verkürzen. Entscheidend sind die in der Resolution benannten Präventionsinstrumente. R2P ist zu allererst eine »Responsibility to Prevent«. Die Schutzverantwortung kennt weder einen Automatismus zur humanitären Intervention noch einen Freibrief zum Krieg. Nur die Vereinten Nationen können das Mandat für die Durchsetzung der Schutzverantwortung erteilen und das nur strikt begrenzt auf die Fälle von Völkermord, Kriegsverbrechen, »ethnische Säuberungen« und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es soll geprüft werden, wie die Feststellung des Tatbestandes von Völkermord, Kriegsverbrechen, »ethnischen Säuberungen« und Verbrechen gegen die Menschlichkeit neben dem UN-Sicherheitsrat auch von einem eigens dazu berufenen juristischen Gremium, beispielsweise dem Internationalen Strafgerichtshof (ISG), getroffen werden kann. Zudem soll geprüft werden, wie so ein politisch

motiviertes Wegschauen in Fällen von Völkermord vermieden werden kann und die Staatengemeinschaft frühzeitiger handeln kann.

Russland in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft einbeziehen

Wir wollen die Einbeziehung Russlands in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft. Elemente dafür sind die Wiederbelebung der NATO-Russland-Partnerschaft sowie eine Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der angepasste KSE-Vertrag zur Rüstungsbegrenzung in Europa, der akut gefährdet ist, muss von allen beteiligten Staaten in Kraft gesetzt werden. Mit Sorge sehen wir allerdings die autoritären Entwicklungstendenzen in Russland, die mit einer Verhärtung der russischen Außenpolitik und dem Einsatz von Energiereserven als politisches Druckmittel einhergehen. Das Verhältnis zwischen Russland und den USA ist zunehmend durch verbale und tatsächliche Konflikte gekennzeichnet. Die hegemoniale Politik Russlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Einsatz von kriegerischer Gewalt gegen Georgien ist nicht akzeptabel, genauso wenig wie der Versuch Georgiens, gewaltsam abtrünnige Landesteile zurückzuerobern.

Abrüstungspolitik konsequent vorantreiben

Wir wollen, dass die EU zu einem tragenden Pfeiler der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wird. Wir setzen uns ein für das Ziel eines kernwaffenfreien Europas, die weltweite Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen und aller Atomwaffenversuche und fordern ein internationales Verbot radioaktiver Munition. Die Bundesregierung muss sich in der NATO mit ihren europäischen Partnern für einen Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz einsetzen und darauf hinwirken, dass die Betonung von Nuklearwaffen im strategischen Konzept der NATO aufgegeben wird und die

nukleare Abrüstung durch einseitige Schritte in Gang bringen. Die Europäische Union ist in vielen Bereichen, nicht zuletzt dank grünen Drucks im Europaparlament, bereits ein zentraler Akteur für die Durchsetzung und Umsetzung von Abrüstungsabkommen, so zum Beispiel von Landminen, Kleinwaffen und Streubomben. In diesem Bereich sind es häufig die Nationalstaaten und auch die aktuelle deutsche Bundesregierung, die eine stärkere Abrüstungspolitik der EU verhindern, wie zum Beispiel die Rüstungspolitik der Bundesregierung im Kampf um ein starkes Streubombenverbot zeigt. Wir GRÜNE sind an vorderster Spitze auf Bundesebene und im Europaparlament dafür aktiv, dieses Engagement auszubauen und auf weitere Bereiche zu übertragen. Vor allem im Bereich von Nuklearwaffen muss die EU ihr Engagement für eine weltweite Abrüstungspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen verstärken. Konversion, also Abrüstung von militärischen hin zu zivilen Strukturen, soll auch zentrales Ziel der Friedensagentur sein.

Wir sehen keinen Bedarf für den Aufbau des umstrittenen Raketenabwehrschildes. Eine Raketenabwehr, die auf eigene Unverwundbarkeit zielt, ist mit dem Ansatz der kollektiven Sicherheit unvereinbar. Das führt zu neuen Rüstungsschüben und nicht zu einem »Mehr« an Sicherheit.

Europäische Rüstungsexporte müssen durch ein transparentes Verifikationsregime überprüfbar gemacht werden. Der europäische Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss zwischenstaatliche Rüstungsk Kooperationen, Kleinwaffen und Dual-Use-Exporte einschließen und auch rechtsverbindlich werden. Hierüber ist das Europaparlament umfassend zu informieren.

Stichwortregister

Abrüstung 169f.
 Afrika 154f.
 Agrarpolitik 51, 54f., 60, 67f.
 Ältere Menschen 86, 125, 127
 Antidiskriminierung 73, 82, 121f.
 Arbeitnehmerrechte 79f.
 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 77ff., 87f., 127
 Arbeitslosenversicherung, europäische 86f.
 Artenschutz /-vielfalt 46, 49f.
 Atomkraft /-ausstieg 33f.

 Barrierefreies Europa 82
 Bildung 83f, 134ff.
 Bioenergie /-masse → siehe Nachwachsende Rohstoffe
 Biologische Vielfalt → siehe Artenschutz
 Biopatent-Richtlinie 54
 Bisexuelle 124f.
 Bodenschutz 52
 Bürgerbegehren-/entscheid 116
 Bürgerrechte 112ff.

 Datenschutz 69f., 130f.
 Drogenpolitik 132f.

 Einwanderungspolitik 115f., 119f.
 Emissionshandel 32f.
 Energiepolitik 29ff.
 Erneuerbare Energien 35ff., 153
 EU-Erweiterung 149f.

Finanzpolitik 65f., 93f., 97ff.
 Fischereipolitik 57, 60
 Flüchtlingspolitik 115f., 117f., 120f.
 Forschungspolitik 138ff.
 Frauenpolitik 78, 83, 123f., 158, 165
 Frauenrechte 124, 158, 165
 Friedenspolitik 146ff., 162ff.

 Gender Budgeting 124
 Gender Mainstreaming 138, 158
 Gentechnik 68f.
 Gesundheitsschutz /-versorgung 52f., 85
 Gewässerschutz 57f.
 Gleichberechtigung/-stellung 123f.
 Globalisierung 100, 146ff.
 Greenhouse Development Rights 32
 Grüner New Deal 97ff.
 Grundrechtecharta 113, 117

 Handelspolitik 59f., 158ff.
 Haushaltspolitik 107f., 124
 Hochschulpolitik 136f.

 Interkulturalität 135, 140, 161

 Klimaschutz 29ff., 59, 107f., 153
 Kohlekraftwerke 34f.
 Kommunale Daseinsvorsorge 89ff.
 Krisenprävention → siehe Friedenspolitik
 Kulturpolitik 140ff.

Landwirtschaft → siehe Agrarpolitik
 Lesben und Schwule 124f.
 Lissabon-Strategie 50, 76
 Lohngleichheit 78

Managervergütung 104
 Medienpolitik 141ff.
 Meerespolitik /-schutz 56f.
 Menschenhandel 126
 Menschenrecht auf Nahrung 59f., 156
 Menschenrechte 120, 122f., 129f., 152, 158
 Millenniums-Ziele 59f., 154
 Mindestlohn 77
 Mittelmeerunion 151
 Mobilität → siehe Verkehrspolitik
 Multilateralismus 167

Nachbarschaftspolitik 151f.
 Nachwachsende Rohstoffe 43ff.
 NATO 166, 169f.
 Naturschutz → siehe Umweltschutz

OSZE 152, 167

Quotenregelung 78, 123

Rechtsextremismus 125f.
 Regionalentwicklung /-politik 87f., 110
 Responsibility to Protect 161f., 168f.
 Russland 169

Sicherheits- und Verteidigungspolitik 162f., 166ff.
 Sozialkarte, europäische 84
 Sozialpolitik 71ff., 81ff., 84
 Sportpolitik 142
 Steuerpolitik 103f., 106f.
 Strukturfonds 87, 108

Tierschutz 58f.
 Transgender 124f.
 Türkei, Beitrittsperspektive 150

Umweltschutz 47ff.

Verbraucherschutz 62ff., 99f. 105f., 111
 Vereinte Nationen 161f., 168
 Verfassung, europäische 112
 Verkehrspolitik 41ff.

Wahlrecht 116f.
 Wirtschaftspolitik 97ff.
 WTO → siehe Handelspolitik

Zypern, Wiedervereinigung 150

Dieses Europawahlprogramm wurde auf der
29. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 23. bis 25. Januar 2009
in Dortmund beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030-284 42-0
Fax: 030-284 42-210
E-Mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Spendenkonto:
Kontonummer: 803 581 5900
BLZ: 430 609 67
GLS-Bank

***** **Wirtschaft & Umwelt, Menschlich & Sozial –**
das grüne Zukunftspaket für ein gemeinschaftliches Europa
www.gruene.de